

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumeration: Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eintragung in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insetale für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Prunkbauten und Privatbereicherung auf Reichskosten.

Die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstags vom Donnerstag bieten einen bedeutsamen Einblick in die Finanzwirtschaft des Militarismus.

Bei der Einbringung des Etats wurde wie so oft schon seitens der Regierungsvertreter erklärt, daß die verschiedenen Ressorts in ihren Ansprüchen sehr maßvoll und bescheiden gewesen seien, daß es daher nicht möglich sein werde, den Kosthaushalt zu lassen. Jetzt stellt sich heraus, daß der Bewilligungseifer und die dem Militarismus stets gern bewilligte Rücksicht der bürgerlichen Parteien die Militärverwaltung dahin getrieben hat, selbst vor die Forderung der allerüberflüssigsten Dinge nicht zu scheuen sowie in ungläublicher Sorglosigkeit die Bereicherung einzelner Privatpersonen zu fördern.

Nicht genug, daß das heutige Militärsystem den armen Zahlern der indirekten Steuern und den Aufbringern der Wucherzölle eine Milliardenlast auferlegt, selbst die Verwaltung dieser also aus der Mithilfeigkeit und Armut errafften Summen wird in einer Art betrieblischer, die nun selbst das Entsetzen der gebildigten Budgetkommission erregt.

Es wäre ganz irrig, wollte man annehmen, die in der Budgetkommission zur Sprache gekommenen Vorkommnisse seien doch aber nichts als Ausnahmefälle, die sonst nicht vorkommen und sich nicht wiederholen können. Im Gegenteil! Militarismus und Privatbereicherung stehen in innigsten Zusammenhängen, arbeiten einander fleißig in die Hände. Nicht nur die Ausbeutung des Reichsfiskus durch die sabelhafte Liebererwerbungen der Krupp und Stumm bei der Panzerplatten-Lieferung, die lange Zeiten hindurch von der Militärverwaltung geduldet wurde, bleibt unvergessen. Weit verbreiteter ist die Propaganda der profitbegierigen Privatindustrie für ganze Gewehre, Kanonen, Flottenvorlagen. Die in der Budgetkommission desprobierten Fälle sind darum nichts als das Symptom eines verderblichen Systems und die Befestigung solcher allzu sippig aufgeschlossenen Mißstände läßt den Untergrund, aus dem sie erwachsen, gänzlich unberührt.

Im Folgenden geben wir den Bericht aus der Budgetkommission: In der Sitzung am Donnerstag wurde zunächst die Debatte über den Prachtbau in Frankfurt a. M. fortgesetzt. Die Militärverwaltung fordert, wie schon gestern mitgeteilt ist, zum Ankauf eines Grundstücks in Frankfurt a. M. und dem darauf zu errichtenden Neubau, einen Kostenaufwand, dessen Verzinsung sich auf 60 000 bis 70 000 Mark pro Jahr belaufen würde. Der Bau ist bestimmt für den kommandierenden General, der jetzt eine Wohnung innehat, die dem Reich an Miete 22 000 Mark kostet. Diese Wohnung entsprach „nur den bescheidensten Ansprüchen einer Familie von wenigen Mitgliedern“; darum die Notwendigkeit des Neubaus!

Auf konservativer Seite erklärte man sich bereit, für die Forderung einzutreten, die vorgeschlagenen Grundstücke zu erwerben und die Bedingung zu stellen, daß der Kostenaufwand für den Bau selbst ermäßigt werde. Abg. Singer warnte davor, sich hierauf einzulassen. Nach dem Vortrage zwischen der Stadt Frankfurt a. M. und der Heeresverwaltung verpflichtete sich letztere durch den Austausch der Grundstücke, an der betreffenden Stelle das Kommandantur-Gebäude zu errichten. An eine erhebliche Ermäßigung der Kosten für dieses Gebäude sei aber gar nicht zu denken. Er vermute übrigens, daß in dem vorgesehene Prachtbau in Frankfurt a. M. der alte Plan wieder auftauche, den der Reichstag schon früher zurückgewiesen habe, als es sich um den Post-Neubau in Frankfurt a. M. handelte, nämlich dem Plan, „geeignete“ Räume für den Fall eines „hohen“ Besuchs zu schaffen.

Königlicher Generalmajor Gallwitz versicherte, daß er „keine Mitteilung über die Einzelheiten des geplanten Baues machen könne“, da dieselben noch gar nicht ausgearbeitet seien. Schließlich wurde der konservative Antrag sowie die Forderung des Etats mit allen Stimmen gegen die der konservativen abgelehnt.

Nachdem mehrere weitere Positionen des Etats unverändert bewilligt worden waren, entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte über die Forderung von 1 1/2 Millionen Mark zur Erwerbung eines Truppen-Übungsplatzes für das 6. Armee-corps (Neuhamer) sowie Errichtung der nötigen Gebäude in Verbindung mit der Forderung von 120 000 M. als erste Rate für artilleristische Einrichtungen auf diesem Truppenplatz. Als die Mittel für diesen Platz in den Jahren 1898 und 1900 gefordert wurden, waren die Kosten auf sechs Millionen Mark veranschlagt. Jetzt hat sich herausgestellt, daß sich die Kosten in Wahrheit auf neun Millionen Mark belaufen. Diese Kostensteigerung ist dadurch verursacht worden, daß für den Grund und Boden 600 000 M. mehr bezahlt werden sollen, als seiner Zeit geschätzt worden war, daß ferner die Herrichtung des Platzes eine Mehrausgabe von 1 095 000 M. verursachte und endlich weitere unvorhergesehene Arbeiten ausgeführt werden müssen. Der allgeringste Teil des Landes ist vom Burggrafen Alfred v. Dohna-Wallitz gekauft und um mehr als 600 000 M. teurer bezahlt worden, als seiner Zeit das Land abgeschätzt war.

In der Debatte wird von allen Rednern eine so große Ueber-schreitung aufs schärfste verurteilt. Es wurde darauf hingewiesen, daß schon die ursprüngliche Rechnung von 6 Millionen Mark als eine sehr hohe bezeichnet worden sei. Denn es handelte sich um eine reine Sandwüste, für die der damals ausgeschätzte Preis geradezu exorbitant war. Um so weniger sei es zu entschuldigen, daß nachträglich die Preise für den Grund und Boden noch weiter erhöht worden seien. Uebrigens sei der Graf v. Dohna zwar sehr gut bei diesem wunderbaren Geschäft gefahren, viele Bauern dagegen hätten sich wegen angeblicher Verachtlichung bitter beschwert. Ferner sei

es unerhört, daß die Heeresverwaltung einem Landwirte durch das Expropriationsverfahren angeblich für den Übungsplatz ein Stück Land abgenommen habe, das schließlich an den Grafen von Dohna zur Auktionierung seines Besitzes abgetreten worden ist.

Bezüglich der andern Ueber-schreitungen wurde daran erinnert, daß schon bei der Beratung der ursprünglichen Forderung von sechs Millionen Mark im Jahre 1900 aus der Mitte der damaligen Budget-Kommission die Ansicht vertreten wurde, es werden die Herrichtungskosten des Platzes viel teurer kommen, als vorgeesehen war. Darauf sei aber von der Heeresverwaltung geantwortet worden, daß den Kostenschätzungen genaue Schätzungen zu Grunde liegen. Jetzt stelle sich heraus, wie berechtigt die ursprünglichen Bedenken gewesen seien. Von mehreren Rednern wurde die Ansicht vertreten, daß die Heeresverwaltung eine neue Vorlage hätte machen müssen, nachdem sie erkannte, daß die Kosten um 50 Proz. höher als der Voranschlag sein würden. Generalmajor Gallwitz versicherte, daß letzteres deshalb unmöglich gewesen sei, weil es sich erst allmählich herausgestellt habe, daß die Kosten viel zu gering abgeschätzt seien. Das Expropriations-verfahren sei tatsächlich nur zu dem Zwecke durchgeführt worden, um das nötige Land für den Übungsplatz zu erlangen. Erst später sei das Land an den Grafen von Dohna abgetreten worden. Auch der Kriegsminister behaupte nun natürlich eine so hohe Kostenforderung. Die Heeresverwaltung sei jedoch daran unschuldig, sie habe sich auf die ihr empfohlenen Sachverständigen verlassen müssen, und die hätten sich in ihren Schätzungen so sehr verhalten. Da der Platz nun einmal gekauft ist und auf Herrichtung desselben schon große Summen verwendet sind, konnte die Sache nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Die Kommission strich aber, um ihre Unzufriedenheit mit der Ueber-schreitung auszudrücken, von der ersten Forderung 500 000 M. und die zweite Forderung ganz. Im nächsten Etat freilich müssen diese Summen selbstverständlich doch bewilligt werden. Außerdem nahm die Kommission einstimmig eine Resolution an, durch welche der Reichskanzler aufgefordert wurde, in Zukunft zu bevorzugen Forderungen stets genaue Kostenschätzungen aufstellen zu lassen und für den Grundwert die Verkäufer vorher auf bestimmte Preise zu verpflichten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar.

Der Reichstag

erledigte am Donnerstag die zweite Beratung des Etats des Reichs-antrags des Innern. Am längsten hielt noch das Reichs-Versicherungsausschuss auf. Hier hatte Genosse Hoch lebhaftest Klagen über den langsamen Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsausschusses vorzutragen, das mit Geschäften überhäuft ist und bei dem mindestens drei Senate neu errichtet werden müßten, wenn die Arbeiter nicht mehr so lange auf die Erledigung ihrer Mellemationen warten sollen. Hieran schloß unser Redner eine Kritik der ewigen Versuche der Berufsvereinigungen, die Renten der Berufsklassen herabzudrücken. Zum Teil geschieht das unter Verletzung klarer gesetzlicher Bestimmungen. Daß die Berufsvereinigungen sich ungestrast den Anordnungen des Reichs-Versicherungsausschusses entgegenstellen können, ist ein Beweis dafür, daß das Amt selber es an der erforderlichen Energie den Unternehmern gegenüber fehlen läßt.

An diese gründliche Kritik der Leistungen dieser Reichsbehörde schloß sich eine höchst unwichtige Polemik zwischen dem Abg. Gamp, Dr. Crüger und Schrader über die Frage, wer der Träger unserer socialpolitischen Gesetzgebung sei. Herr Gamp nahm das Verdienst für die konservative Partei und das Centrum in Anspruch. In gewissem Sinne mag er recht haben: unsere socialpolitische Gesetzgebung ist ja auch danach ausgefallen. Ueberall zeigen sich die Spuren des arbeiterfeindlichen Willens unserer ausschlaggebenden Parteien. Das führte Genosse Stadthagen den Herren zu Gemüte. Mit großer Frische wies er den Konservativen und Ultramontanen ihre Sünden gegen die Landarbeiter nach, die von der Krankenversicherung auf Vetreiben dieser Parteien beinahe ausgeschlossen sind. Dann zeigte er aus den offiziellen Ziffern, mit welcher unendlich niedrigen Löhnen sich die Landarbeiter in weiten Gegenden Deutschlands begnügen müssen, wie ungenügend die Unfallversicherungs-Vorschriften in der Landwirtschaft sind und wie sehr es noch an der nötigen Ueberwachung fehlt. Als Forderung für eine wirkliche Unfallversicherung stellt er auf, daß die volle Verantwortlichkeit der Unternehmer festgestellt würde, daß den Krankentassen das Recht zum Erlaß von Unfallversicherungs-Vorschriften gegeben und Arbeiterkontrollen mit der Ueberwachung ihrer Durchführung betraut würden.

Am Freitag wird nach Erledigung von Petitionen mit der Beratung der Krankentassen-Novelle begonnen werden. Außerdem steht der Post-Etat auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

Die am Donnerstag fortgesetzte Beratung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung stand im Zeichen der kommenden Wahlen. Es ist erstaunlich, mit welchem Eifer auf einmal die Redner der verschiedensten Parteien sich zum Sprachrohr der Wünsche der Eisenbahn-Angestellten machen. Vier Sessionen hindurch haben sich die Mitglieder des Hauses nicht um die Lage der Beamten und Arbeiter gekümmert, vier Sessionen hindurch hat die Mehrheit die Tribüne des Parlaments nur zur Geltungmachung ihrer eigenen Interessen, zur Knebelung und Ausbeutung des Volkes benutzt; erst

die Furcht vor dem Ausfall der Wahlen hat die Herren ins Gedächtnis gerufen, daß der preussische Staat als Arbeitgeber noch viel zu wünschen übrig läßt. Nun, die Arbeiter werden sich durch solche Redensarten nicht bethören lassen, sondern den Wert der Wahlreden richtig einzuschätzen wissen.

Daß es daneben nicht an heiteren Momenten fehlte, dafür sorgten die Herren vom Centrum, der fromme Pleß und der streitbare Dasbach, die gegen die verkehrte Weltordnung wetterten angesichts der Thatsache, daß Frauen im Eisenbahnbetrieb beschäftigt sind, und die im Geiste schon die Zeit gekommen sehen, wo der Mann nicht mehr das Oberhaupt der Familie ist, sondern Strümpfe stopfen und am Kochherd stehen muß. Gegen die Verwendung von Frauen im Eisenbahndienst ist natürlich nichts einzuwenden, wohl aber verdient es scharfen Tadel, daß die Befoldung der Frauen für die gleichen Leistungen eine geringere ist als die der Männer. Das ist z. B. bei den Fahrkartenausgebern der Fall.

Der Minister versprach, genau wie sein Vorgänger, wohlwollende Berücksichtigung aller geäußerten Wünsche, wobei er es nicht unterließ, ein langes Loblied auf die socialpolitische Einsicht seiner Verwaltung anzustimmen.

Freitag wird die Beratung fortgesetzt. Vorher stehen kleinere Etats auf der Tagesordnung.

Der Kampf gegen die Arbeiterknebelung in Holland.

Es ist höchst bezeichnend, daß noch in derselben Woche, in der die freisinnigen Landtags-Abgeordneten dem angekündigten Kampfe des Eisenbahngenerals Ludde in anerkenntniswerter Weise entgegengetreten sind und das Koalitionsrecht auch für die Eisenbahn-Arbeiter in Anspruch genommen haben, ein freisinniges Blatt, das „Berliner Tageblatt“, es für durchaus gerechtfertigt erklärt, daß den holländischen Eisenbahn-Proletariern durch eine Ausnahme-Gesetzgebung ihr Koalitionsrecht eskantiert werden soll! Eine so prompte Befestigung seiner Behauptung, daß die freisinnigen Reden ja nur den Charakter von Wahlreden trügen, die ja nicht besonders ernsthaft zu nehmen seien, hat wohl der Eisenbahn-Minister selbst schwerlich erwartet!

Das „Berliner Tageblatt“ motiviert seine Billigung der geplanten Ausnahme-Gesetzgebung mit der angeblich dringenden Gefahr eines neuen Eisenbahnerstreiks in Holland. Die Billigung eines holländischen Scharfmacherblattes, das Regierung und Parlament durch die Nachricht zu besonderem Eifer anzuspornen sucht, daß von Seiten der Eisenbahner-Organisation geplant sei, am 1. August in einen neuen Streik einzutreten, genügt ihm, skrupellos die von den Herren Krieger und Parth so schön proklamirten liberalen Grundsätze über die Koalitionsfreiheit schände zu verleugnen und sich bedingungslos zu der Kasernen-disciplin Luddes zu bekennen.

Aber ganz abgesehen von der Unzuverlässigkeit der Scharfmacher-meldung: das Recht des Streikens ist mit dem Koalitionsrecht nun einmal untrennlich verbunden. Das ganze Koalitionsrecht der Arbeiter wird in dem Augenblick vollständig wertlos, wo den Arbeitern dies wichtigste Mittel, von ihrer koalirten Macht Gebrauch zu machen, genommen wird. Ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht ist ein Humbug, ein Hohn auf das wirkliche Koalitionsrecht. Entweder man gesteht den Eisenbahnarbeitern ein wirkliches Koalitionsrecht zu oder man degradirt sie gleich Ludde zu unmündigen, rechtlosen Sklaven des fiskalischen oder privaten Arbeitgebers — ein Drittes giebt es nicht!

Der Hinweis auf das durch einen etwaigen Eisenbahnerstreik gefährdete breite öffentliche Interesse ist völlig verfehlt. Ebenso wichtige Interessen der Allgemeinheit können auch auf zahlreichen andern Gebieten vorliegen. Wollte man das Koalitionsrecht nur auf Arbeiterkategorien beschränken, bei denen nur das Interesse beschränkter Interessentengruppen in Frage käme, so müßte man Millionen von Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen. So z. B. aus Gründen der „Verkehrssicherheit“ den Seekulanten und Werftarbeitern, Ferner den Kohlenarbeitern, den Gas- und Elektrizitätsarbeitern usw. usw. Was bliebe unter solchen Umständen vom Koalitionsrecht überhaupt noch übrig?

Daß gerade die Eisenbahnarbeiter in erster Linie des Koalitionsrechts bedürftig sind, beweist schon die Lage der preussischen Eisenbahnarbeiter mit ihrer überlangen Arbeitszeit und ihren erbärmlichen Löhnen. In Holland, wo an der Stelle des hungrigen Fiskus nicht minder profitgierige Aktionäre stehen, liegt die Sache wahrlich nicht anders. Statt den Arbeitern die Notwehr gegen die Ausbeutungspraktiken der Dividendskluder unmöglich zu machen, sollte der öffentliche Unwille sich gegen die Eisenbahn-Gesellschaften selbst richten. Ein gelinder Druck in dieser Beziehung im Verein mit dem entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterkraft würde genügen, jede Streikmöglichkeit auszuschließen.

Auch ist es eine geradezu kindische Ansicht, anzunehmen, die Forderungen der Eisenbahnarbeiter würden unter solchen Umständen eine Schranke ohne Ende bilden. In Frankreich, der Schweiz und in Dänemark bestehen ebenfalls starke Eisenbahner-Organisationen, ohne daß man etwas von einer etwa ins Agrarische ausartenden Begehrtheit bemerken hätte. Ein unberechtigtes Junfprivileg würde schon die Arbeiterkraft selbst niemals dulden. Sobald aber einer Streikbewegung die Sympathie der Arbeiterkraft fehlt, wäre ihre Niederlage von vornherein besiegelt, ihr Ausbruch wäre schon unmöglich. Alle Argumente gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter können deshalb nur der verwerflichen kapitalistischen Ausbeuter-solidarität, der Abweigung gegen das Koalitionsrecht überhaupt entspringen!

Neigen jetzt folgende eingehendere Nachrichten vor:

In den auf Ausständ von Eisenbahngestellten Bezüglichen drei Gesekentwürfen, welche der Ministerpräsident gestern in der zweiten Kammer einbrachte, wird u. a. bestimmt, daß Staatsbeamte und alle in einem öffentlichen Dienstzweige oder im öffentlichen Eisenbahndienste beschäftigte Personen, die sich weigern, Ar- beiten, welche sie unternommen haben oder zu denen sie durch ihren Dienst selbst verpflichtet sind, auszuführen, mit 6 Monaten Gefängnis bestraft werden können; die Strafe kann, wenn Zusammenrottung von zwei oder mehr Personen vorliegt, für die Schuldigen und für die Führer des Aufstandes bis auf 4 Jahre Gefängnis erhöht werden. Die jetzige Eisenbahn-Compagnie des Heeres soll so organisiert und verstärkt werden, daß sie den Dienst auf einigen Strecken, wenn auch in be- schränktem Maße, ausführen kann.

Das Eintreten in einen Streit ohne Einholung der Klindigungs- freist soll also mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 4 Jahren be- straft werden. Das ist aber die übliche Aufhebung des Koalitions- rechts! Nach der Melbung des „Tag“ soll obendrein auch noch mit 6 Monaten Gefängnis bestraft werden, wer einen Eisenbahngestellten moralisch (!) zwingt, einer Organisation anzugehören! —

momentane Situation

ist mitzuteilen: In Hinblick auf die ungeheuerlichen militärischen Maßnahmen, die im strikten Widerspruch stehen zu der ruhigen, durchaus geistlichen Haltung der Arbeiterklasse, kann man der Versicherung der holländischen Regierung, daß sie keinen Belagerungszustand plant, kaum Glauben schenken. Auch jetzt liegen wieder Nachrichten über außerordentliche Maßregeln vor. Der Zeitung „De Tijd“ wird z. B. aus Haag geschrieben: „Als ein Beweis, wie weit die Regierung bis in alle Einzelheiten ihre Vorbereitungen gezogen hat, mag der Umstand dienen, daß ein Beamte in den Häusern des Dienstes, die mit dem öffentlichen Verkehr in Verbindung stehen, eine geheime Instruktion verabreicht wurde; auch an Feld- wächter, sogar in kleinen Gemeinden sind solche Order erteilt worden. In ionangebenden Kreisen herrscht hier wirklich einige Besorgnis. Jedenfalls wird diese Woche eine sehr wichtige sein.“

Wie das „Utrechtse Dagblad“ meldet, haben die Bürger- meister aller Gemeinden mit Eisenbahnstationen von der Regierung die Anweisung erhalten, am 24. Februar und an den folgenden Tagen ihre Gemeinden nicht zu ver- lassen, um jederzeit Mitteilungen der Regierung entgegennehmen zu können. — Auch die Marine wird mobil gemacht gegen die Arbeiter- schaft. Das Wachtschiff „Vulgia“ in Vlissingen hat Order erhalten, um, so bald der Befehl eintrifft, nach Amsterdam abfahren zu können. —

Von der Arbeiterschaft wird fortgesetzt alles aufgeboten, um einem Unglück vorzubeugen. Die organisierten Arbeiter selbst sind schon soweit vorgeschritten, daß sie sich nicht durch die Maßnahmen der Regierung zu schädlichen Handlungen provozieren lassen. Nun gibt es haupt- sächlich, das Militär mehr und mehr mit Massenbewußtsein zu durch- dringen. Am Dienstag hat auch in Utrecht der Verband der Mülligen und Alt-Mülligen ein Flugblatt unter dem Titel verbreitet, um Auffklärung zu schaffen und Solidaritätsgefühl bei den in Waffen stehenden Söhnen des Volkes zu wecken. — In Arnhem haben 41 Arbeiterorganisationen eine Protestversammlung gegen die Einberufung der Mülligen abgehalten. Sie war von 1800 Personen besetzt. Die Truppen waren an diesem Abend in den Kasernen konfiguriert. —

Deutsches Reich.

Harnad's Antwort auf Wilhelm II. Epistel an Hollmann haben wir gestern bereits erwähnt. In den allerunterhänigsten Bedenken dieser liberalen Hoftheologen steht weder Kraft noch Klar- heit. Der Mann willt seinen zahmen Widerspruch in eine Wolke überhöchlicher Lobspüche. Aber in dem Gewirre findet sich doch eine kräftigere Stelle, die im Wortlaut wiedergegeben sei. Harnad äußert sich u. a. über die Schuld der Schule:

„Daß ein Teil der Mythen und Legenden des Alten Testaments samt wichtigen Elementen der altägyptischen Kultur aus Babylon stamme, war längst bekannt. Daß diese Thatsache der landläufigen Vorstellung von der Inspiration des Alten Testaments läßlich sei, stand ebenso fest, und zur Widerlegung dieses Glaubens bedurfte man nicht erst den Rekurs auf Babylon: hundert andre Beobachtungen hatten ihn schon längst zerstört.“

Gemeingut aber war diese Erkenntnis nicht geworden. Man kann den Theologen hier keine Schuld bemessen. Sie hatten in Büchern, Professuren und Vorlesungen ihre Pflicht gethan. Unfre deutsche Literatur besitzt ein so eminentes Werk wie die Geschichte Israels von Wellhausen; es ist für jeden Gebildeten ge- schrieben, klassisch nach Inhalt und Form. Neben diesem Werke steht noch ein halbes Duzend ausgezeichnete Bücher, deren jedes vollen und bequemen Aufschluß giebt über die alttestamentliche Literatur und Geschichte. Aber Kirche und Schule im Bunde haben diese Erkenntnisse niedergehalten, indem sie sie aus ihren Grenzen verbannten. Sie sind freilich nicht allein die Schuldigen. Trägheit und Angst kamen ihnen entgegen.

Es ist ein Verdienst der Delikatischen Vorlesungen, daß jetzt von den Dählern gepredigt wird, was bisher ein verhallendes Wort war.“

Vermutlich wird nun Wilhelm II. die Wuge des nächsten Sonntags benötigen, um an Hollmann einen Brief gegen Harnad zu schreiben, der auch vor Laten anzusprechen gewagt habe, was er höchstens unter Gelehrten nur andeuten dürfte, nämlich, daß der Mangel an wissenschaftlicher Auffklärung Schuld der Kirche und Schule sei, welche die biblischen Mythen als offenbare Wahrheiten verkünden und in diesem freolen Thum von der biblischen Trägheit und Angst der heilig gewordenen Bourgeoisie bestärkt werden, zu der nicht in letzter Linie ja auch die Halben der „liberalen“ Theologie gehören.

Der „Reichshote“ widmet dem Harnadischen Liberalismus einen ergrimmten Artikel. Ueber die Zeugung der Gottheit Christi bemerkt das Blatt, das im 20. Jahrhundert in Berlin erscheint:

„Wenn Harnad sagt, Christus habe selbst nicht von seiner Gottheit gesprochen, so hat er es doch zugelassen, wenn seine Jünger davon sprachen und er selbst hat es vor Gericht beschworen, daß er in diesem göttlichen Sinne der Sohn Gottes ist und er hat außerdem so oft sich Eigenschaften beigelegt, zum Beispiel: „mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden“, „Ehe denn Abraham ward, bin ich“, „ich und der Vater sind eins“, „Niemand kommt zum Vater denn durch mich“ — die er mir sich beilegen konnte, wenn er das ist, als was die Apostel ihn predigten und die Kirche ihn bekennet. Wäre er nicht theilhaftig an dem Wesen Gottes, wäre er ein bloßer Mensch, so hätte er nimmer solches von sich aussagen dürfen; im Bunde eines Menschen wären alle die zahlreichen Ausprüche von seiner göttlichen Natur und Macht Blasphemie und Christus wäre mit nichten der Idealmensch, sondern ein gotteslästerlicher Schwärmer und Betrüger. Es giebt kein drittes, eins oder das andre; entweder ist seine Gottheit Wahrheit und er ist unser Heiland und Erlöser, oder er ist ein Lügner und Betrüger. Ob wir uns die Vereinigung Gottes mit einem Menschen vorstellen können, darauf kann es nicht ankommen — wir können uns auch die Verbindung und Vereinigung nicht vorstellen, welche ihn zu einem Ideal- menschen macht, wie wir überhaupt die Person Gottes und sein

Wirken und nicht vorstellen können. Aber die Gottheit Christi liegt als Thatsache dem ganzen Christentum zu Grunde; aus der histo- rischen Entwicklung ist es nicht zu erklären; auf der Gottheit Christi beruht die ganze Ausbreitung, die Lehre und der Einfluß des Christentums. Ein jüdischer Rabbi hätte nie für die Welt das werden können, was Christus ihr geworden ist. Wäre er nicht der Sohn Gottes in diesem besonderen Sinne seiner Gottheit, so wäre sein Erdungswerk nichtig und damit fielen auch seine sit- tliche Autorität hin.“

Kein Atheist wird eine solche freche Beschimpfung des Märtyrers Christus jemals aussprechen, wie dieses orthodox wahnwitzige Blatt hier in hypochondrischer Form. Die Christus sich als Gottes Sohn symbolisch schwärmerisch bezeichnet haben mag, so nennen sich Fürsten symbolisch „von Gottes Gnaden“. Wenn man nun erklärt, es sei eine unhaltbare Vorstellung, daß ein Mensch deshalb von „Gottes Gnaden“ sei, weil ihn der Zufall der Geburt auf einen Thron geworfen, beschuldigt man sie darum der Lüge und des Betrugs? Lügner und Betrüger würden sie doch erst dann, wenn sie subjektiv von der Unwahrheit ihres Anspruchs überzeugt würden, wenn sie selbst an ihre Mission nicht glaubten. Die freilich alle Verurteilt tödende mystologische Auffassung, daß man das Nicht- Vorstellbare glauben müsse, weil es eben nicht vorstellbar ist, gilt doch auch für Christus selbst. Er dürfte auch das Unvorstellbare glauben, daß er Gottes Sohn sei. Wenn die reife Vernunft derartige Mystik ablehnt, so bezweifelt man damit doch nicht die Ueberzeugungstreue dessen, der daran glaubte.

Man schämt sich eigentlich, über diese überwundenen Dinge ernsthaft zu reden. Aber die fromme Logik des „Reichshoten“ ist doch lehrreich dafür, mit welchem Instum die Orthodoxie die Köpfe anfüllt, ohne Scheu selbst, das was ihnen am heiligsten ist, be- dingungsweise zu schmähern. Und solche Elemente üben einen ent- scheidenden Einfluß auf unreife Jugend.

Charakteristisch für die plötzlich entstandenen theologischen Disputationen ist die Erfindung, daß zwar alle Richtungen mit dem Brief des Kaisers unzufrieden sein müssen, daß sie diese Un- zufriedenheit aber fast durchweg in die Form begeisterter Zustimmung ließen: Er ist unser, beten brünstig die Sünder an; er ist unser, janzhen ebenso begeistert die Derolde des Liberalismus. Der „Reichshote“ vertwert sogar die Rede geschäftlich, indem er sie als Flugblatt verhandelt. Neben der Dresdener Rede wird also nun wohl die Epistel über die Offenbarung in den Fabriken aushängen. Die byzantinische Lüge kriecht immer tiefer. —

Preussische Eisenbahn-Vorlage. Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Sekundärbahn-Vorlage fordert 83 1/2 Millionen Mark. Fast 14 Millionen sollen für eine Hauptbahn von Saarbrücken nach Bonn verwendet werden; von den 15 Nebenbahnen, die gefordert werden, sollen 11 auf die östlichen Provinzen; 7 Linien fallen auf die Provinzen Polen und Westpreußen und sollen „der Förderung des Deutschtums“ auf dem platten Lande in diesen Provinzen dienen. —

Wer trägt den Schutzoll? „Germania“, „Märk. Volkszeitung“, „Deutsche Zig.“ u. haben die aufsehenerregende Entdeckung gemacht, daß der „Vorwärts“ mit einem Male sein „freihändlerisches Dogma“ verlernt hat. Und wodurch? Dadurch, daß wir in einer Notiz über die letzten venezolanischen Zollserhöhungen — die Erhöhung der Einfuhrzölle um 30 Proz. und die Erhöhung der Exportzölle auf Kaffee und Kakao — erklärt hatten, daß es durch diesen Schatzung Casiro in der That verstanden habe, seine Ab- zahlungen an das Ausland vom Ausland selbst tragen zu lassen. An eine in denselben Sinne gehaltene Anklaffung der „Ahein.-West. Zig.“ hatten wir die Anmerkung gemacht:

„In der That, die Konkurrenz der Mächte wird schon dafür sorgen, daß das Ausland die 30 Proz. Zollserhöhung für die eingeführten Industrieprodukte fast vollständig zu tragen haben wird. Und auch die Ausfuhrzölle auf Kaffee und Kakao werden zum guten Teil vom Ausland getragen werden, da der billige sogenannte Maracaibo- Kaffee nicht entbehrt werden kann.“

Und wegen dieser ebenso zutreffenden wie harmlosen Bemerkung wird uns nunmehr von den ultramontanen und alldeutschen Protowucherern vorgeworfen, wir hätten damit den bisher ver- tretenen Satz aufgegeben, daß die Konventionen im Inlande den Zoll in Gestalt verteilter Artikel bezahlen müßten. So schmerzlich es uns ist, diese Saltomortale-Logik vermögen wir nicht mitzumachen. Wir halten es nämlich noch immer mit dem alten Erfahrungssatz, daß keine Regel ohne Ausnahme ist. Die wirtschaftliche Analphabeten-Logik der genannten Blätter ist uns zu hoch und zu neu.

Die Thatsache, daß in der Regel, unter normalen Um- ständen, das konsumierende Inland den Einfuhrzoll aus notwendige Einfuhrartikel zu zahlen habe, und zwar sowohl für Industriewaren wie Lebensmittel, bleibt unerschütterlich bestehen. Die Zollanstwucherung Deutschlands durch den neuen Zolltarif bleibt nach wie vor eine unumstößliche Thatsache. Aber deshalb bleibt es doch richtig, daß die venezolanischen neuen Zollserhöhungen zum guten Teil das Ausland zu tragen hat.

Bei Venezuela handelt es sich nämlich nicht um normale, sondern um sehr anormale Zustände. Hier handelt es sich um die fieberhafte Konkurrenz der Mächte, um eine Konkurrenz, die, um nur ja den lieben Konkurrenten zu verdrängen, mit Mitteln arbeiten wird, die für den Weltmarkt im allgemeinen nicht in Frage kommen. Die mit Deutschland konkurrierenden Mächte werden alles aufbieten, den durch die deutschen Exekutions- abentener entkammten Deutschen wirtschaftlich nach Kräften anzukommen. Man wird also Deutschland um jeden Preis zu unterbieten suchen. Man wird also auch die Zollserhöhung einseitig tragen. Wie groß die Deutschland schon jetzt gemachte Konkurrenz in Venezuela ist — bei der Eroberung neuer Märkte scheidt ja das internationale Kapital vor der schlimmsten Schatzungskonkurrenz nicht zurück —, beweist schon die Thatsache, daß die deutsche Einfuhr nach Venezuela von 14,2 Millionen im Jahre 1894 auf 4,7 Millionen im Jahre 1900 zurückgegangen ist! Und das, trotzdem der venezolanische Handel zum größten Teil in den Händen deutscher Firmen in Venezuela liegt! Wie also von dem Tage, daß die Importzölle im allgemeinen von den Konkurrenten getragen werden, Venezuela in den ganz be- sonderen Fällen eine Ausnahme bilden kann, dürfte nunmehr selbst der ultramontanen Presse klar geworden sein.

Def aber das Ausland die Preissteigerung durch Exportzölle zu tragen hat, wenn die Exportgegenstände not- wendige Gebrauchsartikel darstellen, ist vollends nicht allzuschwer zu begreifen. Der venezolanische Kaffee und Kakao sind aber berartige unentbehrliche Gebrauchsartikel!

Mit der famosen Entdeckung unsrer Zollwucherer war es also wieder einmal nichts! —

Nur nicht zu viel reden! so rät die „Post“ ihrem Bubbe, indem sie seine Schneidigkeit feiert. Sie fordert ihn auf „nicht zu oft und zu viel zu sprechen, sondern bei geringeren Fragen seine kommunifare reden zu lassen und auf müßige Anpassungen überhaupt gar nicht zu antworten.“

Offenbar fürchtet die „Post“, daß ihr Geliebter die heilige Sache der Scharfmacherei allzusehr kompromittieren könnte. —

Die Märzangst der Gottesgnaden-Leute. Es ist bekannt, daß in den Märztagen 1848 am Hohenollerndöbe eine furchtbare Angst herrschte. Die Herren waren voll von wildsten Verschwörungs- phantasien. Sie glaubten sich überall von Meuchelmördern umgeben. Der jüngst veröffentlichte Märzbrief des Prinzen Friedrich Wilhelm, später Kaiser Friedrichs, ist der beste Beweis dafür. Offenbar schien ihnen der Volkskrieg gefährlicher als der Krieg gegen andre Völker, wo sie weit vom Schatz gefahrlosen Heldeutrum sammeln dürfen.

Professor Wilhelm Luden hat unlängst nicht uninteressante Mit- teilungen über die Kindt des Prinzen Wilhelm — seit 1867 der „Große“ — nach der Pfaueninsel veröffentlicht, die er jetzt ergänzt. Die Angaben sind den Aufzeichnungen des Major a. D. Häring entnommen, der die Aufgabe hatte, den Prinzen Wilhelm auf einem Boot die Hadel adwärts nach der Pfaueninsel zu bringen.

„Ich sollte sein Freund, der Artillerie-Lieutenant Rode, unterführen, und zwei Garbisten, die stabschiffener waren, namens Leibniz und Brandt, sollten beim Rudern helfen. Häring war im Jagdanzug und hatte zwei Pistolen und ein Dolchmesser in der Tasche, während die beiden Leute von ihrem Obersten selbst visitiert wurden, ob sie auch gänzlich waffenlos wären. Bevor die Vier das Boot bestiegen, um nach der bezeichneten Abfahrtsstelle zu fahren, wo sie den Prinzen und seine Begleiter erwarten sollten, zog der Oberst v. Döring, der die Vorbereitungen geleitet hatte, die beiden Offiziere beiseite und sagte zu ihnen: „Es kann auf ein paar Menschenleben in dem gegenwärtigen Nordtrüdel nicht ankommen. Ueber hundert liegen bereits in Berlin erschossen. Was sich dort weiter ereignet, entzieht sich jeder Berechnung. Jetzt liegt alles daran, den Prinzen in Sicherheit zu bringen. Auf der Gtabelle hier will er durch- aus nicht bleiben, er will jeden Schein persönlicher Feindschaft vermeiden. Vorläufig will er nach der Pfaueninsel. Sollten Sie den Prinzen jedoch weiter begleiten müssen und Ihnen dabei die beiden Fürsich im Boot hinderlich oder gar verdächtig werden, dann schießen Sie dieselben mit kurzem Prosch über die Seite. Schießen Sie aber dabei um Gottes Willen nicht. Jeder derartige Lärm würde nur verhängnisvoll wirken. Wir wissen ganz bestimmt, daß man den Prinzen nach dem Leben trachtet; aber welche Wege man dabei einzuschlagen gedenkt, darüber schweigt geheimnisvolles Dunkel.“

Was für ein Heldentum, das wagt, gänzlich waffenlose Leute, sobald sie nur „hinderlich“ bei der Flucht erscheinen, einfach menschenlich zu morden! Kein Attentat auf ein gekröntes Haupt ist jemals von so unsagbarer Feindschaft und viehischer Roheit gewesen, als diese Aufforderung zum Meuchelmord! Und damit vergleiche man, wie 1848 die Volkshelden der Freiheit zu sterben wußten! —

Der Bund der Kaufleute, den wir gestern erwähnten, ist jetzt in Berlin gegründet worden. 170 kaufmännische Vereine und Verbände mit 219 000 Mitgliedern haben sich zusammengeschlossen. Trotz der Zahl wird diese zusammengewürfelte Gesellschaft widerstrebender Interessenten bedeutungslos bleiben.

Die Herren Polizeilientenants. Zu der letzten Sitzung der Hamburger Bürgerschaft wurde ein Antrag gestellt, drei Polizei- lidentenants aus dem Budget zu streichen. Bei dieser Gelegenheit entwarf Genosse Stolten ein ammittiges Bild von dem Treiben dieser höheren Stellvertreter Gottes. Er führte nach dem „Hamb. Echo“ aus:

Die Lidentenantschlinge ist im ganzen sehr unruhig. Die Lidentenants wiederholen im wesentlichen die Thätigkeit der Wachtmeister und schmeuzen hier und da mal einen Schupmann an. Es handelt sich bei den Lidentenantsstellen nur um Sinecuren für Offiziere, die sonst nicht unterzubringen sind. Da ist z. B. der Lidentenant v. Jensen-Lusch. Der Herr ist schon zweimal disciplinärlich mit einem Banne be- straft. Kürzlich ist er von einem Schupmann total betrunken auf der Straße aufgelesen, in eine Droschke gepackt und nach Hause gefahren worden. Als der Schupmann den Herrn Lidentenant auf der einen Seite in die Droschke hincinbugierte, fiel dieser auf der andern Seite wieder herans. (Große Heiterkeit.) Auch andre der Herren Lidentenants sind betrunken gewesen. Ein Lidentenant v. Endow ist disciplinärlich bestraft worden, weil er am Glodenzieferrwall brennende Straßenlaternen ausgedreht hat! (Stürmische Heiterkeit.) Das zeigt doch, daß die Herren Lidentenants nichts zu thun haben und deshalb auf allerlei Motiva verfallen. (Sehr richtig.) Die viele freie Zeit, welche den Lidentenants zur Verfügung steht, legt auch der Staatskasse viele Opfer auf, weil die Herren die Dienstspferde zu Spazierritten benutzen und sie sehr strapazieren.

Agrarier-Wohlfahrtsvereine. Daß die Fürsorge der Regierung für die Agrarier auch nach Annahme des Wuchertarifs gleich rege bleibt und zu den großen Hilfsaktionen immer neue kleine hinzu- fügt, kann man aus einer Verfügung ersehen, die der preussische Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, am Anfang des Jahres an den Vorstand des deutschen Sparlaffen- Verbandes erlassen hat. Diefelbe lautet:

„Belegentlich der vor kurzem von dem Herrn Minister für Land- wirtschaft mit Vertretern der preussischen Landschaften abgehaltenen Verhandlungen über die Schuldentlastung des ländlichen Grundbesitzes usw. ist auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die Mitwirkung der kommunalen Sparlaffen zur Förderung der landwirtschaftlichen Kreditgewährung an den bäuerlichen und kleinen Grundbesitz in Anspruch zu nehmen. Es ist hierbei seitens der Vertreter der Landschaften behauptet worden, daß seitens der Vorstände der kommunalen Sparlaffen den Wünschen der Land- schaften nicht immer Unterföhrung gewährt, sondern in mehrfacher Weise Schwierigkeiten bereitet worden seien. Die Wünsche der Landschaften gehen dahin: 1. Die Sparlaffen möchten sich bereit erklären, den durch den Pfandbrief-Kredit der Landschaften nicht zu deckenden Teil des gefügten Real- kredits der kleineren Grundbesitzer als bare Kredittragdarlehen bis zu zwei Drittel des landschaftlichen Taxwertes zu gewähren. 2. Die Sparlaffen möchten bei Umwandlung von Sparlaffen- Hypotheken in landschaftliche Pfandbrief-Darlehen löfungsfähige Darstellungen über zurückzahlende, an die Landschaft übergehende Hypotheken bereits vor der Rückzahlung des Kapitals erteilen, wenn von der Landschaft die Verfügungen zur Zurückzahlung am Fälligkeitstermin übernommen worden sind, damit die mit der Ent- nahme eines Pfandbrieftkredits verbundenen Weiterungen und Kosten vermieden würden. 3. Die Sparlaffen möchten einen thunlichst großen Teil ihrer Bestände in landschaftlichen Pfandbriefen anlegen. — Ich bemerke hierzu, daß auch mit einer kräftigeren Mitwirkung der kom- munalen Sparlaffen auf dem Gebiete der Förderung des bäuerlichen Kredits geboten erscheint und würde es daher mit Dank erkennen, wenn der Vorstand des deutschen Sparlaffenverbandes gegebenen Falles nach Anhörung der provinziellen Sparlaffenverbände sich näher darüber äußern würde, ob und wie weit unter strenger Aufrechterhaltung des unantastbaren Prinzips, wonach die zinsbare Be- legung von Sparlaffenbeständen nur auf völlig sichere Art im Sinne der Ziffer 5 des Sparlaffenreglements vom 12. Dezember 1833 erfolgen darf, eine Förderung der von den Landschaften gewünschten Wünsche seitens der kommunalen Sparlaffen angängig erscheint.“

Nun kann es den geldbedürftigen Agrariern nicht fehlen. Wenn sie das Geld, das sie auf ihre Grundstücke aufnehmen wollen, nicht von der preussischen Central-Genossenschaftskasse bekommen können, dann müssen es ihnen jetzt die Kirchspiel-, Pflanden- und Landgemeinde-Sparlaffen oder die Kreis- und Amts- Sparlaffen, ja selbst die städtischen Sparlaffen liefern, die damit völlig in den Dienst des ländlichen Grund- besitzes gestellt werden. Dem einen solchen Wink des Ministers werden sich die Vorstände der genannten Sparlaffen, die ja mit Ausnahme der städtischen meist selbst Grundbesitzer sind, nicht unbedulig lassen.

Nun mögen die Arbeiter, Handwerker und andern kleinen Leute in Ost- und Westpreußen und Pommern, die ja so hohe Löhne und reichliches Einkommen haben, tüchtig sparen und das Ersparne auf die Sparkassen tragen, damit diese es den gnädigen Herren Grund- besitzern zu einem niedrigen Zins u. s. w. bis zu zwei Drittel der landschaftlichen Taxe geben können; denn wenn sie etwas haben wollen, sind die Herren ja alle nur kleine Grundbesitzer. —

Klosterbrüder und Klosterfürmer.

Der Kampf um die Männerklöster hat in Baden Preßhden herborgerufen, die als Verteidigungsflagen vor Gericht endigen.

Am Donnerstag begann vor dem Saßöffengericht in Achern ein Prosch, in dem der Klosterfürmer Prof. Böckling als Kläger auftrat. Böckling, der an der Technischen Hochschule in Karlsruhe ein Lehramt bekleidet, hat gegen die Männerklöster zwei Proschritten gerichtet: „Die Fahrt nach Canossa“ und „Der Kapuziner ist da!“ Auf die erstere Schrift hin hat das Erzbiöschöfliche Ordinariat in Freiburg i. B. Strafantrag gegen Böckling wegen Be- schimpfung der katholischen Kirche gestellt, dem jedoch von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. keine Folge gegeben wurde.

Eine deswegen eingelegte Beschwerde des Erzbischofs Dr. Koerber ist gegenwärtig noch beim Oberlandesgericht anhängig. Auf der Gegenseite erschienen allerlei heftige, zum Teil sehr persönliche Angriffe, die hauptsächlich in dem in Aachen erscheinenden „Aachener und Wähler-Voten“ zum Ausdruck gelangten. Der Redakteur dieses Blattes ist denn auch wegen eines dieser Artikel, in dem auf die russische Abstammung Böhmings und die Erlangung seiner Karlsruher Professur in beleidigender Weise hingewiesen wurde, vor einiger Zeit bereits zu einer erheblichen Geldstrafe verurteilt worden. Aber auch in der feilbetonten Besetzung dieses Blattes, die von dem Pfarrer Kötter in Urloffen geleitet wird, wiederholten sich solche Angriffe, wenn es galt, die Schriften Böhmings kritisch zu würdigen, und als bei einer solchen Gelegenheit Pfarrer Kötter sein Endurteil über den Verfasser der „Fahrt nach Caffoa“ dahin zusammenfasste, daß dieser „unter der Kappe nicht ganz richtig sei“, erhob Böhmings auch gegen ihn Klage, die nunmehr zur Verhandlung gelangt ist. Die maßgebenden Führer der nationalliberalen Partei und des Centrums in Baden, Oberbürgermeister Dr. Wilkens in Heidelberg und Pfarrer Wader in Karlsruhe sind als Zeugen geladen.

Als Zeugen für den geistigen Zustand des Kulturkämpfers? Im übrigen sind solche Anghalereien wertlos. Denn in demselben Baden wirkt Herr Wader die liberalen Gottesläugner zu einem Kartell gegen die Socialdemokratie. Erst das Geschäft, dann das religiöse Vergnügen! —

Ein zu Freiheitsstrafe verurteilter Korvettenkapitän.

Unter heimlichem Anschluß der Öffentlichkeit wurde während der letzten fünf Tage vor dem Wilhelmshavener Kriegsgericht ein Prozeß gegen den Korvettenkapitän J. D. Kasper geführt. Das Verbrechen, was in die Öffentlichkeit druckte, ließ darauf schließen, daß es sich hier um Verrat militärischer Geheimnisse, wenn nicht gar um Landesverrat handelte. Ein großer Zeugenapparat, etwa 30 Personen, unter denen sich auch eine ausländische Dame befand, war aufgedrungen worden. Kasper war zuletzt im Reichs-Marineamt zu Berlin beschäftigt. Er wurde auf einer Dienstreise verhaftet. Später wurde Kasper kranklich und er wurde deshalb nach dem Lazarett gebracht, von wo aus er in Begleitung zweier Offiziere jedesmal per Droschke nach dem Gericht gefahren wurde. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis wegen — Ungehorsams gegen Dienstbefehle. Bei der Begründung des Urteils wurde die Öffentlichkeit wiederum ausgeschlossen. —

Son Krupp darf nicht gesprochen werden! Der Verlag von Birk u. Co. teilt der „Münchener Post“ mit:

„Wir übergaben der hiesigen Filiale des Scherl-Verlages und Rud. Rosse nachstehendes Inserat für die „Wache“ resp. die „fliegenden Blätter“:

Verlag von G. Birk u. Co. München
Der Fall Krupp
Seine Ursachen und seine Folgen
Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.
In allen Buchhandlungen oder
direkt vom Verlage.

Darauf erhielten wir die Mitteilung, unterzeichnet Aug. Scherl G. m. b. H., daß unsere Redaktion die Aufnahme des Inserats ablehnt. Und Rudolf Rosse schreibt: „Ihr Inserat betr. des Verfalls Krupp kann in den „fliegenden Blättern“ nicht aufgenommen werden.“ —

Wahlvorbereitungen.

Berlin. In einer Versammlung des Kreisverbandes 4 des Berliner deutsch-konservativen Wahlvereins wurde der Redakteur H. V. Wegner als Reichstags-Kandidat für den vierten Wahlkreis aufgestellt.

Konservative Wahlagitator in Spandau.

Zum Mittwochabend hatte der „Neue Wahlverein“ fast sämtliche Mitglieder der Arbeiter-Ausschüsse und eine auserwählte Anzahl anderer Arbeiter der Staatsbetriebe, darunter auch den „schlichten Albrecht“, durch folgendes heftig gehaltene Schreiben zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen:

Spandau, den 23. Februar 1902.

Geehrter Herr!

Der Vorstand des N. W. erlaubt sich, in der Annahme, daß Sie gewillt sind, bei der bevorstehenden Reichstagswahl gegen die Socialdemokratie thätig zu sein, Sie zu einer vertraulichen Besprechung auf

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr,
in Pöhlers Restaurant, S.,

ergebenst einzuladen.

Für den Fall, daß Sie am Erscheinen behindert sind, umire Bestrebungen aber zu unterstützen bereit sind, wird um gest. Mitteilung an den Unterzeichneten gebeten.

Der Vorsitzende,
gez. Lübbe, Rechtsanwalt und Notar.

Obgleich die Eingeladenen vorher doppelt und dreifach gestiftet waren, schühten sich die Herren, doch nicht so sicher, denn man erklärte und heraus, daß es „morgen doch der Meier weiß und am Sonntagabend in der „Laternen“ stehen würde!“ Die Herren Einberufener trafen förmlich über vor Arbeiterfreundlichkeit; der Rechtsanwalt Frhr. v. Linder redete die anwesenden Arbeiter mit „Kameraden“ an, und der bekannte Meister Hammann sprach dieselben sogar mit „Werte Kollegen“ an. Herr Pauli geriet förmlich in Begeisterung für seine „lieben Arbeiter“ und er versprach, alle ihm bekannnten Wünsche der Arbeiter diesmal im Reichstagswahlkampf, und „energisch“ zu vertreten! (Die Erlaubnis des Kriegsministeriums hierzu hat er sich bereits eingeholt. D. W.) allerdings — „alles werde sich nicht erfüllen!“ Was jedoch von der „äußersten Linken an Wünschen und Beschwerden vorgetragen werde, würde er aber nicht unterstützen und mag es noch so berechtigt sein!“ Es wurde dann bekannt gegeben, daß demnächst 3-4 Versammlungen stattfinden sollen, zu denen der Zutritt aber nur gegen Karte gestattet werden solle, um die Socialdemokraten fernzuhalten! „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst niemand in der Welt!“ —

Frankfurt a. D. Lebus hat nunmehr bereits einen dritten Ordnungskandidaten erhalten. Zunächst sollte der bekannte Baumeister Felsch, den die „Aachener Zeitung“ einen der gemäßigtesten Politiker aus ihren Reihen nennt, gemeinsamer Kandidat gegen die Socialdemokratie sein. Dann trat der jetzige Vertreter des Kreises, der freikonservative Haack, der zunächst verzichtet hatte, als zweiter Kandidatbewerber auf. Jetzt haben die „liberalen Parteien“, weil selbst den Nationalliberalen die konservativen Kandidaturen zu weit rechts stehen, sich zusammengefunden und den Geh. Regierungsrat a. D. Schwabach als ihren Kandidaten erkoren. Bemerkenswert ist dabei das Kompliment der rechts-nationalliberalen „Ober-Zeitung“ an die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung ob ihrer „außerordentlich maßvollen Haltung“, die sich in der Zustimmung zu der nationalliberalen Kandidatur allerdings glänzend bewährt.

Für Hinterboog-Ludowalder-Bauch-Welsig haben die Konservativen an Stelle des Abg. Kropatschek, der von seiner Kandidatur zurückgetreten ist, den früheren Vandalat des Kreises, Ober-Regierungsrat a. D. v. Derken aufgestellt. Der Wund der Landwirte hat sich seine Zustimmung noch vorbehalten.

Für Stolp-Lanenburg stellen die Konservativen und der Bund der Landwirte den bisherigen Abgeordneten Will wiederum als Kandidaten auf.

Freisinn.

Aus Weimar wird uns berichtet: Eine Konferenz, einberufen von den freisinnigen Landtags-Abgeordneten, hat

beschlossen, die Einladung der Konservativen, betreffs Besprechung über die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatur gegen die Socialdemokratie, nicht grundsätzlich abzuschlagen. Der Redakteur Dr. Münder in Weimar polemisiert in dem freisinnigen Organ gegen diesen Beschluß, derselbe sei nur von einer einen privaten Charakter habenden Zusammenkunft gefast. Mit den Konservativen sei nur zu verhandeln, wenn sie sich schriftlich verpflichten würden, aber nur dann, für einen freisinnigen Kandidaten einzutreten. Das Blatt schreibt ferner: „Ungeachtet konnte man den Wahlkampf auf freisinniger Seite für Weimar nicht einleiten.“

Ausland.

Die englische Militärdebatte.

London, 23. Februar. (Fig. Ver.) Die zweiseitigen Auseinandersetzungen im britischen Unterhause über die Reformen waren in jeder Beziehung lehrreich. Denn es handelte sich nicht um Einzelheiten und untergeordnete Punkte, sondern um zwei entgegengesetzte Grundgedanken, die zwei verschiedenen Auffassungen der Weltlage entspringen. Wie bekannt, hat der gegenwärtige Kriegsminister, Mr. Brodrick, in den letzten zwei Jahren eine umfassende Reorganisation des Heeres in Angriff genommen. Er läßt sich bei dieser Arbeit von folgenden Gesichtspunkten leiten: Erstens glaubt er, der Misserfolg in Südafrika sei der numerischen Schwäche der britischen Armee geschuldet gewesen; zweitens sei Großbritannien von einer Invasion bedroht. Brodricks Reform richtet sich deshalb in erster Linie auf Schaffung von neuen Regimentern; es sollen sechs Armeecorps gebildet werden. Dann macht er das Vereinigte Königreich zur Operationsbasis; der größte Teil der regulären Armee soll in Großbritannien und Irland garnisoniert werden. Diese Reform erfordert erstens sehr bedeutende Ausgaben, etwa 30 Millionen Pfund Sterling (600 Millionen Mark) jährlich; ferner fehlt es in Großbritannien an dem nötigen Terrain zur Ausbildung der Armee. Brodricks Gegner, zu denen sowohl konservative wie liberale Abgeordnete gehören, behaupten dem gegenüber, daß der ganze Reformplan fehlerhaft sei. Erstens wüßten die Ausgaben für die Armee verhältnismäßig viel schneller als die für die Flotte, auf welche letztere die Sicherheit Englands sich hauptsächlich stützen müsse. So reich England auch sei, so könne es doch nicht beiden Verteidigungsformen in gleichem Maße Rechnung tragen. Die Kosten würden unerträglich werden. Zweitens sei eine reguläre Armee zur Verteidigung des Vereinigten Königreiches nicht nötig. Hier müsse man sich auf die Flotte und auf eine Bürgerwehr verlassen; Brodricks Plan hätte aber nichts zur Schaffung einer Bürgerwehr. Die reguläre Armee müsse so stationiert werden, daß sie der eigentlichen Verteidigungsfront des britischen Weltreiches nahe sein sollte. Diese imperiale Verteidigungsfront bildet eine scharfe Linie von Kapstadt bis Japan, also Kapkolonie, Aden, Indien, Hongkong und Japan. Die Hauptgarnison des britischen Reiches sollte die Kapkolonie bilden, umso mehr als das Mittelmeer aufhört, eine sichere strategische Route für England zu sein. Schließlich verlangen die Gegner Brodricks die Schaffung eines Generalstabes und eines Intelligenz-Departements. —

Schweiz.

Ein Attentat auf die Demokratie.

Zürich, 25. Februar. (Fig. Ver.) Die verbündete Stadt- und Land-Reaktion hat im Kantonsrat ein neues Attentat auf die demokratischen Volksrechte verübt. Worum das Volk Jahrzehnte lang gekämpft, worum im Kanton Zürich mehrere große Volksbewegungen, gewaltig, wenn auch friedliche Revolutionen siegreich geführt wurden, das giebt ein entartetes Epigonen-Geschlecht aus rein parteipolitischen Gründen, aus reinem bornierten und blinden Haß gegen die Socialdemokratie im Handumdrehen preis. Mit 152 gegen 59 (wovon 37 socialdemokratische) Stimmen hat der Kantonsrat die Abschaffung der Volkswahl der Lehrer in der Stadt Zürich und die Wahl derselben durch den Großen Stadtrat (Stadtverordneten-Versammlung) beschlossen. Liberale und Demokraten, Stadtherren und Dorfmatadoren standen seit zusammen, um ein wichtiges Volksrecht abzuwürgen und die Bevölkerung der Stadt Zürich zu entrechten, schlechter zu stellen, als die Einwohnerhaft des unbedeutendsten Dorfes. Unsere Genossen Seidel, Grismann, Pfluger und Ernst, wie auch der Chef des Erziehungsvereins, Regierungsrat Loder, wehrten sich entschieden gegen diese Entrechtung der Stadt Zürich, letzterer betonte auch im Gegensaß zu den den Gewalttätigen beschönigenden Redensarten des Kommissionsreferenten, daß der Große Stadtrat eine politische Behörde ist, die nach politischen Grundsätzen beschließt und der daher die Wahl der Lehrer nicht übertragen werden soll. Es könnte ein Lehrer leicht darum nicht gewählt werden, weil er Politiker ist. Seidel erklärte offen und brandmarkte damit treffend den reaktionären Streich, daß er von einer Amtsbehörde nicht gewählt worden wäre, ebensowenig ein Pestalozzi, der nicht nach dem Willen derselben wäre. Der „Demokrat“ Dr. Wetstein, Redakteur der „Zürcher Post“, der unzufrieden und aus einem Gegner des Attentates dessen Beschwörer geworden, bediente seinen Unwillen mit der albernen Phrase, daß je größer die Stadt, desto mehr die Volkswahl zu einer Pöbse werde. Die acht Kreise der Stadt scheinen für ihn nicht zu existieren. Mit einer solchen Begründung könnte man auch jedes andere Volksrecht abschaffen.

Gegenüber diesem elenden reaktionären Madwerk des Verwaltungsgesetzes für die Stadt Zürich kam es schon heute für die socialdemokratische Partei auf die Volksabstimmung hin nur ein entschiedenes „Nein!“ geben. In den Urkas mit dem reaktionären Wechselbalg! —

Frankreich.

Das Defizit des Budgets pro 1901 beläuft sich auf 125 Millionen, desjenigen für 1902 auf 129 Millionen; das diesjährige weist bereits 20 Millionen Defizit auf. Zur Deckung desselben scheint eine Anleihe unvermeidlich zu sein. —

Italien.

Die Doktrinen Tolstoj vor Gericht. Ein Verleger in Mailand hatte eine Uebersetzung des kleinen Werkes von Tolstoj: „Die Agrarfrage und der Militarismus. Welches ist die Lösung?“ herausgegeben. Die Schrift wurde konfisziert und der Verleger angeklagt. Eine ganze Anzahl Schriftsteller und Gelehrte wurden vor Gericht zitiert, um sich über den moralischen und wissenschaftlichen Wert der Behauptungen des Grafen Tolstoj zu äußern. Schließlich wurde der Angeklagte entgegen den Anträgen des Staatsanwalts freigesprochen. —

Gegen den Petroleumzoll. Die Arbeiterschaft Italiens sucht eine allgemeine Volksbewegung gegen den Petroleumzoll in die Wege zu leiten. Der Zoll und die Steuern auf Petroleum sind in Italien so hoch, daß der Preis auf das fünffache seines realen Wertes hinaufgeschraubt worden ist. —

Niederlande.

Einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform haben die freisinnig-demokratischen Mitglieder der Zweiten Kammer eingebracht. Danach soll das Wahlrecht zu beiden Kammern allen im Lande ansässigen Niederländern, Männern sowohl wie Frauen, vom 21. Lebensjahre ab zuerkannt werden; ausgeschlossen sollen nur Geistesranke und solche Personen sein, die fortbauend von Armen-Unterstützung leben und jeder sozialen Selbstständigkeit bar sind. Die Wahlen sollen

für beide Kammern direkt sein. Hinsichtlich der Wählbarkeit sind für die Erste Kammer Beschränkungen vorgesehn, die darauf hinausgehen, daß nur solche Personen kandidieren können, die in politischen Körperchaften oder im öffentlichen Leben eine längere Thätigkeit entfaltet haben. —

Dänemark.

Ein Socialdemokrat als Bürgermeister Kopenhagens. Die socialdemokratischen Stadtverordneten der dänischen Hauptstadt, die seit kurzen die Mehrheit im Stadtparlament bilden, wenn auch nur mit einer Stimme, haben für den erledigten Bürgermeisterposten den Genossen J. Jensen, den Vorsitzenden des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften, als Kandidaten aufgestellt. Die Bürgermeisterwahl, die am 2. März stattfindet, wird ohne Zweifel zu Gunsten unseres Genossen ausfallen. —

England.

Unterhaus. In der Fortsetzung der Adreßberatung bringt Howard Vincent (L.) einen Abänderungsantrag ein. Der Antragsteller erklärt, daß die neuerdings bedeutend erhöhte Einwanderung mittel- und kleiner Fremder nach East End in London eine schwere nationale Gefahr bilde und die Wohlthat, die Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der englischen Arbeiterklassen in erster Reihe schädige. Redner fordert die Regierung auf, ihre Versprechungen zu erfüllen und in nächster Zeit einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen, indem er darauf hinweist, daß die Zahl der in den letzten Jahren in England angekommenen Fremden 81 401 betragen habe gegen 70 610 im Jahre 1901. Unter diesen Fremden seien eine beträchtliche Anzahl Strafgefangene; auch die Zahl der Ausländer in der Handelsmarine sei bedenklich gestiegen.

Handelsminister Gerald Balfour erwidert, die Regierung erkenne die Schwierigkeit der Einwanderungsfrage an. Eine Kommission sei mit eingehender Prüfung der Angelegenheit betraut, bevor dieselbe ihre Arbeiten beendet habe, sei es unmöglich, eine Entscheidung zu treffen. Howard Vincent zieht hierauf seinen Antrag zurück. —

Amerika.

Pinkerton an der Arbeit. In den Wrightschen Kohlengruben im Raleigh County kam es am Abend des 24. Februar zu einer regelrechten Schlacht zwischen 100 Hilfsmarschällen und Hilfsberiffen und 250 ausländigen Grubenarbeitern, welche die Eisenbahnbrücke in Brand gesetzt hatten und den Bundesbeamten nicht gestatten wollten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Menge, welche mit Wuchtewerkräften bewaffnet war, eröffnete das Feuer auf die Beamten, die das Feuer erwiderten. Das Gefecht dauerte mehrere Minuten. Drei Ausländige wurden getötet, sechs tödlich, drei schwer verletzt, auf Seiten der Beamten wurden ein farbiger Hilfsmarschall getötet und zwei verletzt. Ein Beamter der Chesapeake and Ohio-Bahn erhielt einen Schuß in den Arm, tödete aber keinen Angreifer. Die Ausländigen wurden schließlich zurückgeworfen und von der Polizei verfolgt. 49 wurden verhaftet. —

Der Jar als venezolanischer Ober-Schiedsrichter. Das bei Abschluß der Venezuela-Streitigkeiten von Bowen unterzeichnete Protokoll, welches besagt, daß die Vorzugsansprüche der verbündeten Mächte dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung überwiesen werden sollen, enthält u. a. die Bestimmung, daß der Jar drei Schiedsrichter aus den Mitgliedern des Haager Schiedsgerichtshofes auszuwählen habe. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 1/2 6 Uhr. In einer besonderen Vorlage liefert der Magistrat die Begründung der in den Etatsentwurf für 1903 aufgenommenen Gehaltsveränderungen nach. Diese Veränderungen, d. h. Verbesserungen, waren schon im Etatsentwurf für 1902 zum Teil enthalten gewesen, von der Versammlung aber abgelehnt worden, weil sie dieserhalb besondere Vorlagen für nötig erachtete.

Ebenso legt der Magistrat eine Denkschrift vor, welche allgemeine Grundsätze für die Anrechnung früherer Dienst- und Beschäftigungszeit auf das Beamtenrentenalter bei Feststellung des Dienstalters aufstellt; diese sollen auf 12 frühere Bureau-assistenten, jetzige Magistratssekretäre, Anwendung finden und dafür ein Betrag bis zu 25 000 M. zur Verfügung gestellt werden.

Endlich ist der Versammlung eine Magistratsvorlage zugegangen, wonach einer Reihe von gemeinnützigen Vereinen neue oder erhöhte Zuwendungen gemacht werden sollen. Unter anderem soll der Gesellschaft „Armania“ ein Zuschuß von 8000 (bisher 6000), dem Komitee für die Herstellung des Ardenholzhofen Feuerzuges 8000 (6000), dem Berliner Aylverein für Obdachlose 10 000 (bisher 8000) Mark zugewendet werden. Dem „Fischerverein“ für die Provinz Brandenburg soll eine extraordinäre Zuwendung von 500 Mark zufließen.

Auf Antrag Wallach gehen sämtliche drei Vorlagen ohne Debatte an den Etatsauschuß.

Der ärztliche Dienst in unsren Krankenhäusern.

Der Antrag Landau und Genossen betr. die Anstellung eines dem Direktor koordinierten dirigierenden Arztes für die chirurgische Abteilung des Krankenhauses Friedrichshain und die allmähliche Einführung dieser Einrichtung bei den andren Krankenhäusern ist vom Auschuß, der über die Angelegenheit in drei Sitzungen beraten hat, mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden, ebenso mit 8 gegen 7 Stimmen ein Vermittlungsantrag, wonach auf den äußeren Stationen der Krankenhäuser an Stelle der Oberärzte dirigierende Ärzte anzustellen sind, welchen je die Hälfte der Kranken zur völlig selbständigen Behandlung übergeben werden sollen, wonach ferner diesen dirigierenden Ärzten der chirurgischen Stationen das gleiche Gehalt wie den dirigierenden Ärzten der inneren Stationen gezahlt werden, auch eine Ausschreibung dieser Stellen stattfinden soll. Referent ist der Stadtv. Dr. Kühnmann (fr. Fr.).

Stadtv. Ladewig erklärt sich namens der großen Mehrheit der neuen Linken für den Antrag Landau. Es müsse Wandel geschaffen werden; Stillstand auf diesem Gebiete sei nicht möglich. Wie der Stadt mit dem Antrage ein schlechter Dienst erwiesen, den Direktoren ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden solle, sei ihm unerfindlich.

Stadtv. Landau (N. L.) schließt sich der letzteren Auffassung an und protestiert gegen die auch in der Presse aufgetretene Andeutung, als ob der ganze Antrag eine „Wache“ sei. Der Antrag sei schon seit 1894 wiederholt gestellt worden, enthalte also gar nichts Neues. Der Antrag strebe nicht eine Vermehrung des ärztlichen Personals, sondern die Herbeiführung einer Organisation an, welche die Kranken der äußeren Station zwei koordinierten dirigierenden Ärzten unterstellt, so daß nicht mehr die Schwerekranken dem Direktor vorgeführt, die leichteren Fälle dem Oberarzt überlassen werden, sondern alle Fälle, schwere wie leichte, in gleicher Zahl beiden Ärzten überwiesen werden. Die Eingabe des Vorstandes des Geschäftsauslaufes der Berliner ärztlichen Landesvereine erkläre 150 bis höchsten 200 Kranke als das Maximum für einen chirurgischen Direktor. Die Furcht vor den finanziellen Auswirkungen des doppelten Operationsalles, des doppelten Hilfspersonals und des doppelten Armentarismus brauche niemand einzuschüchtern. Die Regelung der Angelegenheit im Sinne des Antrages auf dem Verwaltungswege würde eine Halbheit sein.

Stadtv. Straßmann: Auch der berechtigte Gehelmrat Birchow hat das Bedürfnis für einen doppelten Direktor bei einer Krankenzahl von 270 nicht anerkannt, sondern wollte davon erst hören,

Wenn die doppelte Zahl vorhanden wäre. Jetzt haben wir aber erst durchschnittlich 340. Die Zahl der Kranken auf der inneren Station war stets erheblich höher. (Widerspruch.) Beim Nebeneinanderarbeiten zweier Chirurgen sind Konvulsionen nicht ausgeschlossen. Bis hierher sind noch alle auswärtigen Besucher unserer Krankenanstalten höchst befriedigt gewesen.

Stadt. Körte (Fr. Fr.) spricht sich gegen den Antrag aus. Die Annahme der Krankezahl auf der äußeren Station könne eine derartige Umwälzung nicht rechtfertigen. Im Operationsjahr müsse ein Wille herrschen.

Stadt. Dr. Friedberg (Soe.): In der vorliegenden Sitzung der Stadtverordneten ging ein Sturm der Entrüstung durch die Verammlung, als nachgewiesen wurde, daß Schwere von den Krankenhäusern zurückgewiesen worden sind, obwohl noch Betten vorhanden waren; man sollte daher mit dem Erwähnen fremder Hilfskräfte gegenüber der hiesigen Krankenhausverwaltung etwas vorsichtiger sein. Es ist mir möglich gewesen, in der Kommission zwei Fälle vorzuführen, wo der Direktor den Kranken vier Monate lang nicht gesehen hatte! Man sollte uns also nicht zu sehr drängen, noch mehr solches Material herbeizuschaffen, — wenn es freilich auch nicht leicht ist, solches beizubringen, weil der chirurgische Kranke nicht die Kritik der ihm widerstehenden Behandlung besitzt. Würde einer von Ihnen sich operieren lassen bloß auf die Diagnose hin und ohne daß der Arzt nachher den Operierten wieder zu sehen bekommt? Im Ausdrück führte ein Magistratsvertreter an, daß die Gutachten unter der Flagge des Direktors segeln. Das war eine sehr richtige Bemerkung: die Gutachten segeln unter seiner Flagge, sind aber nicht von ihm verfaßt. Daher die vielfachen Klagen über diese Gutachten, unter denen oft die Begutachteten leiden müssen. Gerade in den letzten Jahren sind die Anforderungen der Chirurgen ganz bedeutend gestiegen, entsprechend der Verbesserung der Operationsmethoden und der hinzugekommenen Untersuchungen durch die Röntgenstrahlen. Die Zahl der Kranken für jeden Chirurgen muß also verkleinert werden. Die Lichtigkeit des Direktors kommt ja den Kranken keineswegs in vollem Maße zu statten, das geht schon wegen seiner Privatpraxis, wegen seiner konsultativen Praxis nicht an; hier liegt ein Krebschaden der ganzen Organisation, der endlich einmal abgestellt werden muß. Ich mache damit keinem Direktor einen Vorwurf, aber die Krankenhäuser könnten wissenschaftlich bei anderer Organisation mehr leisten. Verlangt man doch von jedem Arzte, der eine Privatpraxis eröffnet, daß er das ihm zufließende Material wissenschaftlich bearbeite! Bei der heutigen Organisation kann eine Besserung nicht eintreten. Wir streben auch vor allem eine Verneuerung der Kräfte an, damit die Versorgung der Kranken besser wird, sie ist jetzt nicht eine solche, die der Stadt würdig wäre. (Anruhe.) Wir sollten uns vor einer wiederholten Wamange, wie wir sie erst neulich haben erleben müssen, hüten. (Beifall.)

Stadt. Weigert: Der Antrag Landau hat ja viel Beachtung gefunden; seine Begründung ist aber doch nicht mit der nötigen Vorsicht erfolgt. (Anruhe.) Man hat uns vorgeworfen, daß wir unsere erprobten Assistenten zu Oberärzten gemacht haben. Wir haben damit nur ihren Verdiensten Rechnung getragen. Bei zwei leitenden Chirurgen nebeneinander müssen Reibungen entstehen. Die Sympathie des Publikums wird unseren Krankenhäusern auch ohne den Antrag Landau erhalten bleiben.

Stadt. Sanitätsrat Ruge (R. L.) hält durch den Antrag Landau eine Verbesserung der Situation der Kranken durchaus nicht für gewährleistet. Die Nebensände, welche sich aus der Privatpraxis ergeben, würden sich auf den neuen dirigierenden Arzt übertragen; bei dem jetzigen Oberarzt sei das nicht der Fall. Redner bittet, den Antrag im Interesse der Kranken abzulehnen.

Stadt. Dr. Langerhans (R. L.) fürchtet, daß die Stadt großen Unannehmlichkeiten entgegengeht, wenn nicht etwas Besseres wie der Antrag Landau angenommen wird. Er gehe lieber voran, als daß er später nachzukommen gezwungen sei. Nach einigen Jahren werde unabweislich das Wachstum der äußeren Stationen so stark geworden sein, daß man zur Teilung gezwungen müsse. Redner kann das Sträuben gegen die Reform nicht begreifen.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Zunahme der Zahl der äußeren Kranken rechtfertigt das Verlangen einer Veränderung nach dem Antrag Landau nicht. Der Antragsteller hat die Forderung, seine Behauptung von den Mängeln des bestehenden Zustandes zu beweisen, als eine formula magistralis ins Lächerliche zu ziehen versucht. Es ist dies aber eine Forderung des gesunden Menschenverstandes. Die Behauptung, wir hätten nur einen selbständigen Arzt auf der äußeren Abteilung, ist falsch; wir haben zwei selbständige Ärzte. Auf dem Wege des Antrages ist Besserung nicht zu erreichen. Vielleicht geht es auf dem Wege der Veränderung der Instruktion dahin, daß der Direktor nicht berechtigt, sondern verpflichtet ist, dem Oberarzt eine Anzahl Kranken zur selbständigen Behandlung zuzuwenden. Ich habe als Laie den Mut einer eignen Meinung, obwohl es heute nahezu Dogma geworden ist, daß derjenige, der sich nicht unbedingt der Meinung der Sachverständigen unterordnet, nicht mehr verdient, ein Stüd Brot zu essen. Diese Sachverständigen verstecken sich jetzt hinter der Allgemeinheit und nehmen damit den Wind recht voll. Sie vertreten aber vielfach nur eigene Interessen. Die größten Värmacher sind nicht immer die besten Musikanten, sonst wäre die Pauke das Hauptinstrument. (Große Heiterkeit.)

Stadt. Gassel (R. L.) tritt namens der großen Mehrheit seiner Fraktion für den Antrag ein. Der Oberbürgermeister habe mit der Behauptung, daß wir zwei selbständige Ärzte haben, einen bloß rhetorischen Effekt erzielt. Auch Siechow gehöre zu den schlechtesten Musikanten des Oberbürgermeisters; denn 1894 sei er dertelben Meinung gewesen, wie die heutigen Antragsteller. Die damals für die innere Abteilung geschaffene Reform habe sich heute der allgemeinsten Billigung zu erfreuen, und auch gegen diese hätten sich 1894 die ärztlichen Direktoren erklärt. Die ärztlichen Standesvereine hätten absolut kein ärztliches Interesse vertreten. (Zustimmung.) Professor v. Bergmann habe ihm (Redner) erklärt, er könne nicht begreifen, wie ein Arzt gegen diese Neuordnung sein könne. Ebenso hätten sich Fürbringer, Israel, Senator und Wendel geäußert. (Stadt. Landau: Hörl hört!) Sachliche Gründe habe aber der Oberbürgermeister dem Antrag Landau nicht entgegenzusetzen vermocht. Von der „Selbständigkeit“ des Oberarztes habe Siechow seiner Zeit eine nur recht geringe Meinung gehabt.

Oberbürgermeister Kirchner: Wir sind ja gar nicht prinzipielle Gegner, wir sagen nur, daß seit 1894 die Verhältnisse sich nicht so verschoben haben, daß der Antrag eine Notwendigkeit wäre. Ist der zweite Direktor die rettende That, so dürfte Herr Landau bei Friedbergsheim nicht stehen bleiben. (Sehr richtig!) Gründe für den Antrag sind auch jetzt nicht angegeben. Man beruft sich auf Autoritäten, beide Teile rufen Herrn Siechow an. Wie ich den Bestorbenen gefannt habe, würde er diese Art des Kampfes nicht gebilligt haben. (Lebhafte Widerspruch.) Stadt. Gassel: Sie aber haben beleidigt! Er wollte nie befehlen und herrschen, sondern nur befehlen und überzeugen.

Stadt. Dr. Neumann kann die Entrüstung begreifen, die dem Antrag vom Magistratsrat entgegengebracht wird. Er träte für den Antrag ein, weil er in ihm einen Fortschritt unserer öffentlichen Krankenpflege erblicke.

Stadt. Rommeln (Fr. Fr.): Noch nie ist ein Antrag so ungeschicklich begründet worden, wie dieser. Herr v. Bergmann und Herr Israel werden sich in ihrer Klinik keinen zweiten koordinierten dirigierenden Arzt gefallen lassen.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

In persönlicher Bemerkung protestiert Stadt. Landau gegen die fast demagogische Art, mit der der Oberbürgermeister gegen ihn plädiert habe. (Vorsteher trägt diesen Ausdruck.) Dieses Vorgehen müsse ihn persönlich tief verletzen. Ebenso protestiert er gegen die den 600 an der Eingabe beteiligten Ärzten zu teil gewordene Herabwürdigung.

Oberbürgermeister Kirchner: Das Stenogramm wird ergeben, daß die letzte Behauptung unwarhaft ist.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Landau mit 73 gegen 36 Stimmen angenommen.

Schluss 9 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 26. Februar.

In der heutigen Verhandlung werden die Geschäfte mit der „Finanz- und Handelszeitung“ des Hugo Loevy erörtert, wobei die Leipziger Bank die Garantie des Rückkaufes für mehrere Millionen russischer an Loevy verkaufter Treberobligationen übernahm. Ferner konnten verschiedene nach Ansicht der Sachverständigen ungewöhnliche Transaktionen zur Sprache, deren Zweck es war, eine möglichst günstig aussehende Bilanz der Leipziger Bank zu Stande zu bringen, so u. a. die Übergabe von 22 Millionen Reichsmark der Kasseler Aufsichtsratsmitglieder an die Leipziger Bank, für welche Summe die Trebergesellschaft durch die Leipziger Bank entlastet wurde. Die Wechsel wurden aber nicht eingelöst.

Dann gelangt ein Brief Schmidts an Exner zur Verlesung, in dem dieser mitteilt, daß er 3 Wechsel in Gesamthöhe von 3 600 000 Kronen auf die galizische Lohndergesellschaft schide. Er bitte dringend, die galizische Gesellschaft nicht davon zu benachrichtigen, da in der Verwaltung Spießbärgenfindel schlechterer Art säße und man Gefahr eines Verhängnisses laufe.

Sachverständiger Plaut bemerkt, Schmidt hätte in Galizien überhaupt an keine Lohndergesellschaft eine berechnete Forderung, im Gegenteil, als die Trebergesellschaft zusammenbrach, machten die Lohndergesellschaften 11 Millionen Gegenforderungen geltend. Exner bemerkt, daß durch die Annahme der Wechsel die Leipziger Bank ihre Sicherheit erhöhte und andererseits 900 000 M. erhielt; um diese Summe wäre im Falle der Nichtannahme die Konkursmasse ärmer gewesen. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß die Leipziger Bank auf Grund dieses Briefes die Beziehungen mit der Trebergesellschaft hätte abbrechen müssen, erkennen aber an, daß durch Annahme der Wechsel der Leipziger Bank ein wirtschaftlicher Nutzen erwachsen sei.

In weiteren Verläufe der Sitzung kommt zur Sprache, daß der Leipziger Bank mehrere Hypotheken von den Treberwerken übergeben worden sind, für die die Trebergesellschaft zu entlasten war. Exner weist auf den großen wirtschaftlichen Nutzen aus diesem Geschäft für die Leipziger Bank hin. Sachverständiger Plaut erkennt den wirtschaftlichen Nutzen des Geschäfts an, der Hauptzweck aber sei die Entlastung der Trebergesellschaft gewesen. Die Verhandlung wird sodann auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Losschwindel. Die Warnung vor dem Ankauf fremder Staatslose auf Platzzahlungen und vor den „Serien-Los-Gesellschaften“ in der Dienstag-Nummer hat zur Folge gehabt, daß ein ganzes Bündel von Zinschriften aus unserm Leserkreise zugegangen ist. Teils wird in diesen Briefen über ähnliche Angebote wie jene des „Vergoldeten Mercur“ berichtet, teils enthalten die Zinschriften allerlei Klagen solcher Leser, die sich zur Teilnahme an derartigen Losgesellschaften haben verleiten lassen. Diese Klagen hier zu veröffentlichen, würde zu weit führen, zumal es im Grunde genommen immer dieselbe Geschichte ist, welche die Einföhrer erzählen. Wir können nichts anderes thun, als nochmals vor der Beteiligung an solchen Spielereien zu warnen. Wer sein Geld dafür ausgiebt, hat es meist direkt weggenommen; und unsere Arbeiter müßten doch wirklich ihr Geld zu schwer verdienen, um es auf diese leichtsinnige Weise zu verlieren.

Deutschlands Außenhandel im Januar 1903. Nach dem soeben vom Statistischen Amt herausgegebenen Jahrbuch der monatlichen Nachrichten über den auswärtigen Handel hat der deutsche Außenhandel sich im ersten Monat des laufenden Jahres außerordentlich günstig gestaltet, sowohl die Einfuhr als die Ausfuhr hat beträchtlich zugenommen. Es betrug:

Die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 3 203 699 gegen 2 966 956 und 3 048 436 in den beiden Vorjahren. Von 43 Zolltarifnummern zeigen 26 eine verstärkte, die übrigen eine wenig verminderte Zufuhr. Erden, Erze (+ 99 068), Getreide (+ 85 664), Kohlen (+ 65 811), Abfälle (+ 22 318) brachten wesentlich höhere, Holz (— 50 124), Steine (— 9718), Drogerie, Apotheker- und Farbenwaren (— 8187) wesentlich geringere Mengen.

Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 3 149 758 gegen 2 474 258 und 2 414 739 in den beiden Vorjahren. Es lassen 30 Zolltarifnummern eine Zunahme der Ausfuhr erkennen. Hierunter ragen hervor: Kohlen (+ 529 936), Erden, Erze (+ 122 610), Eisen (+ 20 270). Unter den Nummern mit einer Abnahme der Ausfuhr sind nur Materialwaren mit einem Anfall von 17 860 Tonnen von besonderer Bedeutung. Größer als dieser Anfall ist die Abnahme der Rohzucker-Ausfuhr um 38 361 Tonnen. Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika teilen sich in diesen Anfall.

Ueber die Schädlichkeit der Exportpraxis der Roh- und Halbware ist es in dem soeben vom Reichsten-Kollegium in der Berliner Kaufmannschaft veröffentlichten Bericht über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1902: „Im Berichtsjahre trat die Wirksamkeit dieser Vereinbarungen besonders darin zu Tage, daß die Preise der syndizierten Artikel nicht so weit heruntergingen, wie dies bei der starken Bedarfsminderung zu erwarten gewesen wäre. Dies war nur dadurch zu erreichen, daß die Produktion thätigst beschränkt und der im Inlande nicht verwendbare Teil der Erzeugung zu Verlustpreisen in das Ausland geworfen wurde. Somit hatten die inländischen Abnehmer einen Beitrag zu zahlen, um die Versorgung der mit ihnen konkurrierenden ausländischen Verbraucher zu sehr billigen Preisen zu erleichtern. Das Vorgehen der Syndikate kam denjenigen Inlandverletern sehr zu statten, welche ihren Bedarf an Rohmaterialien ganz oder zum größten Teil aus eignen Betrieben decken. Dagegen hatten alle diejenigen Werke schwer zu leiden, welche Roh- und Halbmaterial kaufen mußten, denn die Verkaufspreise der Fabrikate standen außer Verhältnis zu den Einkaufspreisen der Materialien. Wenn auf der einen Seite behauptet wird, daß durch diese Preispolitik die Rohstoffverbände die Krisis gemindert, der Preissturz auf gehalten worden sei, so ist auf der andern Seite doch auch zu konstatieren, daß durch dies Verfahren die Gesundung der Industrie verlangsamt wurde, da der inländische Verbrauch nicht die Anregung erhielt, die ihm sonst nach industriellen Krisen durch sehr niedrige Preise geboten wurde.“

Dressener Bank. Einen Tag später als im vorigen Jahr ist diesmal die Dresdener Bank mit ihrem Rechnungsabschluss herausgekommen; und es mag hier hinzugefügt werden, daß, so weit das Gewinn- und Verlustkonto sowie die Bilanz ein Urteil gestatten, das Institut sich von den schweren Schlägen, die es im Jahre 1901 erlitten, ziemlich erholt hat. Der Bruttogewinn beträgt einschließlich 96 120 Mark Vortrag aus dem Vorjahre 19 482 771 M. (im Vorjahre 15 091 680 M.). Nach Abzug von 5 709 427 M. (im Vorjahre 5 004 125 M.) Handlungsunkosten und Steuern, ferner von 84 144 M. Abschreibungen auf Immobilien, verbleibt ein Reingewinn von 13 689 199 M. (i. V. 9 862 732 M.), der nach dem Geschäftsbericht folgende Verwendung finden soll: Abschreibungen auf Bankgebäude 600 000 M., auf Effekten- und Konfortial-Konto 2 700 000 M., auf Conto-Corrent-Konto 300 000 M., Dividenden 75 590 M., Zantien an den Aufsichtsrat 286 649 M., Zantien an die Direktoren 1 134 626 M., Gratifikationen an die Beamten 725 000 M., Dividende (6 Proz.) 7 800 000 M., Vortrag auf neue Rechnung 67 333 M.

Die Dividende betrug im Vorjahre nur 4 Proz., ist also diesmal um 2 Proz. höher. Ueberausdend dürfte manchem die erübrigte hohe Abschreibung von 2 700 000 Mark auf dem Effekten- und Konfortialkonto kommen, nachdem erst im vorigen Jahre 5,4 Millionen Mark auf diesem Konto abgeschrieben worden

ist. Wir haben aber schon im vorigen Jahre die Ansicht vertreten, daß die Absetzung der 5,4 Millionen Mark nicht ausreichend sei und glauben, daß auch mit der jetzigen neuen Abschreibung die Aktiven kaum auf ihren wirklichen Stand heruntergebracht sein dürften.

Im übrigen weist das Gewinnkonto die Bekannten, bei den meisten der bisherigen Abschlässe nachweisbaren Züge auf. Zu dem Bruttogewinn haben nämlich beigetragen:

	1902	1901
Sorten und Couponskonto	135 487 M.	133 487 M.
Zinsenkonto	5 872 374	5 710 239
Wechselkonto	3 563 726	4 887 153
Provisionskonto	5 103 985	5 087 908
Effekten- und Konfortialkonto		
abz. Zinsen	4 650 200	Verlust 848 327

Was die Bilanz anbetrifft, so zeigt sich auf der Passivseite eine beträchtliche Zunahme der Verbindlichkeiten; die Depositen stiegen von 77,6 auf 93,2 Millionen Mark, Accepte von 102,7 auf 115,4 Millionen Mark, Kreditoren von 151,7 auf 185,8 Millionen Mark. Bei den Aktiven findet sich eine Verminderung des Kassabestandes um ca. fünf Millionen Mark, doch sind andererseits die verfügbaren Guthaben um ca. zwei und die Effekten-Reports um 25 Millionen Mark gewachsen. Ferner sind gestiegen die Effekten von 34,9 auf 39,2 Millionen Mark, die Debitoren von 208,2 auf 223,9 Millionen Mark.

Verfassungen.

Eine Volksversammlung für den fünften Wahlkreis tagte am Mittwoch in der Tonhalle. Der große Saal und die Galerie waren voll besetzt, es waren mindestens 1500 Personen anwesend, die mit großer Aufmerksamkeit dem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Antzli über: „Die Willoische Heimatpolitik und die Interessen des Volkes“ folgten. Diese sogenannte Heimatpolitik, die bekanntlich ihre Krönung in dem neuen, durch Reichsbrüche aller Art zustande gekommenen Zolltarif gefunden haben soll, wurde von dem Redner durch Vorführung eines reichen Thatbestandmaterials scharf beleuchtet. Besonders wies der Redner nach, wie verderblich der neue Zolltarif für die Holzindustrie wirken muß wie schwer nicht allein die Arbeiter, sondern auch der Mittelstand, die Kleinmeister geschädigt werden durch die 50—200 Proz. betragenden Zollerhöhungen auf alle Arten Holz, auf Werkzeuge und Materialien, die dieser Industrie unentbehrlich sind. Der Vortrag hing aus in die Richtung, mit höchstem Eifer daran zu arbeiten, daß alle die durch die Willoische Heimatpolitik Geschädigten aufgeklärt und aufgerufen werden, sich der Socialdemokratie anzuschließen, um dieser Partei bei den bevorstehenden Wahlen zu einem glänzenden Siege zu verhelfen. — Stürmischer lang anhaltender Beifall genigte dafür, daß die Anwesenden mit dem Vortrage einverstanden waren. Der Vorsitzende W e i s s forderte unter Hinweis darauf, daß auch die Freiwirtschaft im fünften Streife bereits eifrig für die Wahl thätig sind, alle Arbeiter auf, im vollsten Maße ihre Pflicht zu thun, damit die Bestrebungen der Gegner zu nichte gemacht werden.

Die Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission hatte zum 23. d. M. eine Delegiertenversammlung mit Hinzuziehung der Gewerkschaftsvorstände einberufen, um die Ausfertigung der von der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands verlangten Jahresstatistik über die Angabe der Mitgliederzahl, Streiks, Innungen, Tarifvereinbarungen usw. vorzunehmen. Bemerkenswert sei, daß von 18 an der Statistik beteiligten Gewerkschaften eine Mitgliederzahl von 2549 zu verzeichnen war. — Hierauf wurde mitgeteilt, daß die gemeinsame Bibliothek der Gewerkschaften Charlottenburgs am 1. März dieses Jahres im Volkshaus, Rosinenstraße 3, eröffnet wird. Die Ausgabezeiten sollen Sonntags, vormittags von 8—10 Uhr und Dienstags und Donnerstags, abends von 8—10 Uhr, abgehalten werden. — Die Versammlung wählte zum Bibliothekar Bogzellan-arbeiter Börseder und zu dessen Stellvertreter Schneider Duzol. — Die nunmehr wieder ausgenommene Diskussion über die weitere Ausgabe eines gedruckten Jahresberichtes konnte wegen der vorgeordneten Zeit nicht zu Ende geführt werden und wurde zur nächsten Sitzung vertagt. Die Steinheuer und Plätterinnen fehlten.

Ein socialdemokratischer Wahlverein für Friedmann ist in einer am 24. d. M. abgehaltenen Versammlung ins Leben gerufen worden. Zur Aufnahme gelangten 57 Mitglieder. In den Vorstand wurden gewählt: Paul Schmidt, erster Vorsitzender, Karl Köhling, Stellvertreter, Hermann Bernhoe, Kassierer, Max Flieg, Schriftführer, Otto Hille, Beisitzer. Vereinsversammlung ist für jeden Dienstag nach dem 15. feigelegt und finden dieselben bei Grube, Kaiser Allee, Eck Stubenrauchstraße, statt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Arbeiterbedelung in Holland.

Haag, 26. Februar. (W. Z. V.) Die Zweite Kammer beschloß mit 50 gegen 35 Stimmen, die drei mit dem letzten Zustand der Eisenbahn-Angelegenheiten zusammenhängenden Gesetzentwürfe am nächsten Dienstag in den Bureaus der Kammer prüfen zu lassen, während die Beratung der betreffenden Interpellationen später stattfinden soll. Die Liberalen und socialistischen Abgeordneten hatten diese Beratungsweise beantragt, die indessen durch die Regierungspartei zur Annahme gebracht wurde.

Das Alkoholmonopol.

Paris, 26. Februar. (W. Z. V.) Deputiertenkammer. In weiteren Verläufe der Sitzung wurde die Beratung des Artikels 24 des Finanzgesetzes begonnen. Derselbe ist von der Kommission in die Vorlage eingestuft und bestimmt, daß vom 1. Januar 1906 an der Staat das Monopol der Herstellung, der Raffination, der Einfuhr und des Verkaufs von Alkohol haben soll. Jaurès weist auf die Notwendigkeit des Alkoholmonopols hin, denn wenn der Staat dieses nicht an sich reißt, würden sich die Lieferanten und Industriellen desselben bemächtigen. Jaurès schätzt die Kosten für den Ankauf der großen Brennereien auf 6 oder 7 Millionen Franc; für die andern nicht angekauften Brennereien könnte der Staat festsetzen, wie viel Alkohol sie herstellen dürfen. Reine ruf: „Und die Freiheit?“ Jaurès erwidert: Wie? Sie, der Mann der Zolltarife und Reglementierungen, sprechen von Freiheit? Er fährt dann aus, daß die kleinen Produzenten Vereinigungen bilden könnten zur gemeinsamen Destillierung ihrer Produkte und fügte hinzu, daß das Alkoholmonopol den kleinen Landwirten die Fortschritte der Wissenschaften bringen würde. Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

Macedonien.

Sofia, 26. Februar. (Nachricht des Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Das allgemeine Urteil über das Reformprojekt lautet hier abfällig. Die Macedonier erklären auch viel weitergehende Reformen für unannehmbar, wenn ihre Durchführung von den Mächten nicht garantiert werde. Die amtlichen Kreise schweigen, da keine offizielle Mitteilung des Projektes an Bulgarien erfolgt ist. Am schärfsten äußert sich bisher gegen die Reformen des Organs Karavelow's „Preporan“. Das Blatt „Witschewa Boshla“ nennt das Projekt „internationalen Cynismus“ und predigt Krieg und Aufruhr. Dennoch ist zweifellos auch ein Teil der Macedonier gewillt, die Durchführung der vorgeschlagenen Reformen abzuwarten, bevor sie das Reformprojekt ganz verwerfen.

Cincinnati, 26. Februar. (W. Z. V.) Der durch die Feuersbrunst angerichtete Schaden wird nunmehr auf 3 Millionen Dollar geschätzt. Die Feuerbrunst ist die verheerendste, von welcher die Stadt bisher heimgesucht wurde.

Reichstag.

268. Sitzung. Donnerstag, den 26. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowsky.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen.

Ueber eine Petition der Handelskammer zu Wülheim a. Rh. gegen den Erlass eines Gesetzes über den Verkehr mit Honig wird ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen.

Als Material werden überwiesen Petitionen betr. die Verhütung von Milzbrandvergiftungen, sowie eine Petition wegen Durchführung der gesetzlichen Fürsorge für verunglückte Feuerwehrlente und eine Petition betr. Einstellung der Fabrication von Korbwaren in den Strafanstalten.

Ueber eine Petition der Heringsfischerei Dollart zu Embden betr. Verwendung der im Etat für die deutsche Hochseefischerei bewilligten 400 000 M. geht das Haus zur Tagesordnung über.

Zur Berücksichtigung wird dem Reichskanzler überwiesen eine Petition betr. Abänderung der Bestimmungen über die Vorbildung zum Studium der Zahnheilkunde.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt beim Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“.

Abg. Hoch (Soc.):

Die Geschäfte des Reichs-Versicherungsamtes haben in letzter Zeit, wie die Verwaltung selbst anführt, namentlich auf dem Gebiete der Unfallverhütung, ganz erheblich zugenommen. Dies ist namentlich der Fall gewesen, seitdem am 1. Januar vorigen Jahres die neuen Unfallversicherungs-Gesetze in vollem Umfange in Kraft getreten sind. Es genügt deshalb auch die Schaffung einer neuen Stelle für einen Senatspräsidenten und einer neuen Mitgliederstelle nicht, um der Ueberlastung des Reichs-Versicherungsamtes abzuhelfen. Diese Ueberlastung führt zu einer viel zu langsamen Erledigung der Reklamationen der Arbeiter. Die Vaugenossenschaften lassen sich von vornherein sehr viel Zeit, bis sie die Gewährung einer Rente ausprechen. Die 13 Wochen gehen in der Regel vorüber, ohne daß der verunglückte Arbeiter eine Mitteilung bekommen hat. Zur Erledigung der etwaigen Reklamationen brauchen dann die Schiedsgerichte und das Reichs-Versicherungsamt nicht weniger lange Zeit. Unter der Ueberlastung hat auch die Rechtspflege der Schiedsgerichte erheblich gelitten. Ein großer Teil der Berufsgenossenschaften hat in neuester Zeit die Kontrolle der Rentempfänger dahin geregelt, daß genau untersucht wird, ob irgend ein Rentempfänger einen etwas höheren Lohn empfängt, als er dem Grade der ihm bei der Feststellung der Rente zugesprochenen Erwerbsfähigkeit entspricht.

Wenn der Lohn des Rentempfängers niedriger ist, geschieht natürlich nichts, ist der Lohn aber höher, so wird der Rentempfänger zum Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft geschickt, und dieser untersucht, ob sich der Zustand des Betroffenen nicht gebessert hat. Dies Verfahren steht im Widerspruch mit dem Sinn und Wortlaut unserer Versicherungsgesetze. Denn die Rente soll nicht nach dem Lohne, den der Arbeiter erhält, berechnet werden, sondern nach der Einbuße seiner Erwerbsfähigkeit. Wenn er vorübergehend einen höheren Lohn erhält, so ist das durchaus nicht immer ein Erfolg seiner größeren Erwerbsfähigkeit. Der Arbeiter hat unter dieser Praxis schwer zu leiden. Hierbei spielt auch ein Begriff eine Rolle, der in der letzten Zeit in der Rentengewährung der Berufsgenossenschaften aufgetaucht ist, daß sich nämlich der verunglückte Arbeiter an den Verlust irgend eines Gliedes und an die Beschränkung seiner Erwerbsfähigkeit gewöhnt habe, und daß infolge dessen die Rente niedriger sein könnte als früher. Diese Praxis hat zu den wunderbarsten Fällen geführt. Einem Holzarbeiter, dem der rechte Arm vollständig verstümmelt war, wurde von der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft einzureden versucht, er habe sich an den Verlust seines rechten Arms in so hohem Grade gewöhnt, daß er ihn zur Unterstützung des linken Arms in gewisser Weise gebrauchen könne, wodurch seine Erwerbsfähigkeit nicht so sehr vermindert sei. Es müßte für solche Fälle den Arbeitern möglichst weit entgegen gekommen werden und Sachverständige auch auf Seiten der Arbeiter darüber befragt werden, ob wirklich ein höherer Grad der Arbeitsfähigkeit wieder eingetreten ist.

Weiter werden auch sonst die gesetzlichen Bestimmungen von den Berufsgenossenschaften nicht immer beachtet. Vielfach wird so z. B. entgegen dem § 60 Abs. 3 bei der Herabsetzung der Rente nicht immer auf Antrag des Betroffenen ein anderer Arzt gehört. Es wird einfach auf das Gutachten des Vertrauensarztes hin erkannt und auch die Schiedsgerichte geben dem Verlangen des Arbeiters nicht nach. Weiter klagen die Arbeiter darüber, daß ihnen keine Entschädigung zum Termin nicht gewährt wird und, was dem nachher gesagt wird: weil der Rentempfänger zum Schiedsgerichtstermin ohne Grund nicht erschienen ist, wird sein Anspruch abgewiesen. Meiner führt eine Reihe von Fällen an, in welchen das Schiedsgericht zuerst dem Arbeiter mitgeteilt hatte: „Wir halten Ihr Erscheinen nicht für notwendig“, nachher aber sein Anspruch abgewiesen war auch mit Rücksicht auf das Nichterscheinen zum Termin. Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Praxis des Reichs-Versicherungsamtes gegenüber den von uns vorgetragenen offensiblen Verträgen gegen das Gesetz ist eine je nach den Senaten ganz verschiedene. Es ist aber Pflicht des Reichs-Versicherungsamtes, die Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichte auf die strikte Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen hinzuwirken. Wenn es dieser Pflicht nicht immer nachkommt, so liegt ein Teil der Schuld auch an seiner Ueberlastung. Es hätten zum mindesten 3 Senate neu geschaffen werden müssen, damit würden auch die Mehrzahl schneller erledigt werden. Heute müssen 15-16 Fälle am Tage durchgearbeitet werden. Weiter ist es aber auch ein großer Mangel, daß das Reichs-Versicherungsamt seinen Zwang auf die Berufsgenossenschaften ausüben kann. Wenigstens ist dies die Ansicht des Herrn Staatssekretärs. In der That aber sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, die Unfallverhütungsvorschriften des Reichs-Versicherungsamtes zu befolgen, resp. die von demselben vorgeschriebenen technischen Aufsichtsbeamten anzustellen. Nach § 22, Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes sind die Genossenschaften verpflichtet, über die Ueberwachungs-tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten und deren Ergebnisse dem Reichs-Versicherungsamt Bericht zu erstatten. Herr Staatssekretär erklärte seiner Zeit, daß diese Berichte selbstverständlich veröffentlicht werden würden. Nun wird dies aber von den Berufsgenossenschaften dadurch umgangen, daß sie die Berichte zu spät einreichen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Weiter besteht die Bestimmung, daß die Gesamt-Rechnungsergebnisse eines Rechnungsjahres alljährlich dem Reichstag vorgelegt werden sollen. Das Reichs-Versicherungsamt hat seiner Zeit selbst zugegeben, daß der Reichstag aus den bisherigen Berichten ein richtiges Bild sich nicht bilden könne. Eine Verbesserung dieser Berichte ist aber ebenfalls am Widerstande der Berufsgenossenschaften gescheitert. Die Bedeutung der Berufsgenossenschaften geht ja auch daraus hervor, daß, während der Abfindung eines Geh. Rates zum Gewerkschaftskongress die langwierigsten Dekonations-stonfälle vorhergingen, die Einladung der Berufsgenossenschaften von der Regierung mit Freuden angenommen wurde. Man erklärte, daß man die gewichtige Stimme der in den Berufsgenossenschaften vereinigten Herren Vertreter der Berufe stets aufmerksam würdigen werde.“ Bei dieser Abhängigkeit des Reichs-Versicherungsamtes von den Unternehmern ist es kein Wunder, wenn seine Tätigkeit den Wünschen der Arbeiter wenig entspricht. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballesprew: Das Wort hat der Abgeordnete Gild.

Abg. Gild (natl.): Infolge der Mahnung des Präsidenten, die Debatte nach Möglichkeit abzukürzen, verzichte ich aufs Wort.

Abg. Gamp (Sp.) polemisiert gegen den Abg. Köfide-Deffau. Die Landwirtschaft ist durch die Versicherungsgegesetzgebung genau so stark belastet wie die Industrie. Abg. Köfide hat dergleichen versucht, seine jetzigen Parteifreunde in ihrer Stellung zu den Versicherungsgegesetzten reinzuwaschen. Diese Reinerwaschung ist durchaus nicht glückl. Die Freunde des Abgeordneten Köfide haben sich am spätesten für irgendwelche socialpolitischen Aufgaben interessiert, und zwar vermöge ihres manchesterlichen Standpunktes. Die beiden konservativen Parteien und das Centrum sind die Träger unserer socialpolitischen Gesetzgebung gewesen. (Widerpruch links.) Ich habe mich auch nicht gegen die landwirtschaftlichen Unfallverhütungs-Vorschriften ausgesprochen, sondern wir waren nur gegen die einheitliche Schematisierung, die keine Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft nahm. Abg. Köfide-Deffau sollte sich doch bei seinem Herrn Bruder einmal über diese Verhältnisse informieren oder, wenn ihm der zu agrarisch ist, zu mir nach Pommern kommen. (Weiterkeit.) Herr Köfide-Deffau ist ein sehr liebenswürdiger, anständiger Herr, der auch großes Verständnis für einen guten Tropfen Wein hat. (Weiterkeit.) Er wird in dieser Beziehung bei mir vollkommen befriedigt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Jagzewski (Pol.) schließt sich den Beschwerden des Abg. Krollenbuhr an, daß Unfälle auf dem Wege von und zu der Arbeit nicht entschädigt werden, und klagt darüber, daß auch in den Pommerschen Gutsbesitzern und Krankenanstalten evangelische Diakonissen angestellt seien, die — ebenso wie die Ärzte dieser Anstalten — noch dazu der polnischen Sprache nicht mächtig seien.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Die letzten Worte des Abg. Gamp waren charakteristisch für einen „notleidenden“ pommerschen Grundbesitzer, wie er in Wirklichkeit aussieht. Die Konservativen und das Centrum sind höchstens die unfreiwilligen Träger der Versicherungs-Gesetzgebung gewesen. (Sehr gut! links.) Sie (nach rechts) waren doch diejenigen, die für die Umsturz- und die Jungheims-Vorlage geschwärzt haben! Und jetzt vor den Wahlen auf einmal dies Jurisprudenz eines socialpolitischen Eifers bei den Konservativen! Den Beschwerden des Abg. Hoch über die langsame Erledigung von Reklamationen seitens des Reichs-Versicherungsamtes schließe ich mich an. Ich möchte weiterhin darauf hinweisen, daß die schlesische Versicherungsanstalt gegenüber den Bestrebungen auf Bau von Arbeiterwohnungen eine ganz ablehnende Stellung einnimmt. Sie steht damit im Gegensatz zu allen übrigen Versicherungsanstalten.

Abg. Schrader (fr. Sp.): Das Zustandekommen des Krankenversicherungs-Gesetzes ist in hervorragender Weise dem Wirken des Abg. Poser also eines Mitgliedes der Linken zu verdanken. Gegen die andern Versicherungsgesetze haben wir lediglich ihrer Form wegen gestimmt. Dagegen haben die Konservativen und das Centrum sich auf das Lebhafteste gegen die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in das Krankenversicherungs-Gesetz gewehrt.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Die Fehler der Versicherungsgesetze sind so groß, daß man sich nur wundern kann, daß die konservativen durchaus Vater dieser Gesetze sein wollen. Gewiß, Herr Gamp, Sie sind Vater des Teils dieser Gesetze, der es verschuldet, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Unfälle steigt, Sie sind daran schuld, daß noch heute die ländlichen Arbeiter der Wohlthaten eines Teils der socialpolitischen Gesetze nicht teilhaftig sind.

Unser Versicherung, daß das Reichs-Versicherungsamt immer mehr unter den Einfluß der Unternehmer kommen werde, hat sich leider als richtig erwiesen. Das geht schon daraus hervor, daß sich die Fälle mehren, in denen angenommen wird, daß sich der Arbeiter durch eigene Fahrlässigkeit den Unfall zugezogen habe und der Unfall also nicht als Betriebsunfall angesehen wird. — Zweifello ist, daß der wirkliche Kern des Versicherungsgesetzes, die Entschädigungspflicht der Unternehmer für die Unfälle in ihrem Betriebe, die Socialdemokratie zum Vater hat, er ist von Bebel bereits in den siebziger Jahren bei Beratung des Haftpflicht-Gesetzes gefordert worden. Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften haben wieder die absolute Unzulänglichkeit der Unfallversicherungs-Gesetzgebung erwiesen. Diese Ergebnisse haben aber wieder klargestellt, daß je mehr Unfälle prozentual und relativ sich ereignen, desto größer der Gewinn ist, der infolge der Unfallversicherungs-Gesetzgebung den Unternehmern erwächst. Sämtliche schlechten Gedanken, die in der socialen Gesetzgebung stecken, stammen von den bürgerlichen Parteien, der gute Kern aber von der Socialdemokratie.

Die Unfälle sind in grämlicher Weise gestiegen. Einen Teil der Schuld daran mag die Thatfache tragen, daß in den gemischt sprachigen Landesteilen die Unfallverhütungs-Vorschriften nicht in verschiedenen Sprachen zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden. Die Verhinderung der Unfälle ist viel wichtiger als die Gewährung des Almosen, das den Arbeitern gewährt wird, nachdem sie sich lange mit den Berufsgenossenschaften haben herumgeschlagen müssen. Im Jahre 1901 ist die Zahl der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen gegenüber 1900 von 6 628 000 auf 6 884 000 zurückgegangen, ein Beweis, daß die Krise auch die Großbetriebe ergriffen hat. Es kommt von dem Zuwachs der Bevölkerung in den Betrieben niemand untergebracht werden, und außerdem sind Arbeiterentlassungen erfolgt. So liefert auch die amtliche Unfallversicherungs-Statistik einen Beweis für das offiziell früher bestrittene Vorhandensein zahlreicher Arbeitsloser im Jahre 1901. Diese Zahlen hätten doch der Regierung nicht unbekannt sein dürfen, als wir hier im Reichstage im Jahre 1902 unsere Arbeitslosen-Interpellation einbrachten. Unsere damaligen Angaben erwiesen sich jetzt als richtiger als die Angaben der Polizei und der Regierung. Man hätte nun annehmen sollen, daß sie mit der Verminderung der Zahl der Arbeitslosen des einzelnen Versicherten infolge der Krise auch die Zahl der Unfälle entsprechend vermindert habe. Aber das Gegenteil ist der Fall. Selbst die Zahl der schweren Unfälle zeigt eine erhebliche Steigerung (von 7,6 auf 8,7 auf 1000 Arbeiter). Diese Zunahme bietet ein grauenhaftes Bild der Verheerungen gegenüber Leben und Gesundheit der Arbeiter, sie deutet darauf hin, daß doch bestimmte Umstände vorhanden sein müssen, infolge deren der Arbeitgeber einen Vorteil von der Unfallversicherungs-Gesetzgebung in der Weise hat, daß je mehr Unfälle vorkommen, das Unternehmertum als Ganzes umso mehr gewinnt. Das ist einer der betrübendsten Gründe für die absolute und relative Zunahme der Unfälle. Der § 95 des Unfallversicherungs-Gesetzes, dessen Streichung wir beantragen, ist von der Mehrheit noch verschlechtert worden und dadurch ist die Verantwortlichkeit der Arbeitgeber auf ein Minimum reduziert, ja geradezu eine Prämie auf die Summe und auf die Fahrlässigkeit gegenüber der Gesundheit der Arbeiter gelegt. Namentlich bei den Vaugewerbe-Berufsgenossenschaften zeigt sich deutlich, daß, so lange nicht den Arbeitern das Recht gegeben wird, an der Festsetzung und Ueberwachung der Unfallverhütungs-Vorschriften in weitem Umfange mitzuwirken, die sociale Gesetzgebung geradezu immer mehr Verwundungen und schwere Unfälle zur Folge hat.

Kast noch trauriger als in der Industrie sieht es in der Landwirtschaft aus. Sie, Herr Gamp, sollten sich doch überlegen, ob nicht Ihre Stellung speciell mit daran schuld ist. Bei den ländlichen Arbeitern, die ja in Wahrheit die „notleidenden Agrarier“ sind, giebt es durchschnittlich Jahreslöhne für erwachsene weibliche Arbeiter von 320-340 M., bei den männlichen erwachsenen Arbeitern von 360-540 M. Kein Jahres-Arbeitsverdienst ist auf 600 oder gar 900 M. festgesetzt, dagegen finden sich Jahres-Arbeitsverdienste von 300 M. besonders in Schlessen. Ebenso ist in Opreußen der allerhöchste Lohn auf 600 M. festgesetzt. Da ist eingerechnet das Deputat, die Wohnung ufm. Sie werden sagen, in der That sind die Löhne höher. Wenn aber diese

amtlichen Zahlen unwirksam sind, nach denen die Renten berechnet werden, so würde das einen schweren Vorwurf gegen die Behörden bedeuten. Besonders schlecht sind die Unfallverhütungs-Vorschriften in der Landwirtschaft und wo solche vorhanden sind, fehlt es an der nötigen Ueberwachung. In Sachsen müssen 7 Beamte 181 000 Betriebe überwachen, das dürfte selbst in dem besten Sachsen unmöglich sein! Die gesamte Landwirtschaft zahlte für Ueberwachung ihrer Betriebe ganze 8841 Mark. Das ist die schwere Belastung der Landwirtschaft. Die traurige Folge davon ist, daß 55 800 Personen im Jahre 1901 in der Landwirtschaft so schwer verunglückten, daß sie länger als 13 Wochen krank waren und die Zahl der schweren Unfälle in der Landwirtschaft die in der Industrie bedeutend übersteigt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und da wundern Sie sich, daß es die Arbeiter bei Ihnen nicht mehr aushalten!

Eine Besserung wird hier nicht eintreten, ehe nicht die volle Verantwortlichkeit der Unternehmer ausgesprochen wird, ehe nicht den Arbeitern in den Krankenkassen das Recht gegeben wird, Unfallverhütungs-Vorschriften zu erlassen und ehe nicht Arbeiter-Kontrollreure zur Ueberwachung der Ausführung dieser Vorschriften ernannt werden.

Sonnen Sie (nach rechts) sich nicht in dem Ruhm, Väter des Schicksals zu sein, was in den Gesetzen enthalten ist, sondern sorgen Sie dafür, daß dieses Schicksal aus dem Gesetz heraus und bessere Bestimmungen hineinkommen. Noch besser wäre es, wenn die Arbeiter selbst dafür sorgten, indem sie nur solche Vertreter in den Reichstag senden, die sich nicht noch damit brüsten, daß die Unfälle von Jahr zu Jahr steigen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Köfide-Deffau (fr. Sp.) polemisiert gegen den Abg. Gamp. Herr Gamp behauptete wieder, daß die Normal-Unfallverhütungs-Vorschriften des Reichs-Versicherungsamtes undurchführbar seien, in der That aber sind sie von einer Reihe landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften eingeführt.

Die Herren von der Socialdemokratie sind ja nie sehr bescheiden (Weiterkeit): am unbefcheidensten ist aber immer Herr Stadthagen, der auch heute wieder alle socialpolitischen Fortschritte einzig und allein für die Socialdemokratie in Anspruch genommen hat. Solche Behauptungen werden durch die ewige Wiederholung nicht wahrer. Ich will darauf jetzt nicht näher eingehen, weil es viel wichtiger ist, daß wir sobald wie möglich zur Krankenversicherungs-Kommission kommen, die hoffentlich noch in dieser Session erledigt wird. (Bravo! links.)

Abg. Gamp (Sp.):

Herr Poser hat zwar für die Krankenversicherung gekämpft, aber er hat die Freunde des Herrn Schrader nicht überzeugen können. Diese haben vielmehr von ihrem manchesterlichen Standpunkt aus gegen das Princip der Krankenversicherung und des Eingetrens des Staates gestimmt. Herr Köfide bemerke ich, daß wir auf dem Lande die eingehendsten Unfallverhütungs-Vorschriften haben. Wir haben doch ein großes Interesse daran, Unfälle möglichst zu verhindern. Die Steigerung der Unfälle ist auf die Vermehrung der Anmeldungen zurückzuführen. Herr Stadthagen hat seine Urlaubsdreife hinter sich und hat infolgedessen mit gewohnter Frische (Weiterkeit) ausführlich über diese ganze Materie gesprochen. Wir haben noch keine Urlaubsdreife machen können und müssen warten, bis wir wieder so viel Kraft haben, ihm ebenso eingehend zu antworten. (Weiterkeit.) Bei der Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne der ländlichen Arbeiter muß natürlich Rücksicht genommen werden auf den verschiedenen Wert des Geldes auf dem Lande und in der Stadt. Eine Wohnung von zwei Zimmern, Küche, Kammer, mit noch einem Morgen Land, die auf dem Lande etwa 40 Mark kostet, würde hier in Berlin etwa 350 bis 400 Mark kosten. So ganz einfach liegen also die Verhältnisse nicht. Die ländlichen Arbeiter verdienen meist einen größeren Reallohn, als die städtischen und können sich infolge dessen besser kleiden und besser wohnen, als die Arbeiter in den größeren Städten. (Widerpruch links.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Abg. Dr. Crüger erwähnte den in die Presse lancierten Gedanken der Errichtung einer Reichsparlase in Verbindung mit der Invaliditätsversicherung. Dieser Gedanke ist bereits bei der Beratung des Invalidenversicherungs-Gesetzes erörtert worden. Die höchsten wirtschaftlichen Bedenken, die seiner Zeit gegen die Konzentrierung des Kapitals in einer Reichsparlase geltend gemacht wurden, treffen auch gegenüber einem solchen Projekte zu, dem die Regierung übrigens absolut fernsteht.

Es ist ferner früher gesagt worden, daß in einzelnen heftigen Gemeinden die Beiträge zur Unfall- und Invalidenversicherung als Gemeinde-Umlagen erhoben würden. Die heftige Regierung beruft sich dafür auf ihre Energiegesetzgebung und behauptet, daß sie durchaus berechtigt sei, die landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-Beiträge als Gemeindebeiträge einzuziehen zu lassen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Der Wunsch des Abg. Krollenbuhr, in der Statistik besonders die Zurückweisungen von Entschädigungsansprüchen für Unfälle auf dem Wege zur und von der Arbeit festzustellen, hat solange keinen Zweck, als nicht die Gesetzgebung in dieser Richtung geändert ist, und eine solche Änderung hätte doch sehr schwere Bedenken. Dagegen könnte man die Statistik allerdings in der Richtung erweitern, daß eine besondere Spalte für Hülfslose und völlig Erwerbsunfähige eingerichtet werde.

Die Spruchpraxis des Reichs-Versicherungsamtes ist für die Arbeiter nicht ungünstiger, sondern günstiger geworden; der Standpunkt, daß der Arbeiter sich durch das Uebertreten eines bestehenden Verbots außerhalb des Betriebes stelle und für einen dadurch erlittenen Unfall nicht zu entschuldigen sei, ist vom Reichs-Versicherungsamt am 28. Juni 1902 ausgegeben worden. — Ueber die Bildung der Reservefonds der Versicherungsanstalten wird dem Hause in nächster Zeit eine Denkschrift zugehen. — Was die Mitgliedschaft von Berufsgenossenschaften beim Centralverband der Industriellen betrifft, so ist das Reichs-Versicherungsamt formell nicht in der Lage, eine solche Mitgliedschaft zu verbieten.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Das Vorgehen der heftigen Regierung, welche die Beiträge zur Unfall- und Invalidenversicherung auf die Schultern der Arbeiter abwälzt, verlohnt offenbar gegen den § 34 des landwirtschaftlichen Unfall-Versicherungsgesetzes, wonach die Mittel zur Deckung der von der Berufsgenossenschaft zu leistenden Entschädigung durch Beiträge aufgebracht werden, welche auf die Mitglieder umgelegt werden. Der Reichskanzler hat die Verpflichtung, die heftige Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß auch sie sich dem Reichsgesetze zu fügen haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Gamp meinte, ein Jahresarbeitsverdienst von 550 M. auf dem Lande sei doch ziemlich hoch. Worauf es allein ankommt, ist festzustellen, ob ein erwachsener Mann mit Frau und Kindern sich von einem solchen Jahresverdienst ernähren kann. Ein Mann, der mit 550 M. in andern Gegenden gar mit 366 M., auskommt, den müßte Herr Gamp zum Finanzminister in Preußen vorschlagen. Ich glaube nicht, daß irgend ein Großgrundbesitzer mit der doppelten, oder dreifachen, oder vierfachen Einnahme auskommen würde. Herr Gamp wird nicht bestreiten können, daß die Zahl namentlich der landwirtschaftlichen Unfälle in erschreckendem Maße gestiegen ist. Das ist keine Theorie, sondern leider traurige Praxis. Ich möchte der Mehrheit, endlich einmal von ihren engherzigen, kapitalistischen, manchesterlichen socialpolitischen Anschauungen abzugehen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“ wird bewilligt, ebenso debattelos die Kapitel „Physikalisch-technische Reichsanstalt“ und „Kanalamt“.

Beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“
W. H. H.
Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) statistische und sonstige amtliche Veröffentlichungen über die Tätigkeit des Aufsichtsamtes. Besonders über die Erledigung der Beschwerden möge Auskunft gegeben werden.

Staatssekretär Graf Fojadovsky regt die Herausgabe eines Jahresberichts über die Tätigkeit des Aufsichtsamtes für Privatversicherung zu. Die meisten bisherigen Beschwerden hätten sich als unbegründet erwiesen.

Abg. Dr. Semler (natl.): Das Aufsichtsamt hat bisher alle Beschwerden so schnell wie möglich erledigt.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Ich habe dem Dr. Semler keine Veranlassung gegeben, hier als freiwilliger Regierungskommissar aufzutreten. (Weiterleit.)

Staatssekretär Graf Fojadovsky: Angesichts einer gewissen Ungeduld, die sich gegenüber der Erledigung der Geschäfte des Aufsichtsamtes gezeigt hat, bitte ich zu erwägen, daß die Materie, mit der sich das Amt zu befassen hat, zum Teil vollkommen neu ist, daß die Entscheidungen meist präjudizieller Natur und daher sehr schwierig sind und daß noch keine homogenen Elemente sich in der Beamtenschaft herausgebildet haben. Es muß sich erst ein Stamm von Spezialisten für diese Fragen bilden. Die Beamten des Aufsichtsamtes arbeiten mit der äußersten Aufopferung.

Abg. Dr. Semler (natl.): Sollte ich gewagt, daß der Staatssekretär selbst sprechen würde, hätte ich vielleicht nicht das Wort genommen. Trotzdem muß ich die Belehrung des Dr. Müller-Meinungen zurückweisen. (Weiterleit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Der Staatssekretär hat selbst zugegeben, daß wenigstens vorübergehend Störungen im Geschäftsbetriebe vorgekommen sind.

Damit schließt die Debatte, das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte das Extra-Ordinarium des Etats des Reichsammtes des Innern, dessen zweite Veratung damit beendet ist.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Petitionen, Krankenkassen-Novelle, Post-Etat.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Aus den Organisationen. Die Dortmunder Genossen beschließen, ihre Parteigeschäfte dem sozialdemokratischen Verein zur Erledigung zu übertragen. Es soll dadurch eine bessere Klärung und Erleichterung sowie eine bessere Verbindung der Genossen untereinander erreicht werden. Die Vereinsbeiträge wurden von 20 auf 30 Pf. pro Monat erhöht, welchen Betrag jetzt jeder Genosse zu leisten hat, während früher die meisten Genossen auf den Parteitarif der Vertrauensleute 10 Pf. bezahlten. — Die Essener Genossen haben am Sonntag beschlossen, vom 1. März ab einen besoldeten Wahlleiter anzustellen. Gewählt wurde Genosse Neumann.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Streikbrecher der Goldaderischen Großbäckerei erhalten schon jetzt den wohlverdienten Zutritt für ihre Haushälterdienste. Die alten Löhne standen meistens auf 21 M., nur Einzelne hatten 24 und 26 M. Lohn. Der geschlossene Vertrag hatte 22 bis 28 M. Lohn in steigender Stala vorgesehen. Den Streikbrechern wurde noch mehr und zwar 24 bis 30 M. versprochen und auch teilweise bezahlt. Jetzt hat Herr Goldader durch die Bademeister den Arbeitswilligen mitteilen lassen, daß von nächster Woche an der Mehrzahl wieder nur 22 M. gezahlt wird. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Die meisten dieser Arbeitswilligen haben 5 und 6 M. und mehr für die Stelle beim Arbeitsvermittler (Seelenverkäufer) bezahlt, und sind fast alle schon wieder entlassen worden, haben also fast nur für diese Kommissionäre gearbeitet und Streikbrecherdienste verrichtet. Teilweise werden die Verkäuferinnen für den jetzigen schlechten Geschäftsgang verantwortlich gemacht und dementsprechend behandelt. Die Arbeiterschaft mag für weitere Unterhaltung des Herrn Goldader sorgen.

Der Vorstand des Bäckerverbandes.

Die geplante Ansperrung der Tischler, Gürtel- und Galanterie-Arbeiter

Beschäftigte am Mittwoch eine stark besuchte Sattlerversammlung. Von der Vereinigung der Berliner Lederverner-Fabrikanten ist der Ortsverwaltung des Verbandes ein Schreiben zugegangen des Inhalts, daß sie die kürzlich erfolgte Arbeitsniederlegung bei der Firma Jährmann lediglich als einen erneuten Vorstoß gegen sämtliche Fabrikanten betrachten. Es handele sich nicht um einen Abwehr-, sondern um einen Angriffstreik, und erkläre die Fabrikanten in dem „anmaßenden Gebahren“ der Gewerkschaft nicht nur eine Verhöhnung, sondern einen direkten Eingriff in ihre geschäftlichen Dispositionen, der eventuell die Spezialindustrie aus den Fugen bringen und von dem Verleben der Gehilfen abhängig mache. Die Fabrikanten fordern deshalb, daß die Arbeit bei der Firma Jährmann bedingungslos bis zum 27. Februar morgens wieder aufgenommen wird, widrigenfalls die Lohnarbeiter sofort am 28. und die Accord- und Heimarbeiter nach fertiggestellter Arbeit ausgeperrt werden sollen. Ehe die Angelegenheit Jährmann nicht erledigt sei, könne man sich auf Verhandlungen nicht einlassen. Unterzeichnet ist das betreffende Schriftstück von 21 Fabrikanten. — An der Aussprache hierüber beteiligten sich u. a. Sembe, Wehner und Sassenbach. Sie wiesen darauf hin, daß es die Fabrikanten augenscheinlich auf eine Krastprobe abgesehen hätten, denn den viermaligen Unterhandlungsversuchen seitens der Arbeiter haben jene sich einfach ablehnend gegenüber verhalten. Die Meinung der Versammlung kam in folgender einstimmig angenommener Resolution zum Ausdruck:

Die Versammlung erklärt sich zunächst mit den von der Ortsverwaltung gegebenen Antworten einverstanden. Sie betont ebenfalls, daß es sich im Fall Jährmann um eine Abwehr und nicht um einen Angriff handelt. Die Versammlung lehnt daher die Forderung der Fabrikanten, den Streik bei Jährmann bedingungslos für beendet zu erklären, ganz entschieden ab. Sollten die Unternehmer diesen Vorwand benutzen, um der Gewerkschaft den Krieg zu erklären, so sieht sie diesem Beginn ruhig entgegen. Im Vertrauen auf die Mächtigkeit ihrer Ansicht, daß es sich im Fall Jährmann nur um eine Abwehr handelt, erklärt sich die Versammlung bereit, die Entscheidung darüber, ob ein Angriff oder eine Abwehr vorliegt, dem Gewerbegericht zu überlassen und sich nach dessen Entscheidung zu richten. Ferner wird beschlossen: In allen Werksstellen, in denen die Ansperrung vorgenommen wird, sind sofort die vor einigen Wochen aufgestellten Forderungen von neuem einzureichen. Die Versammlung gibt sich das Versprechen, dann mit allen Kräften rücksichtslos für die Durchführung dieser Forderung einzutreten. Sollte in einer Werksstätte eine teilweise Ansperrung geplant sein, erklären sich die nicht Betroffenen mit den Ausgeperrten solidarisch und verlassen ebenfalls die Werksstätte.

Hierzu wurde noch ein Zusatzantrag angenommen, dahingehend, daß, falls es zur Ansperrung kommen sollte, jeder der davon nicht betroffenen Kollegen pro Woche eine Mark als Extra-Unterstützung für die Ausgeperrten zu zahlen hat.

Was den Streik der Militärsattler bei der Firma Becker u. Co. anbelangt, so ist Aussicht zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß vorhanden. Ein Teil der Fabrikanten scheint der Firma den Streik geradezu zu gönnen, weil von derselben durch fortgesetztes Unterbieten bei Vergütung der Militärsattler aus der Unternehmungsgewinn so bedeutsam herabgedrückt ist, daß er selbst durch bedeutende Lohnkürzungen nicht mehr weit gemacht werden kann. Die Versammlung sagte auch diesen Streikenden ihre moralische und finanzielle Unterstützung zu. Vier Verbandsmitglieder, die jedoch in dem Betriebe geblieben waren, wurden wegen un-solidarischen Verhaltens einstimmig aus dem Verbands ausgeschlossen.

Die Rohrleger und Helfer der Firma Schuppmann, welche kürzlich in den Zustand getreten waren, verhandelten gestern in Gegenwart des Firmeninhabers vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts. Anlaß der Differenzen war die Verweigerung der tarifmäßigen Jahrgeldvergütung an die Rohrleger und Bezahlung der Helfer mit 35 anstatt der vereinbarten 37 1/2 Pf. Stundenlohn. Die Firma hatte schon vor Beendigung des vorjährigen Rohrlegerstreiks die Forderungen der Arbeiter unterdrücklich anerkannt, war jedoch jetzt der Meinung, daß durch die Beendigung des Streiks, bei welcher vor dem Einigungsamt andre Tarifbestimmungen festgelegt wurden, ihre Unterschrift nicht mehr bindend sei, weil sie keiner Unternehmer-Organisation angehört und daher auch den zwischen dieser und den Rohrlegern vereinbarten Tarif nicht anzuerkennen brauche. Von der Schlichtungskommission des Berufes wurde eine Einmischung in diese Differenzen prinzipiell abgelehnt, weil es sich um einen unorganisierten Unternehmer handelte, daher die Anrufung des Einigungsamtes. Nach mehrstündiger Verhandlung einigten sich die Parteien auf folgende Hauptpunkte: Die Firma erkennt den am 12. November 1902 zwischen den Rohrlegern und ihren Arbeitgebern vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Tarif nunmehr an u. z. In der Entlassung dreier Monteure wird keine Maßregelung erblickt, sämtliche am Streik beteiligten Arbeiter werden wieder eingestellt und wird die Arbeit am 27. Februar morgens wieder aufgenommen. Künftige Differenzen sind ebenfalls dem Einigungsamt zu unterbreiten, ehe es zu Arbeitseinstellungen oder Aussperrungen kommen darf.

Achtung, Formner und Gießerei-Arbeiter! Die Kollegen von Gradenwig haben wegen Abzüge die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen bei Pohl bestehen fort. Desgleichen die Syerze bei Gtner.

Achtung, Mechaniker, Uhrmacher, Schlosser, Dreher! Der Streik bei Heiser u. Schmidt dauert unverändert fort. Wir ersuchen den Zutritt streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Rückgang christlicher Gewerkschaften. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ schreibt: Der Lippeische Zieglerverein hat nach seiner neuesten Abrechnung 900 Mitglieder verloren und zählt noch 3000. Die Ortsgruppen in der Rheinregion haben sich ganz aufgelöst. Rapide geht es mit dem bayerischen Eisenbahnerverband bergab, der ja auch zu den christlichen Gewerkschaften gerechnet wird. 1901 hatte er 20 000 Mitglieder, 1902 nur noch 18 000 und jetzt gibt sein Organ nur 16 000 an! 4000 Verlust in zwei Jahren, das ist viel, zumal der Verein vom bayerischen Centrum geschützt wird was das Zeug hält. — Die beiden Vereine haben schon allein 3000 Mitglieder verloren, kommt noch hinzu der auseinandergerissene Siegerländer Verein, dessen 8000 Mitglieder zum größten Teil den Jugendgewerkschaften verfallen, sonst hätte er gar nichts an Zuwachs anzuwarten. Der Rest schwanzt hin und her, wie aus der „Christl. Arbeiterzeitung“ zu entnehmen ist. Vronauheragitation, Großmannsucht und sonstiger Unflug der großen Führer sorgen dafür, daß es weiter bergab geht.

Ausland.

Seidenwinderinnenstreik in Basel. 40 Arbeiterinnen, meistens Italienerinnen, der Seidenzwirnerlei Köchlin, Burkhardt u. Co. in Basel haben wegen der fortwährenden Lohnrückgänge, die allmählich die Monatsverdienste auf 37, 33, 24 und sogar 15 Franken reduzierten, die Arbeit eingestellt. Der Durchschnittslohn pro Monat beträgt 37 Fr. und das Lohnmaximum 46 Fr. Die Streikenden verlangen Lohnerhöhung.

Der Streik in den Steinbrüchen von Bacelles (Belgien), welcher über vier Monate gedauert hat, ist zu Ende. Die Streikenden beschließen, die Arbeit in allen Brüchen wieder aufzunehmen, nur in den Steinbrüchen des Unternehmers Delsosse bleibt der Streik bestehen, bis dieser die Organisation der Arbeiter anerkennt.

Sociales.

Zur Reform der Krankenversicherung.

In der „Socialen Praxis“ wiederholt Dr. Richard Freund seinen schon früher gemachten Vorschlag der Verschmelzung der Krankenversicherung mit der Invalidenversicherung. Er wünscht, daß den Invalidenversicherungs-Anstalten lokale Hilfsorgane beigegeben werden, denen die lokalen Geschäfte der Kranken- und Invalidenversicherung übertragen werden. Die Beiträge zu dieser gemeinsamen Kranken- und Invalidenversicherung sollen von den Arbeitern und den Unternehmern zu gleichen Teilen getragen und beide Teile dann auch wie schon heute bei der Invalidenversicherung gleichmäßig zur Verwaltung herangezogen werden.

Die Verschmelzung beider Versicherungen entspricht ganz unseren Wünschen; unter letzter Parteilichkeit hat sie auch gefordert, dagegen können wir der vorgezeichneten Art der Verwaltung nicht zustimmen. Wir wünschen die volle Selbstverwaltung durch die Versicherten.

Auf einen Mangel in der Verfolgung des Rechtsweges in Unterstützungsangelegenheiten aus dem bestehenden Gesetze macht Oberlandesgerichtsrat Dr. Neulamp in Köln aufmerksam. Nach § 58 Abs. II des Gesetzes sind Entscheidungen der Aufsichtsbehörden innerhalb einer Frist von 4 Wochen im ordentlichen Rechtswege anzufechten, soweit sie nicht den Verwaltungsgerichten zugewiesen sind. Da Objekte von mehr als 300 M. vor die Landgerichte gehören und arme Kläger erst des Armenrechts bedürfen, ehe sie einen Anwalt erlangen können, so kann leicht die Frist von 4 Wochen verstreichen ehe sie zur Anfechtung der Klage gelangen. Nach Lage der Gesetzgebung ist aber, wie der I. Zivilsenat des Ober-Landesgerichts Köln am 28. Januar 1903 entschieden hat, nach Verstreichen der Frist, auch wenn den Kläger kein Verschulden trifft, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unmöglich. Der genannte Richter schlägt deshalb vor, daß die Möglichkeit der Wiedereinsetzung bei schuldloser Fristverstrichung ausdrücklich im § 58 des Kranken-Versicherungsgesetzes ausgesprochen werde.

Nur die Socialdemokraten sind Freunde der Kaufmannsgerichte.

Das bestätigt uns die „Konservative Korrespondenz“, indem sie schreibt: „Ueber das Einbringen der „Kaufmannsgerichte“-Vorlage herrscht jetzt tiefes Schweigen. Man wird also wohl mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen können, daß dieser Entwurf dem „sterbenden“ Reichstage nicht mehr zugeht. Möglicherweise aber hat sich der Eifer, neue Sondergerichte zu schaffen, in leitenden Kreisen abgelöst, so daß wir von den Kaufmannsgerichten in der geplanten Form überhaupt verschont bleiben. Der dem Bundesrat vorliegende, selbstamtweise von der „Frankfurter Zeitung“ — wie man annehmen muß, unbefugt veröffentlichte Entwurf hat von fast allen Seiten eine sehr abfällige Beurteilung erfahren. Selbst frühere Freunde derartiger Gerichte sind bedenklich geworden. Vor allem aber sind die Kaufleute als Prinzipale entschiedene Gegner des Entwurfs, und das fällt doch wohl schwer ins Gewicht. Endlich aber sind alle Juristen in der Beurteilung der neuen Institution einig. Sie sprechen sich mit aller Schärfe gegen die Einrichtung neuer Sondergerichte mit vollem Rechte aus. Freunde des Gesetzesentwurfs sind im großen und ganzen nur die Socialdemokraten und ihr sozialreformistischer Anhang, und das ist sehr bezeichnend.“

Die Handlungsgehilfen, die sich bisher ohne Ausnahme für die Gerichte ausgesprochen haben, mögen es sich merken, daß außer der Socialdemokratie keine andre der politischen Parteien für ihre Forderungen eintritt. Wir hoffen, daß alle Amtsblätter die für sie bestimmte Notiz der „N.“ abdrucken werden. Die Handlungsgehilfen werden das zu lesen verstehen.

Ueber die Wurmkrankheit im Ruhrrevier schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Blatt der Grubenbarone, einen Versicherungswartikel. Das Blatt beschwert sich darin über Ausnutzung eines „willkommenen Agitationsstoffes“ durch die socialdemokratische Presse und schreibt am Schluß:

„Statt aber den traurigen Gegenstand als Agitationsmittel auszunutzen, sollte der Vergarbeiter-Verband seine Mittel dazu verwenden, seine Mitglieder über die Gefahr aufzuklären und ihnen

strenge Befolgung der Abwehrmaßregeln ans Herz legen. Damit wäre der Sache der Arbeiter weit besser gedient.“

Das Blatt verschweigt böswillig, daß der Vergarbeiter-Verband durch seine Zeitung die Vergarbeiter sogar sehr gründlich über die Gefahr aufklärt hat, daß er sie zu strengster Befolgung der gegebenen Vorschriften angefordert hat und daß die organisierten Vergarbeiter gegen einzelne, die die Vorschriften verlegen, rücksichtslos auftraten. Es verschweigt auch ferner, daß der Vergarbeiter-Verband es aufgedeckt hat, daß leider die Grubenbesitzer in zahlreichen Fällen die Vorschriften nicht beachteten, die vorgeschriebenen Einrichtungen nicht schafften und sie nicht im vorgeschriebenen Zustande erhalten, so daß den Arbeitern die Befolgung der Vorschriften oft unmöglich gemacht ist und es verschweigt endlich, daß in dem bestehenden Sonderausschuß zur Befämpfung des Wurmes nicht nur die Maßregeln der Gruben als unzulänglich, sondern auch die bestehenden behördlichen Vorschriften von Ärzten als ungenügend bezeichnet worden sind.

Materialien zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung, zusammengestellt von Dr. Richard Freund, sind in einem handlichen Heftchen der Nr. 22 der „Socialen Praxis“ beigelegt. Die Zusammenstellung giebt eine Uebersicht über die Literatur, die schon bestehenden Einrichtungen sowie in besonderer Zusammenstellung die in der Literatur verkreuzten Vorschläge und Projekte. Die Arbeit wird allen Interessenten das Studium der Frage erleichtern.

Die Einführung des Proportional-Wahlrechts für das Gewerbe-gericht haben in Halle die Hirsch-Dummerschen beantragt. Die Arbeiterbesitzer des Gewerbegerichts, die sämtlich Vertreter der freien Gewerkschaften sind, sprachen sich einstimmig für die Proportionalwahl, die Unternehmerbesitzer aber einstimmig dagegen aus. Magistrat und Regierung lehnten den Antrag ab. Das System sei zu umständlich und noch zu wenig erprobt. Der wahre Grund ist, wie im Stadtverordneten-Kollegium ausgesprochen wurde, daß man befürchtet, es würden dann auch etliche socialdemokratische Unternehmervertreter gewählt werden.

Ein nachahmenswerter Neuerung hat, wie die „Bremer Bürger-Zeitung“ berichtet, der Gemeinderat in Vant eingeführt. Um auch Lohnarbeitern oder überhaupt minder Bemittelten zu ermöglichen, die Kassen von Schöffen und Geschworenen auszuüben, hat er beschlossen, den Schöffen eine Vergütung von 4 M. und den Geschworenen eine solche von 6 M. pro Tag aus der Gemeindefasse zu gewähren.

Krankenkassen-Schwindel.

Mit einer geradezu genialen Unverschämtheit versehen es die Macher eines in Chemnitz bestehenden Schwindelunternehmens, arme Kranke zu prellen. Dort bestand eine „Sächsische Central-Krankenkasse“. Als das Geschäft bedenklich wurde, löste sich die Kasse mit Taschengeld-Geschwindigkeit auf und die Mitglieder hatten das Nachsehen. Seit dem 20. Januar betreiben die Gründer ein neues Geschäft unter der Firma „Allgemeiner deutscher Unterstützungsverein“. Den Opfern der ersten Gründung versprach man Berücksichtigung ihrer alten Ansprüche, wenn sie in die neue Kasse übertreten. In einem Circular an die Betroffenen sagt man:

„Dem Unterstützungs-Verein wurde sofort ein Gründungsfonds von 10 000 M. seitens einiger Mitglieder (!) zur Verfügung und weitere Summen in sichere Aussicht gestellt, so daß derselbe ohne weiteres für Mitglieder der Sächsischen Central-Krankenkasse, deren Ansprüche ja gleichlich durch die beschlossene Auflösung erlöschen, wird unterfüttert eintreten können und eine wesentliche Störung des Betriebes nicht möglich ist. Für die alten Mitglieder bleiben Beiträge und Unterfütterungen die bisherigen.“

Ein Arbeiter, der auf diesen Reim gegangen war und auch schon bis 1. März Beiträge entrichtet hat, wurde krank und verlangte Unterfütterung auf Grund seiner in der aufgelösten Kasse erworbenen Rechte. Statt der Unterfütterung erhielt er, wie die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet, ein Schreiben, worin ihm mitgeteilt wird, daß schon 5000 M. an frühere Mitglieder der Sächsischen Central-Kasse ausgezahlt worden seien und dann heißt es:

„Nun sind aber in den letztvergangenen Tagen durch eine Anzahl sogenannter Arbeiter-Zeitungen derartige gehässige Angriffe gegen den Verein erfolgt, daß sich der Aufsichtsrat desselben veranlaßt gesehen hat, bis auf weiteres Mitglieder der Sächsischen Central-Krankenkasse nicht mehr, ferner aber nur dann wieder zu unterfüttern, wenn dieselben mindestens 8 Wochen dem Verein angehören und ihre Beiträge geleistet haben.“

Ohne Erfüllung dieser Bedingung erfolgt von jetzt an Unterfütterung nicht mehr.

Das heißt also, der Mann bekommt kein Krankengeld und so wird es andern auch gehen. Das ist ja bei dieser Art Kassen nichts Neues; neu ist aber die Frechheit, mit der der Streik der Presse den armen Opfern als Grund dafür angegeben wird, daß sie sich betrogen lassen müssen.

Positiv geschlossen wurde die Kasse „Glückauf“ Sächsische Hilfs-Krankenkasse für ganz Deutschland zu Kassel, eingeschriebene Hilfskasse Nr. 75. Für die Zeit nach dem Schließungstage, dem 10. Februar 1903, können keine Unterstützungsansprüche mehr geltend gemacht werden, dagegen müssen noch Beiträge gezahlt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Was haben die Frauen von der heutigen Staats- und Gesellschafts-Ordnung zu erwarten? Den beiden Volksversammlungen, die sich am Dienstag im Norden und Nordwesten Berlins mit dieser Frage beschäftigten, schloß sich am Mittwoch eine dritte im Südosten an. Die ebenfalls von der Vertrauensperson der proletarischen Frauen einberufene Versammlung, die recht gut und besonders zahlreich von Frauen besucht war, tagte im Etablissement „Südost“ in der Waldemarstraße. Genossin Maria Wehl referierte. Sie verstand es, in knappen aber klaren Zügen ein eindringliches Bild vom Wesen unsrer auf Ausbeutung beruhenden Klassengesellschaft zu entwerfen, der gegenüber die Arbeiterschaft nur auf ihre eigene Kraft angewiesen sei. Was die herrschenden Klassen an socialpolitischen Maßnahmen und Anregungen böten, seien nur Halbheiten oder gar leere Versprechungen, mit denen man, wie es die letzten parlamentarischen Verhandlungen bewiesen, dem Volke Sand in die Augen streuen wolle, nachdem man ihn kurz vorher durch den Polltaxif das Brot vom Munde weggenommen habe. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem Rednerin die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz und den Entwurf des Gesetzes über die laienmännlichen Schiedsgerichte kritisch beleuchtete und die Enttredung des weiblichen Geschlechts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens besprochen hatte, kam sie zu dem Schluß, daß die Frau gleich dem männlichen Proletar am besten für sich wirke, wenn sie daran mitarbeitete, die Macht der Socialdemokratie zu stärken. Die beste Gelegenheit zu kräftiger Agitation in dieser Richtung sei bei den Reichstagswahlen gegeben. (Großer Beifall.) Im selben Sinne sprachen dann noch unter lebhafter Zustimmung die Genossinnen V a d e r und W e n g e l s. Einstimmig wurde die bereits gestern mitgeteilte Resolution auch hier angenommen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. März, findet in den Armuthallen, Kommandantenstr. 20, unsere Generalversammlung statt. Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bitte.
Der Vorstand.

Lichtenberg. In öffentlicher Frauenversammlung sprach Frau Emma Jäger über die Beteiligung der Frauen an dem bevorstehenden Reichstags-Wahlkampf. Die Rednerin forderte alle Frauen und Mädchen auf, sich den Organisationen für die Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen, um so viel als möglich auf die Wahl-Einfluss zu gewinnen. Als die Rednerin die Rechtslosigkeit der Frauen bei den geplanten Kaufmannsgerichten kritisierte, erzielte demonstrativer Beifall. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

Frau Jäger wurde dann von der Versammlung als Kreis-Vertrauensperson anerkannt, die Wahl einer Orts-Vertrauensperson aber für die nächste Frauenversammlung vertagt.

Das Stimmrecht der Frauen in den Vereinigten Staaten von Australien. Welchen Einfluss das Stimmrecht der Frauen bei den nächsten Wahlen in Australien haben wird, geht aus der nachstehenden Zusammenstellung der Wähler in den einzelnen Staaten hervor, die der Melbourne-Vertreter des „Daily Chronicle“ seinem Blatte schickt. Diese Liste giebt in runden Zahlen als berechnete Wähler an, in

Neusüdwales	340 000	Männer	300 000	Frauen
Victoria	300 000	„	297 000	„
Queensland	132 000	„	101 000	„
Südaustralien	98 000	„	88 000	„
Westaustralien	64 000	„	30 000	„
Tasmania	41 000	„	40 000	„
Zusammen	970 000	Männer	856 000	Frauen

Verfammlungen.

Die Feuergefahr in den Celluloidwaren-Fabriken.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Mittwoch eine, aus von Fabrikanten zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Celluloidwaren-Fabrikation. Das Referat hielt Reichstagsgewerkschafter Wurm, der einleitend die ihm vorliegenden Zustände erörterte und darauf hinwies, daß die jetzigen Sicherheitsmaßnahmen, welche für so gefährliche Betriebe unbedingt nötig wären, im allgemeinen nicht getroffen sind, wodurch nicht nur für die beteiligten Arbeiter selbst, sondern auch für die Bewohner des Hauses, in dem sich ein derartiger Betrieb befindet, eine stete Gefahr für Leben und Gesundheit vorhanden ist. Gefährliche Bestimmungen über die zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen sind leider noch nicht erlassen. Allerdings ist eine Polizei-Verordnung vom Jahre 1880 vorhanden, die aber nicht genügt und zum Teil auch nicht genau beachtet wird. Das meiste, was verlangt werden müsse, ist, daß der Lagerraum feuerfester, verschlossen und ganz entfernt von den Arbeitsräumen eingerichtet wird; daß genügend und gut funktionierende Löschvorrichtungen, besonders auch in den Arbeitsräumen vorhanden sind. Die Arbeitsräume müssen mit je zwei Ausgängen versehen sein und zwar so, daß sie im gegebenen Falle auch wirklich benutzt werden können. Eine solche Vorschrift besteht gegenwärtig schon, es ist aber festgestellt, daß die zweite Thür gewöhnlich verschlossen ist und damit der Zweck vereitelt wird. Wenn schon vorgebeugt werden soll, daß diese zweite Thür von den Arbeitern ohne Not benutzt wird, so könnte diese ja mit einer Bombe ver-

sehen werden, so daß sie bei Feuergefahr doch sofort ins Freie gelangen können. Es müßte ferner verlangt werden, daß für peinlichste Sauberkeit gesorgt wird, daß die Abfälle, die in verschiedener Hinsicht noch gefährlich sind, im Laufe des Tages mehrmals aus den Arbeitsräumen entfernt und an einer feuerfesteren Stelle untergebracht werden. Entschieden sei die Beschäftigung von den verhältnismäßig vielen jugendlichen Arbeitern, denen das notwendige Verständnis für die Gefahren derartiger Betriebe fehlt. Der Referent, dessen Ausführungen allseitig mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, wendet sich sodann besonders dagegen, daß dieses gefährliche Material auch in der Hausindustrie gearbeitet wird, wie es noch vielfach geschieht und macht im weiteren verschiedene Vorschläge, die geeignet sind, die Gefährlichkeit der Betriebe wesentlich zu beschränken, ohne daß den Unternehmern erhebliche Schwierigkeiten verursacht werden.

Die hierauf folgende, sehr sachliche Diskussion war auch insofern interessant, als, bis auf einen Fabrikanten, der den rüchthändigsten, socialpolitisch verständnislosen Unternehmer-Standpunkt vertrat, und eine große Furcht vor behördlichen Verordnungen zeigte, völliges Einverständnis zwischen den Fabrikanten und Arbeitern über die Notwendigkeit gefährlicher Bestimmungen zur Beseitigung der vorhandenen Uebelstände zum Ausdruck kam. Von Vertretern der Verbände der Celluloid-Industriellen wurde angeführt, daß sie mit den Vorschlägen des Referenten durchaus einverstanden seien, daß ihr Verband sogar schon vor Jahren ähnliche Bestimmungen aufgestellt hat, die aber nicht allgemein beachtet werden, zumal der Vereinigung, die ja auch über keine Exekutivgewalt verfügt, nur ein Teil der in Betracht kommenden Fabrikanten angehört. Es liege im Interesse der Fabrikanten selbst, die möglichsten Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, bevor sie durch große Schäden dazu gezwungen würden. Die Vorschläge, die der Referent gemacht habe, seien nicht nur praktisch notwendig, sondern auch ganz gut durchführbar. In Wohnhäusern sollte die Celluloid-Fabrikation überhaupt verboten werden. Von den Rednern wurde zugegeben, daß die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter nicht am Plage ist und darauf geachtet werden müsse, einen Stamm geübter, erfahrener Arbeiter im Betrieb zu erhalten. Im übrigen erklärten sie sich einverstanden damit, daß durch behördliche Verordnungen die Durchführung der Vorsichtsmaßnahmen erzwungen wird.

Von den Arbeitern wurden die Mängel in den verschiedenen Betrieben der Celluloid-Fabrikation einer sehr lebhaften Kritik unterzogen und nachgewiesen, daß es vielfach gänzlich an Schutzvorrichtungen mangelt und jede Vorsicht außer acht gelassen wird.

In derartigen Betrieben sind die Arbeiter rettungslos verloren, wenn durch irgend einen Umstand Feuer ausbricht. Hinzu kommt, daß sich viele Betriebe in großen, sehr stark besetzten Mietshäusern befinden und die Bewohner stets in großer Gefahr sitzen. Es wurde kritisiert, daß Arbeit in der Hausindustrie angefertigt wird, wobei nicht nur der Mann, sondern auch Frau und Kinder beschäftigt werden. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß durch das übliche Accordsystem die Arbeiter verhindert sind, die notwendige Vorsicht zu beachten und daß durch die erbärmlich geringen Löhne der ständige Wechsel des Arbeitspersonals herbeigeführt wird. Gerade dadurch, daß die Löhne so miserabel und Folge dessen so viel jugendliche und ungeübte Arbeiter beschäftigt werden, und daß die Lieberarbeit in so hohem Maße stattfindet, werde die Feuergefahr sehr wesentlich ungünstig beeinflusst.

Kandidat nach der Abgeordnete Sturm in seinem Schlusswort betont hatte: daß hier eine Polizei-Verordnung, die sich nur auf den Bezirk Berlin beschränken würde, nicht genügt, sondern daß für die ganze Celluloid-Industrie eine Landespolizei-Verordnung erlassen werden muß, wurde einstimmig nachstehende Resolution beschlossen:

Die Versammlung der Unternehmer und Arbeiter der Celluloid-Fabrikation erkennt an, daß für die Feuergefahr in den Betrieben mehr als bisher Sorge getragen werden muß. Insbesondere müßten für die Aufbewahrung des Rohmaterials und der Abfälle überall massive Räume mit feuerfesterem Thürverschluss eingerichtet und für mehrmaliges Fortschaffen der Abfälle am Tage eingezwungen werden. Auch sollen in jedem Betrieb zwei Ausgänge vorhanden sein, die stets unverschlossen und nach außen zu öffnen sind. Die Versammlung erwartet, daß die Hausindustrie, das Hebefabrikations-Handwerk, sowie das Mähehandwerk der Arbeit nach Feierabend nach Hause befristet wird. Zur Erreichung von entscheidenden Veränderungen in jedem Betriebe, entsprechend der Zahl der Beschäftigten, Wasserzufuhr vorhanden sein, die zu keinem andern Zweck benutzt werden dürfen und ständig mit Wasser gefüllt sein müssen. Die Versammlung erwartet, daß sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit erklären.

In der humanitären Gemeinde, Niederkirchstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Das Leben ein Spiel“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Ludau. Sonntag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Bismarck“-Saal beim Genossen Augustin Versammlung. Um reichhaltiges Essen erlischt der Vorstand. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 27. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Das Mädchen von Navarra. Die Adreife. Die Hofe von Scharf.

Schauspielhaus. König Heinrich der Dritte.

Deutsches. Nonna Nanna.

Berliner. Dormböden.

Leipzig. Der blinde Passagier.

Neues. Die Lokalbahn.

Residenz. Lutti. (Loute).

Westen. Die Sparmamsell.

Central. Gräfin Papi.

Thalia. Der Cameliönkel.

Belle Alliance. Am Telefon.

Gervais. Cupido u. Co.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Waller-Theater.) Wohlthätige Frauen.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.) Das zweite Gesicht.

Carl Weiss. Berliner Rangen.

Buntes. Die Kinder der Exzellenz.

Vulcan. Otto der Faule.

Kleines. Nachspiel.

Trianon. Die Holzbrücke.

Apollo. Frau Luna.

Metropol. Die Grille.

Palast. Die Grille.

Berliner Luft.

Urania. Das Land Tirol.

Am 28. Februar 6 Uhr: Dr. B. Donath: „Christenheit in die Welt bringen.“

Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Heute Anfang 7 1/2 Uhr.

Castro. d. Wiener Operetten-Gesellschaft.

Neuheit! Zum erstenmal: Nothhut!

Gräfin Papi.

Operette in 3 Akten von Victor Leon.

Musik von Johann Strauß.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sonntag: Zwei Vorstellungen.

Thalia-Theater.

Friedrichstraße 72/73.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Der Cameliönkel.

Morgen und folgende Tage: Der Cameliönkel.

Sonntag: 9 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Luisen-Theater.

Zum erstenmal:

Otto der Faule.

Lustspiel in 3 Akten v. Hans L. Arronge.

Anfang 8 Uhr.

Sonabend: Otto der Faule.

Sonntag: 3 Uhr: Der Götterbesten.

8 Uhr: Otto der Faule.

Montag: Die Cameliönkel.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3

Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Grosser Bock-Trubel.

Um 10 Uhr abends

Einzug Gambirius mit Gofolge.

Urania.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Das Land Tirol.

Im Horsaal um 6 Uhr:

Dr. B. Donath:

„Einführung in die Wechselstrom-Erscheinungen.“

Sternwarte

Invalidenstraße 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstraße 165.

Neu! Miss Karri

die schöne Titowirtin.

Neu ausgestellt:

Otto Reutter.

Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.

Letzte Woche

des sensationellen Februar-Programms.

Anf. Sonntag 3. Wochent. 5.

Abendvorst. 8 U. Ende 11 U.

AGA die schwebende Jungfrau.

Wettfahrt im Todesring.

Willy Prager.

14 erstklassige Nummern.

Belle-Alliance-Theater.

7 1/2 Uhr:

Am Telefon.

8 1/2 Uhr:

Cupido & Co.

Morgen 7 1/2 Uhr: Gr. Gervais:

Die Dame aus Tronville.

Sonntag 3 Uhr bei H. Beckl.: Keen.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:

Neuestes!

Allerneuestes!

Revue in 5 Bildern von J. Freund.

Musik von Victor Holländer.

Gastspiel Julius Spielmann.

Emil Thomas a. G., Henri Bender.

Frid Frid, Fl. Siding, Hansi Reichsberg.

300 Mitwirkende.

Grandioses Ballett.

Anfang 8 Uhr.

Bauchen überall gestattet.

Sonabend, den 7. März:

Letzter Metropol-Theater-Ball.

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:

Hoffmanns Norddeutsche Sängere.

Nach jeder Söhre:

Tanz-Kränzchen.

Gott ist dot.

Entlassungsparole. Sätze zu Festlichkeit.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Waller-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:

Wohlthätige Frauen.

Lustspiel in 4 Akten von H. L. Arronge.

Sonabendabend 8 Uhr:

Wohlthätige Frauen.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:

Heimat.

Sonntagabend 8 Uhr:

Wohlthätige Frauen.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:

Das zweite Gesicht.

Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenhals.

Sonabendabend 8 Uhr:

Das zweite Gesicht.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:

Renaissance.

Sonntagabend 8 Uhr:

Das zweite Gesicht.

Schluss der Saison 3. März.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Lutti (Loute).

Schwank in 4 Akten von Pierre Beder.

Morgen und folgende Tage: Lutti.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:

Sein Doppelgänger.

Trianon-Theater.

Georgenstraße.

zwischen Friedrich- u. Unterstadtstraße.

Die Notbrücke.

Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfse

und Francis de Croisset.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

Buntes Theater

Köpenickerstraße 68.

Anfang abends 8 Uhr.

Vollstämmliche Vorstellung

(Parkett 1,00 M.).

Die Kinder der Exzellenz.

Sonabend, den 28. Februar,

zum erstenmal: Winterschlaf.

Sonntag 3 Uhr, kleine Preise

(Parkett 1,10 M.): Jugend.

Carl Weiss-Theater.

Wiederanstreten des Direktors Herrn

Carl Weiss.

Berliner Rangen.

Große Gelang-Anstaltungsstelle in

7 Bildern von Ernst Ritterfeldt.

Musik von R. Leonhard. Anf. 8 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sonabendnachm. 4 Uhr: Kinder-

vorstellung. Max und Moritz.

Apollo-Theater.

Heute u. Sonntag-

abend 8 Uhr:

Um 9 1/2 Uhr: Erstklass. Specialitäten.

Um 10 1/2 Uhr, neu:

America-Creole-Cake-Walkers.

Robert Steidl. X Die Wundergrotte.

Sonabend: Makris Hochzeit

u. Montag: mit Harmonis elektrischem Ballett.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:

Lysistrata bei erkrankten

Becken

Rangfolge 2,20 M., Dreifelder-Heute

1,20 M., I. Parkett 1,70 M., II. Parkett

1,20 M., Rang-Festspiel 1,20 M.,

Festspiel-Parkett 1,20 M., Reservierter

Platz 1,00 M., Entree 0,50 M.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.

Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.

Gesellschaftshaus „Ostend“

Memelerstraße 67. 22865

Nach einige Sonntage sow. zweiter

Osterfeierabend zu vergeben. G. Herzog.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelms-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:

Das zweite Gesicht.

Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenhals.

Sonabendabend 8 Uhr:

Das zweite Gesicht.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:

Renaissance.

Sonntagabend 8 Uhr:

Das zweite Gesicht.

Schluss der Saison 3. März.

Cirkus Busch.

Freitag, den 27. Februar 1903,

abends 7 1/2 Uhr:

Grosse Vorstellung.

Seelöwen, Booren, Elefant und Pferd.

Dir. Busch mit seinen Orig.-Dress-

Dahomey mit Elefanten-Schauspiel.

Sonabend Benefiz für Frä. Mohnke.

Winter-Garten.

Vorletztes Auftreten

Konsum-Verein Charlottenburg.
 G. G. m. b. H.
 Dienstag, den 3. März 1903, abends 8 Uhr:
Öffentliche Versammlung
 im Volkshaus, Köpenickerstr. 3 (großer Saal).
 Tages-Ordnung: 105/20
 1. Vortrag über: „Die Konsumvereine und Rabatt-Sparvereine.“
 Referent Herr Bartel-Berlin. 2. Freie Aussprache.
 Die Konsumvereins-Mitglieder sowie die Mitglieder der Rabatt-Sparvereine werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Aufsichtsrat. H. W. Max Rüdiger.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 1. März 1903, vormittags 10 Uhr
Versammlung
 aller in
Treppengeländer-Fabriken beschäft. Arbeiter
 (Tischler, Stellmacher, Drechsler, Bildhauer etc.)
 im Lokale des Herrn Hoffmann, „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der am 15. Februar gewählten Kommission. 2. Diskussion.
 3. Beschlussfassung über eventuelle Forderungen. 4. Verschiedenes.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und werden sämtliche Kollegen ersucht, zu erscheinen.
Die Kommission.

Verband der Bauanschläger Deutschlands.
 Ortsverwaltung Schöneberg.
 Sonntag, den 1. März 1903, vormittags 10 Uhr,
 bei Hauser, Hauptstr. 97:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Verbandangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
 Ausnahmen neuer Mitglieder finden statt außer in den Versammlungen in den Hauptteilen: Charlottenburg bei Hagen, Bismarckstr. 50, Jernstr. 470; Berlin bei Barkmann, Kottbuserstr. 75, Bernstr. Unt. 3, 2058; Rixdorf bei Dreil, Rosenstr. 24, Jernstr. 312; Schöneberg bei Rosch, Tempelhoferstr. 17, 24708
Der Vorstand.

Einsegnungs-Anzüge
 in den neuesten façons
 in blau und schwarz Kammgarn
 und Cheviot.
Julius Lindenbaum,
 Grosse Frankfurterstrasse 141,
 Ecke Fruchtstrasse. 688L*
 Grösstes Etablissement
 des Ostens, Nordostens und Südostens.
 Anerkannt realste und billigste Bezugsquelle.

Freireligiöse Gemeinde.
 Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 5 Uhr
58. Stiftungsfest
 in Kellers Festsälen, Koppenstrasse No. 29.
 Festrede von Waldemar Manasse.
 Kinderaufführung eines Märchenspiels „Der Weg zum Licht“ von Berthold Schröder, Botal und Instrumental-Konzert, „Moderne Seelenretter“, Komödie von Berthold Schröder. — Tanz. — Billets mit Programm an den bekannten Stellen und Sonntagvormittag in der Aula, Kleine Frankfurterstrasse 6. Mitglieder 25 Pf., eingeführte Gäste 50 Pf. Kinder in Begleitung Erwachsener frei! — Es wird nur eine beschränkte Anzahl von Billets ausgegeben! 62/1

Partei-Expeditionen:
 Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalderstr. 90, n. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fris, Pringelstr. 31, Hof rechts part. — Viertes Wahlkreis: Robert Wenzel, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Paul Böhm, Lauenburgerplatz 14/15 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Carl Anders, Salzweidenerstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stoltenburg, Bismarckstr. 41/42. — Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmshagen und Schönholz: Hermann Rasche, Brunnenstr. 93, Hof part. I. — Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Stephanstr. Allee 65/66. — Alt-Glienicker: S. Fries, Rudowstr. 63. — Charlottenburg: Gustav Schärnberg, Seelenheimstr. 1, Ecke Goethestr., vorn I. — Deutsch-Wilmersdorf: S. Nidel, Wilmersd. 108, part. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilmersberg-Hohenschönhausen: Donald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 108. — Grünau: Gustav Niers, Köpenickerstr. 21. — Rixdorf: Hermann, Prinz Handwerkerstr. 7, im Laden. — Schöneberg: Wilhelm Häumler, Martin Lutherstr. 51, Laden. — Ober-Schöneberg: Richard Kurl, Edlitzerstr. 4, vorn 2 Treppen. — Nieder-Schöneberg: Bonalowski, Berlinstr. 8. — Johannisthal: Paul Mann, Bismarckstr. 7. — Adlershof: Gustav Dike, Gadenbergstr. 8. — Köpenick: Friedrich Gold, Grünstr. 29. — Friedenau-Steglitz: D. Bernsee, Allee 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Döppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a. — Baumschulenweg: Stodt, Grünstr. 2, II. — Neu-Weissensee: Joseph Rein, Friedrichstr. 38, Ecke Streuweg. — Rummelsburg: Horbert, Prinz Albertstr. 5a. — Pankow: S. Kummer, Jernstr. 43.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.
 Garantiert aus Hind- bzw. Schweinefleisch offeriert:
 sogenannte Berliner Weiss- bzw. Bratwurst a Stk. 60 Pf.
 Schnittfeine Cervelat- und Salamiwurst 85 „
 Thüringer Mett- und Zwiebel-Leberwurst 80 „
 geräuch. Bauch- und RückenSpeck } vom hiesigen Viehhof „ 85 „
 SchinkenSpeck } „ 85 „
 Schweinefleisch ohne Knochen „ 75 „
Butter- & Fleischwaren-Handlung Mücke.
 Gr. Frankfurterstr. 105, am Straussberger-Platz.

Abessinierbrunnen
 Kommt jetzt 12 Stk. an
 Erdbohrer schwebel un-
 terschiedl. Grösten, Säuger,
 Drumpumpen, einige ge-
 brauchte Pumpen billig.
 Gedruckt bis abends 9 Uhr.
 W. Wolff, Ackerstr. 113.

Legehühner
 1902er, vollkommen ausgewachsene
 Tiere in durchgehenden Drahtkäfigen,
 kann jeder behaupten, per Nach-
 nahme, gar. leb. Ankunft, Ital. Rasse,
 beliebige Farbe. 14 Hühner samt Eiern
 24. — **Gebr. Neuman,**
 Podwoclozyska via Breslau. 2481b

Wichtig für Dreher!
 Praktische Anleitung für Dreher in
 der Berechnung der Wechseldräher.
 In dem Buch erklärt ein Fach-
 mann kurz und für jedermann ver-
 ständlich die Berechnung der Wechseldräher.
 (In einigen Stunden zu er-
 lernen.) 24065
Preis nur 1.50 Mark.
 Zu beziehen d. Verlagsbuchhandlung
 Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf.

Betten werden täglich
 gründlich gereinigt.
 Abholen und Wiederbringen der Betten
 geschieht auf Verlangen kostenfrei.
Retzlaff, Bettfedern-Specialgeschäft,
 Retzlaff, Alte Jakobstr. 57/59.

Segelklub „Fraternitas“
 Sonnabend, 28. Februar 1903:
Wiener Masken-Ball
 in Fiebigs Ball-Salon,
 Gr. Frankfurterstr. 28.
 verbunden mit Reigenfahrten, aus-
 geführt vom Arbeiter-Abfahrer-Verein
 „Vorau“.
 Eintritt a Person 50 Pf. Billets
 sind bei E. Reiss, Allee 134, zu
 haben und werden auf Wunsch gern
 zugesandt.
Gäste willkommen.
Das Komitee.
Arbeiter-Radfahrerverein
„Berlin“.
 Sonnabend, 28. Febr.:
Maskenball
 im Böhmisches Brauhaus,
 Sonntag, 2 Uhr, Koppenplatz nach
 Wilhelmstr. bei Schneider. Donner-
 tag: Versammlung bei Reichenh,
 Hindenburgstr. 28. 11/12

Holzrouleaux-Agenten
 habt Acht!!!
 Ich bewillige bei erstklassiger
 Ware eine wirkliche
Riesenprovision
 für Kaffagehölzer und überbiete
 jedes andere Angebot bei ge-
 richtiger Leistungsbiligkeit. 6392*
 Bedingte keine Musterbücher.
Franz Tschauder,
 Schöneberg in Schles.,
 Holzrouleauxfabrik in Dampfstr.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
 Gustavhagen, Berlin, Prinzen-
 strasse 46, versendet gegen Nachnahme
 garantierter Bettfedern d. 27. 55 Pf.
 glatte Federbetten d. 27. 31. 25 „
 bessere Halbbetten d. 27. 27. 176 „
 vorzügliche Decken d. 27. 27. 288 „
 — Von diesen Decken genügen
 3 bis 4 Stück zum großen Oberbett.
 Verpackung frei. Verh. u. Proben
 gratis. Viele Anerkennungsbriefe.

Charlottenburg.
H. Schmerberg 1882*
 Uhrenmacher und Goldarbeiter.
 Grotes Lager von Uhren
 und Goldwaren zu
 außerst billigen Preisen.
 Optische Artikel, Uhren
 werden schmerzlos gestochen.

**Masken- und Theater-
 Garderobe.**
 Grosse Auswahl historischer Kostüme.
 Vereinen Preisermässigung.
E. Eizel-Beck, Neanderstr. 31
 Amt VIIa 7700.

Gesangverein „Freya I“
 gemischter Chor.
 (Mitglied des Arb.-Sängerbundes.)
 Am Dienstag, 21. Februar,
 verstarb nach kurzer Krankheit
 unser hochverehrter Dirigent,
 der Musikdirektor Herr
Franz Rokicki
 Wir verlieren in ihm nicht nur
 unseren trefflichen Dirigenten, son-
 dern auch unseren vortrefflichen
 treuen Freund und Berater,
 der während der 18 Jahre, wo
 er dem Verein leitete, sehr so
 überaus reiches Wissen und sein
 helles Können einsetzte, um den
 Verein zu fördern und zu heben.
 Wir werden allezeit mit der
 größten Hochachtung und Liebe
 unsern Herrn Rokicki ge-
 denken, und sein gerader, ehrlicher
 Charakter wird uns immergehi-
 ckeiden. 65/5
J. H. Franz Grzeszczak.

30%
 boquem zu ersparen, wer in
 der bekannten
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland
 Berlin C., Rosstrasse 2
Reste
 in Herren-Stoffen,
 passende Masse für An-
 züge, Paletots, Hosen
 und Kinderanzüge etc.,
 kauft!

Carl Schmidt,
 Blüten-Fabrik,
BERLIN W.,
 Taubenstr. 23,
 empfiehlt seine
 weltberühmten
Stoffhüsten
 für jede Körperform.
 Figur wie nebensteh.
 von 7 Mk. bis 50 Mk.
 Unentbehrlich zur An-
 fertigung der Kostüme.
 Katalog V gratis und
 franco.
 Man hüte sich vor wertlosen
 Nachahmungen. 408L*

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Vorortsaufstellen, Wald, Wasser,
 Landraum 40 Hektar an, ein
 Drittel Anpflanzung, mündlich, Köpen-
 ickerstr. 67a I.
Wardianhand Große Frankfurter-
 strasse 9, partierre. 437*
Hochverehrte Herren-Anzüge,
 Sommerpaletots aus besten Stoffen
 herbeiführend 18—28, Reinfelder
 7—11 Mark. Verkauf Sonnabend,
 Sonntag, Deutsches Theaterhaus,
 Nagerstrasse 63, 1 Trepp. 15298*
Steggeden (spottbillig) Fabrik
 Reinfelderstr. 29. 493*
Leppiche! (Jellerhüte) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Leppichlager Berlin, Godefroyer
 Markt 4, Bahnhofstr. 119/5*
Leppich, Beilen, Steppdecken,
 Gardinen, Böden, Anzüge, Remontier-
 uhrer (spottbillig), Leihhaus, Neander-
 strasse 6. 61/2*
**Wädel, Spiegel, Bilder, Stand-
 uhrer, Regulatoren** (spottbillig) Leih-
 haus, Neanderstrasse 6. Teilzahlungen
 gestattet. 61/2*
Krankefahrstühle für Zimmer
 und Straße (schön) und leihweise in
 allen Preislagen. Kopp, Eiser-
 strasse 53. 129/17*
Leppiche mit Handsecheln (schon)
 niedrige Große Frankfurterstrasse 9,
 partierre. 437*
Wringmaschinen auf Abzahlung,
 ohne Anzahlung, Beckmann, Gollnow-
 strasse 26, nahe der Landberger-
 strasse. 15013*
Nähmaschinen, Langschiffen,
 12 Mark. Scheel-Wilson 8 Mark.
 Beckmann, Gollnowstrasse 26, nahe der
 Landbergerstrasse. 15028*

**Ringschleichen, Bobbin, Edel-
 nader, ohne Anzahlung, Woche 1,00,**
 gebrauchte 12,00. Postbestellung
 Köpenickerstr. 60/61, Landberger-
 strasse 82 und Brunnenstrasse 97.
Techniker, Elektro-, Maschinen-,
 Bauarbeiter erhalten beschleunigte
 Sprachlehre der technischen Wissen-
 schaft zum Selbstunterricht. Ohne
 Anzahlung, Teilzahlung monatlich
 vier Mark. Offerten: Buchhandlung
 „Welt“, Postamt Wilmersdorf-Berlin.
Vorjahrs elegante Herren-
 Winterpaletots und Anzüge aus
 feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark.
 Verkauf Sonnabend und Sonntag,
 Verbandshaus Germania, Unter den
 Eichen 21, II. 14958*
Steggeden (spottbillig) Fabrik
 Frankfurterstrasse 9, partierre. 437*
Mehlwürmer, Schab 10 Hektar,
 Wädel, Kleine Hindenburgstr. 18, III.
Kanarienvogel, Neufourenreihe,
 Heubauer billig. Neuwelkenlee,
 Schönstrasse 9. 489*
Kanarienvogel, Schilffarm Seifert,
 verkauft Kochstr. Brunnenstrasse 97.
Restaurant mit Hintergarten,
 billige Preise, verkauft umständlicher
 Brandenburgerstrasse 6. 449
Elegante Wirtschaft (spottbillig) schen-
 klich, Garnitur, Säulencorona einzeln,
 Bier, Händler dringen verdienen.
 Bergstrasse 2, I. 24905
Winkelrinde 28,00, Säulen-
 säule 50,00, Teumans, gelacktes
 mit Stufe, 40,00, Tischbecken mit
 vorzüglichem Federboden 40,00. Hoch-
 elegante Garnituren, Sofa, Schreib-
 tische, Büffets, Küchenschrank, herrliche
 Karben, Eigne Werkstätten. Kolofale
 Kuchenschrank, Tischwaren, Karriern-
 strasse 7a. 15398*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*

Cigarrengeschäft (spottbillig) Nie-
 derstr. Brunnenstrasse 8. 24745*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft, am Marktplatz
 gelegen, Familienverhältnisse, billig
 zu verkaufen. Billige Preise. Röhbers
 Hummelstr. 2, Prinz Allee 11, 15298*
Waldparzellen, Eisenbahn, verkauft
 billig, Drees, Schöneberg, Götter-
 strasse 47. 24715*
Cigarrengeschäft,

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse! Friedenan. Der Männer-Gesangverein „Rüst“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet am Sonnabend, den 28. Februar 1903 ein Winterkonzert im Lokal „Kaiser Wilhelm-Garten“, hier selbst. Wir machen die Parteigenossen und die Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß dies Lokal zu Versammlungen nicht zu haben ist. Wir ersuchen, die angebotenen Billets zurückzugeben und das erwähnte Vergnügen unter allen Umständen streng zu meiden.

Grünau. Die Genossen werden auf die am Sonntagnachmittag 8 Uhr im Lokale des Herrn Duchaufour, Köpcke-Strasse 70, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Genosse Paul Hirsch spricht über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“

Mit-Gliedern. Sonnabend ist Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins mit Vortrag, der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Wilhelmshagen-Hohenschönhausen. Sonntagmittag 1 1/2 Uhr findet eine Volksversammlung für diese Orte und die Umgebungen bei Scholz in Hohenschönhausen statt. Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil wird über die Vorgänge im Reichstage und die bevorstehenden Wahlen sprechen. Die Parteigenossen werden ersucht, alle Beteiligten auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Franz Grünauerstraße seine ordnungsmäßige Vereinsversammlung ab. Käse haben Zutritt; auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Ueber Mangel an Arbeit können sich die Stadtverordneten jetzt nicht beklagen. Die gestrige Sitzung dauerte wieder bis gegen 9 Uhr, und doch wurde von der langen Tagesordnung, die der Versammlung vorlag, nicht die Hälfte erledigt. Den Anfang machte der Antrag Landau, der für die chirurgischen Abteilungen der städtischen Krankenhäuser eine Neuregelung des ärztlichen Dienstes fordert. Die Verhandlungen über diesen Antrag nahmen allein drei Stunden in Anspruch. Der Antrag war zu einem ablehnenden Beschluß gekommen, weil der Vorschlag Landaus keine Verbesserung bedeute und nur die städtische Verwaltung ohne Grund blockierte. Im Plenum wurde gestern nach der Berichterstattung des Ausschusses in eingehender Debatte das Für und Wider des Antrages erneut erwogen. Stadtdr. Landau (alte Linke) hatte seinen Antrag neu eingebracht und begründete ihn in längeren Ausführungen. Von sozialdemokratischer Seite wurde er durch unseren Genossen Dr. Friedberg nachdrücklich unterstützt. Der Magistrat hatte zuerst Stadtrat Dr. Strahmann ins Treffen geschickt, dem nachher Stadtrat Weigert beiprang. Aus der Reaktion des Antragstellers sprach für den Antrag mit besonderer Wärme der Stadtverordnete-Vorsitzer Dr. Langerhans. Unmittelbar nach ihm erhob sich Oberbürgermeister Kirchner, um als dritter Redner des Magistrats den Landauschen Gedanken als aus bloßem Ständesinteresse hervorgegangen zu bekämpfen. Stadtdr. Cassel führte Herrn Kirchner in einer Erwiderung von bemerkenswerter Schärfe ab. Es war interessant und beinahe amüsant zu sehen, wie der Führer der sonst so magistratsfreundlichen „Alten Linken“ gegen das Stadtoberhaupt losging. Herr Kirchner antwortete, aber seine Verechtheit verlagte diesmal. Die Debatte ging weiter, bis ihr durch einen Schlußantrag ein Ende bereitet wurde. In persönlicher Bemerkung rechnete noch Stadtdr. Landau mit dem Oberbürgermeister ab; dann folgte die Abstimmung, und der Antrag wurde mit 73 Stimmen gegen 30 angenommen. Der Magistrat wird sich freilich dadurch kaum bestimmen lassen, seinen ablehnenden Standpunkt aufzugeben. Der Landausche Vorschlag ist zwar bei weitem nicht die großartige Reform, für die Herr Cassel ihn ausgeben wollte, aber er würde doch manches in unseren Krankenhäusern bessern. Allein: die städtische Verwaltung darf nicht blockiert werden — darum muß alles beim Alten bleiben.

Der Magistrat hat in Uebereinstimmung mit der Gewerbe-Deputation beschlossen, mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung ein Ortsstatut über die Krankenversicherung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge zu erlassen und wird der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage zugehen lassen. Der Magistrat hat diese Angelegenheit wiederholt in Erwägung gezogen und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß wirtschaftliche Rücksichten die ortstatutarische Ausdehnung der Krankenversicherung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge notwendig erscheinen lassen. Zur Begründung dienen eine Denkschrift und ein Beschluß der Gewerbe-Deputation sowie gutachtliche Urtheile von beteiligten Arbeitgeber und Handlungsgehilfen. Vom Magistrat werden folgende Satzungen vorgeschlagen: Auf Grund des § 11 der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie vom 30. Mai 1883 und des § 2 des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 wird unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung nachstehendes Ortsstatut für den Gemeindebezirk Berlin erlassen. Artikel I. Die Anwendung der Vorschriften des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes wird erstreckt auf männliche und weibliche Handlungs-Gehilfen sowie Lehrlinge, welche nicht schon nach § 1 des Krankenversicherungsgesetzes versicherungspflichtig sind und deren Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt höchstens dreierthalb Mark für den Arbeitstag oder, sofern Lohn oder Gehalt nach größeren Zeitabschnitten bemessen ist, zweitausend Mark für das Jahr berechnet, nicht übersteigt. Artikel II. Dieses Ortsstatut tritt mit dem 1. Oktober 1903 in Kraft.

Die zunehmende Bedeutung des Fernverkehrs im Fernverkehr innerhalb des Reiches sowohl als im internationalen Verkehr zeigt eine der Korrespondenz Groß-Berlin vorliegende Zusammenstellung nach dem Stande vom 31. Dezember 1902 über die Angaben der Verbindung verschiedener Stadt-Fernsprechleitungen mit einander im ganzen Reichs-Gebiet. Es giebt jetzt 3817 derartige Anlagen. Die Länge der Leitungen beträgt 314 000 Kilometer. Nicht weniger als 272 760 Gespräche werden auf ihr täglich abgewickelt. Die längste der Leitungen ist immer noch die von Berlin nach Paris mit 1186 Kilometer, deren Benutzung stetig wächst. Während auf ihr 1901 nur 30 Gespräche täglich getwöhnt wurden, wurde sie 1902 64 mal am Tage in Anspruch genommen. Die zweitlängste Leitung Berlin—Budapest mit 980 Kilometer Doppelleitung wird jetzt 29 mal täglich benutzt. An dritter Stelle steht die inländische Leitung Berlin—Remel mit 948 Kilometer, die auf jeder ihrer 7 Teilstrecken 81 mal täglich benutzt wird. Es folgt die Leitung Berlin—Stuttgart—Wafel mit 923 Kilometer und 42 Gesprächen täglich, gegen 17 im Vorjahr. Berlin—Düsseldorf—Königsberg mit 713 Kilometer wird jetzt 63 mal auf jeder Teilstrecke benutzt. Alle übrigen Fernleitungen haben weniger als 700 Kilometer. Am meisten gesprochen wird zwischen Berlin und Frankfurt a. M., wo 387 Gespräche täglich auf 4 unmittelbaren und einer kombinierten Leitung stattfinden. Zwischen Berlin und Köln werden 248 Gespräche täglich abgewickelt, außerdem auf der Leitung Berlin—Hannover—Köln 62 Gespräche auf jeder Teilstrecke. Die Leitung Berlin—Wien wird jetzt 100mal im täglichen Durchschnitt benutzt. Berlin—Dortmund 111mal. Die Zahl der täglichen Gespräche ist ferner: Berlin—Essen

77, Berlin—Nordhausen—Kassel—Frankfurt 90 auf jeder Teilstrecke, Berlin—Kürnberg—München 88, zwischen Berlin und Nürnberg, Berlin—München 79, Berlin—Dresden 81, Berlin—Wien 84 auf jeder Teilstrecke, Hamburg—Kopenhagen 22 auf jeder der 7 Teilstrecken, Frankfurt a. M.—Paris 44, Berlin—Düsseldorf 80, d. h. während des Ausstellungsjahres. Am 23. November wurde ferner die Leitung Berlin—Doppelt—Gleiwitz in Betrieb genommen.

Nachmals: Ein polizeieifriger Briefträger. Aus dem Bureau der Paketpost, in dem der polizeieifrige Briefträger beschäftigt wird, wird uns aus dem Kreise der dort angestellten Briefträger mitgeteilt, daß der freiwillige Polizei-Offiziant geistig nicht gerade hervorragend begabt sei, daß ihm deshalb seine sonderbare Handlungsweise weniger schwer anzurechnen sein dürfte. Jedenfalls wird uns versichert, daß kein anderer Briefträger dieser Geschäftsstelle in einem ähnlichen Falle einer gleichen Handlungsweise fähig sei. Wir glauben hinzufügen zu dürfen, daß auch die Angestellten der übrigen Geschäftsstellen sich in der Beurteilung des von uns kritisierten Vorgehens mit ihren Kollegen des Ressorts B. 24 völlig einverstanden fühlen dürften.

Eingekämmerter Patriotismus. Eine Korrespondenz meldet: Zur Verhinderung der Belästigungen, welchen der Kaiser bei seinen täglichen Spazierritten, besonders seitens der halbwüchsigen Jugend ausgesetzt war, sind nunmehr umfassende polizeiliche Maßnahmen getroffen worden. Die Menschenmasse, die den Kaiser zu verfolgen pflegt, wird am Brandenburger Thor durch dort aufgestellte Schutzmannsposten nach dem Promenadenweg gedrängt. Auf dem letzteren wird vor den Rasenstreifen an der Reitivogelstraße, wie wir bereits früher gemeldet, auch durch Seite geherrt ist, eine Kette von Fuß-Schülern aufgestellt, welche vor allen Dingen das Ausbrechen der Massen an den Uebergängen zu verhindern haben. Am Ende des Promenadenweges, am Denkmal Friedrichs des Großen, sorgen bereitete Schülerte dafür, daß die zudringlichen jungen Burtschen in genügender Entfernung von der Reiter-Kavallade bleiben. Dagegen findet der Fußverkehr fast gar keine Störung mehr. Die Unterbrechung desselben dauert höchstens zwei Minuten, um soweit es notwendig ist, dem Kaiser einen freien Weg zu schaffen.

Herr Großhuff, der langjährige Präsident des Straßensamtpreussischen Kammergerichts, ist in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag plötzlich verstorben. Er soll einem Herzschlage erlegen sein. Großhuff ist 68 Jahre alt geworden. Er gehört zu der nicht kleinen Zahl von Juristen, die vom Staatsanwaltschaftsamt aus in eine höhere Richterstelle versetzt worden sind. Zu Beginn der achtziger Jahre hat er sich im nördlichen Belagerungsgebiet als Socialistenverfolger hervorgetan. Unsere Parteigenossen in Altona wissen von seinem Wirken unter dem Socialistenjoch manches zu erzählen, und nicht zum geringsten mag es seiner Verfolgungssucht zu danken gewesen sein, daß die Bevölkerung der vier „belagerten“ Städte und in Massen ihre Sympathie zuwandte.

Obermeister Schumann. Aus den Organisationen ausgeschlossen ist jetzt der wegen der Stillschleitsaffaire inhaftierte Schuhmachermeister Louis Schumann, der, wie bekannt, in der Handwerkerbewegung eine Anzahl Aemter inne hatte. Der Verband deutscher Schuhmacher-Zimmern veröffentlichte sodann eine Bekanntmachung des Inhalts, daß wegen Erhebung der Anklage gegen Schumann der Ausschluß aus dem Centralvorstand notwendig wurde und einstimmig beschlossen worden ist. Desgleichen hat die Berliner Schuhmacher-Zimmem in ihrer letzten Sitzung auf Grund des § 44 des Zimmernstatuts Schumann seiner sämtlichen Aemter für verlustig erklärt.

Aus Vermächtnissen und Geschenken für wohlthätige Zwecke sind bei der Stadtverwaltung im Januar d. J. 53 897,79 M. eingegangen. Darunter befinden sich an größeren Zuwendungen: a) ein Vermächtnis des Oberarztes Dr. Vogelgesang in Höhe von 53 088,71 M.; b) von einem ungenannten Stifter 5000 M. zur Beschaffung von Brennmaterial für hilfsbedürftige Personen.

Der bekannte Gerichtsarzt Privatdocent Dr. Puppe, der seit mehreren Jahren als Nachfolger des Dr. Döring als Arzt am Untersuchungsgefängnis thätig ist, hat einen Ruf als Professor an die Universität Königsberg i. Pr. erhalten und wird Berlin am 1. April d. J. verlassen. Seit dem Tode des Geheimen Rats Professor Dr. Lewin, der lange Jahre das Amt des Arztes am Untersuchungsgefängnis versehen hatte, ist dasselbe kurz nach einander in vier verschiedene Hände übergegangen.

Für die Verhandlung des Wucherprozesses Pariser sind, wie zur Nichtigstellung solcher Nachrichten mitgeteilt wird, die Tage des 6. bis 8. April angelegt. Die Verhandlung wird vor der 3. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Hödler stattfinden. Der Angeklagte Pariser, der gegen eine höhere Kaution auf freien Fuß gesetzt ist, befindet sich zur Zeit in Italien, giebt aber von jeder Veränderung seines jeweiligen Aufenthaltsortes dem Vorsitzenden der Strafkammer sofort Kenntniß.

Eine glänzende Pleite hat, wie jetzt festgestellt worden ist, der sächsische Engroschlichter Richard Höder aus der Zhoerstraße 42 gemacht, dessen Geschäftstotal sich in dem Hause Kaiserstraße 47 betrug. In dem über sein Vermögen eröffneten Konkursverfahren soll nämlich die Schuldenverteilung erfolgen. Bei dieser Verteilung sind einerseits Mittelungen des Verwalters 120,54 M. bevorrechtigte und 17 855,30 M. vorrechtlose Forderungen zu berücksichtigen. Da jedoch ein zur Verteilung verfügbarer Vorratbestand nicht vorhanden ist, so fallen sämtliche Forderungen aus. Höder ist, wie noch erinnerlich sein dürfte, im Mai v. J. unter Hinterlassung einer Schuldenlast von etwa 30 000 M. und unter Mitnahme wertvoller Diamanten, Kleider und Wäsche aus Berlin geflüchtet und wird seitdem von der hiesigen Staatsanwaltschaft I wegen betrügerischen Bankrotts und wiederholten Betruges haderbüchlich verfolgt. Kurz vor seiner Flucht kaufte er noch von mehreren Viehkommissionsfirmen 181 Stück Rindvieh, ohne den Kaufpreis an dem verabredeten Zahlungs-termin zu erlegen. Außer den auf diese Weise geprellten Viehhändlern hat auch der Hauswirt die Miethen für mehrere Monate und die Aufwärtlerin, die ihm während seiner Wittwenhaft die Wirtschaft führte, ihre in der letzten Zeit seines Hierseins gemachten baren Auslagen zu fordern. Da Höder vor seinem Zugzuge nach Berlin in London ansässig gewesen war, so nahm man an, daß er sich von neuem nach England gewandt habe. Die dieserhalb angestellten Recherchen führten schließlich zu einem günstigen Resultat; er wurde in London ermittelt und festgenommen. Seine Auslieferung an Deutschland scheint sich jedoch über Gebühr zu verzögern. Dies dürfte darin seinen Grund haben, daß die englische Regierung zunächst Vorlegung von beschworenen Aussagen Geschädigter verlangte; es mußten daher erst verschiedene Geschädigte, mit denen Höder seiner Zeit in Verbindung gestanden hatte, vom Untersuchungsrichter beim hiesigen Landgericht I eidlich vernommen und die mit diesen aufgenommenen Protokolle durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes in London den dortigen Behörden übermittelt werden. Seitdem hat man von einer Erledigung der Angelegenheit nichts gehört. Auf die Ergreifung des flüchtigen hatten die geschädigten Viehkommissionäre eine Belohnung von 4000 M. ausgesetzt.

Untergang eines Berliner Dampfers. Der der Berliner Brauergesellschaft gehörige Gilgut-Dampfer „Berlin“ ist in früher Morgenstunde auf der Oberelbe unweit Hübner bei Lauenburg untergegangen. Das Unglück erfolgte vermutlich durch Einbringen von Wasser in den Kesselraum, da die Wellen infolge des herrschenden schweren Sturmes sehr hoch gingen. Von anderer Seite wird hierzu gemeldet, daß der Dampfer „Berlin“ durch Kollision mit einem Schleppluge led wurde. Die Besatzung konnte nur mit Inghapper Not das

nackte Leben retten. Ein Hamburger Taucher ist bereits an der Unfallstelle eingetroffen, um den Dampfer zu heben.

Große Veränderungen im Landes-Ausstellungsgebäude werden in einigen Monaten den Besuchern der Großen Berliner Kunstausstellung entgegentreten. Gegenwärtig ist man dabei, nach dem Entwurf des Architekten Balcke den quadratischen Mittelsaal B mit den links und rechts sich anschließenden gleich großen Räumen (25 und 35) zu einer langgestreckten Halle von 60 Metern Breite zu vereinigen. Die stark verbläute Pracht des Kuppelsaales am vorderen Eingang des Gebäudes werden die Besucher der Ausstellung nicht mehr wiedersehen. Diese ein- so glänzende Ausstattung, die Professor Woldeemar Friedrich entworfen und mit dem großen Deckengemälde geschmückt hatte, rührt noch von der internationalen Jubiläumsausstellung von 1886 her. Die in Gips ausgeführten plastischen Arbeiten hatte Otto Lessing übernommen; die Garantiefrist für die Haltbarkeit der Stuccatur ist längst verfließen, und der Künstler hat neuerdings selbst darauf gedrungen, daß sie im Interesse der allgemeinen Sicherheit entfernt werde.

Die Schleifenfahrt, die im Circus Schumann so gewaltiges Aufsehen erregt hat, ist das Ziel mancher Reinfahrers und namentlich kann man es solchen Herren, die im Sportpark ihre Zeit durchlebt haben, nicht verdenken, wenn sie im Circus aus weiterer Verhöhnlichkeit trachten. Der bekannte Flieger Paul Wändner hat sich seit Wochen in den Künsten der Schleifenfahrt bemüht, und auch vor seine Unsterblichkeit haben die Götter den Schweiß gesetzt. Die mißglückten Versuche der ersten Zeit haben Wändner vor weiteren Wähen nicht abzuhalten vermocht, und jetzt ist er so weit, daß er gestern mittig im Circus Busch eine Probefahrt zu unternehmen vermochte. Lange hat es, wie gesagt, gedauert, bis der deutsche Kavalier alle Chinesen heraus hatte, und mancher blaue Fleck blieb der Deffentlichkeit vorenthalten. So einfach im Grunde die Sache aussieht, so schwierig sind die Vorbereitungen. Schon bei der Konstruktion der Schleife kam es zu einer Kollision zwischen Theorie und Praxis; aber Herr Wändner wußte alle Fehler zu beseitigen. Das Gewicht des Rades mußte bis auf 90 Pfund vermehrt werden, und einer besonderen Gestaltung bedurfte die Gummireifen. Auch die neue Schwertigkeit, daß das Rad eine mangelhafte Reizung zum Steigen zeigte, wurde durch entsprechende Verteilung des Gewichts überwunden, so daß das Vorderrad nicht mehr in die Höhe ging. Wohl das schwerste war, auf der seltamen Bahn heimlich zu werden; in mancher Unebenheit hatte der Fahrer sich hineinzuwinden. Doch schließlich wurde Wändner aller Riden und Tiden Herr, und am Montag glückte ihm zum erstenmal eine Schleifenfahrt. Seitdem geht alles nach Wunsch. In dem Augenblick der Fahrt hat unser Künstler natürlich seine ganze Geistes- und Körperkraft zusammenzunehmen, damit er auf der durch Angelausprobieren gefährlichen bleibe. Ein bewegliches Lau, an dem Sandbände angebracht sind, dient am Schluß der Todesfahrt als Hemmung, auch sind im Falle der Not handfeste Männer als Bremsen zur Stelle. Bemerkenswert noch, daß Herr Wändner ein Körpergewicht von 165 Pfund hat. Sein Vorgänger, Hr. Diabolo, hat im Circus Schumann für ein Monatsgehalt von 10 000 M. gearbeitet.

Nicht so glücklich wie Wändner war ein anderer Nachahmer des Looping the Loop, der Reinfahrer Steffens, der gestern auf einem Werkplatz in Schöneberg eine für ihn gebaute Schleife befehlen wollte. Er fährte in der Auslauflinie der Schleife ab, und da er dabei auf Eisenträger fiel, so schien es anfangs, als wäre er ernstlich zu Schaden gekommen. Doch bald hatte er sich erholt, und da das Rad heil geblieben war, so hielt ihn nur das Wähen seiner Freunde und Sportgenossen davon ab, die Fahrt alsbald zu wiederholen.

Die Realschulen Berlins haben im Jahre 1902 eine Zunahme ihrer Schülerzahl um mehr als 300 gehabt, hauptsächlich infolge der Eröffnung der neuen 13. Realschule am Schöneberger Ufer. Ende 1901 hatten die zwölf älteren Realschulen 5870 Schüler. Ende 1902 wurden in diesen zwölf Schulen 5391 Schüler und in der 13. Schule 298 Schüler gezählt, also in allen Realschulen zusammen 5689. Die 13. Realschule, die gegenwärtig erst aus zwei sechsten Klassen, zwei fünften, zwei vierten und einer dritten besteht, hat in den beiden sechsten und den beiden fünften Klassen bereits einen stärkeren Besuch als irgend eine der zwölf älteren Realschulen in diesen Klassen.

Hygienische Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen. Das Thema der heutigen Vorträge lautet: „Pflege, Ernährung des Säuglings“. Das Thema wird an vier Stellen besprochen werden und zwar heute, Freitag, den 27. d. M., in den Schulaulen Gneisenaustr. 7, Panitzsch, 4, Rüstlerstr. 4/5, Winterfeldstr. 10. Vortragende sind die Herren Doktoren J. Hirschfeld, Norbert Kurbach, Julius Lewin und Reichholz. Beginn der Vorträge pünktlich 8 Uhr. Zutritt frei für Jedermann.

Miss Isadora Duncan wird demnächst auch als Rednerin vor dem Berliner Publikum erscheinen. Die Künstlerin gedenkt am Donnerstag, den 6. März, im Verein Berliner Presse über ihre Kunst zu sprechen. Der für diesen Tag geplante Dichtertreffen-Abend wird auf einen späteren Termin, voraussichtlich Ende März, verlegt. Die Abonnements haben für beide Abende Gültigkeit. Der Verkauf der Eintrittskarten für den Duncan-Abend beginnt heute in den bekannten Buchhandlungen und im Berliner Pressesklub, unter den Linden 88.

Feuerbericht. Donnerstagnachmittag gegen 2 Uhr wurde die Wehr nach der Reanderstraße 18 gerufen, weil hier in einem Keller Patronen, Häser und allerlei Gerätpel in Brand geraten waren. Sonntags 8 Uhr mußte in der Poststraße 34 B ein Feuer abgelöscht werden, das Strohh und andres Verpackungsmaterial ergriffen hatte. Kurz vorher gingen in der Köpcke-Strasse 20 Kleidungsstücke und Gardinen in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Prinzenstraße 102 Wäschestücke durch Feuer verbrannt wurden. In der Nacht zum Donnerstag erfolgte ein Alarm nach der Ackerstraße 162, wo in einer Wohnung ein Brand entstanden war, der Kleider, Decken, Möbel etc. erfaßt hatte. Bei dem vergeblichen Bemühen, die Flammen zu erlösen, erlitt eine Frau Brandwunden an den Händen und im Gesicht. Es gelang der Wehr, die Gefahr bald zu beseitigen. Alarmierungen, die außerdem in den letzten 24 Stunden nach der Blumenstraße 62, Wienerstraße 86, Pflasterstraße 14 und noch nach einigen andren Stellen erfolgten, waren auf ganz unbedeutende Unfälle zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

In der letzten Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung gaben unsere Genossen der „unpolitischen“ Mehrheit Gelegenheit, ihre soziale Forderungen, deren sich jeder Herr bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit rühmt, durch die That zu beweisen. Der Versuch fiel so aus, wie es für Kenner der Verhältnisse von vornherein feststand. Die sozialdemokratischen Anträge wurden samt und sonders abgelehnt. Der erste Antrag bezog sich auf die Einlegung einer gemischten Deputation zur Beratung a) des Gesetzes von Arbeitsordnungen für alle städtischen Betriebe, b) einer Reform der für die Bewilligung von Ruhegehältern und Hinterbliebenen-Versicherung für städtische Arbeiter und Angestellte geltenden Grundzüge. Stadtdr. Hirsch betonte in der Begründung des Antrages die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterpolitik durch die Gemeinden und wies an der Hand eines reichhaltigen Materials nach, daß die Verhältnisse der städtischen Arbeiter Charlottenburgs noch sehr viel zu wünschen übrig lassen. Vor allem konnte es darauf an, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sichern, sie vor willkürlichen Entlassungen zu schützen

und das Beschwerderecht gegen Mahregelungen zu ordnen. Auch die Grundzüge für die Bewilligung von Ansehlohn und Hinterbliebenenversorgung seien reformbedürftig; Berlin, Potsdam, Spandau und eine ganze Reihe anderer Gemeinden haben weit günstigere Bestimmungen für die Arbeiter getroffen. Sollte die Reformenverfugung irgend welche Bedeutung haben, so müßte den Arbeitern endlich ein Rechtsanspruch gewährt werden. Die finanzielle Belastung der Stadt sei so gering, daß Charlottenburg ohne große Opfer bahndrehend vorangehen könne. Oberbürgermeister Schusterhaus wandte sich gegen den Antrag. Es liege kein Grund zur Änderung des bisherigen Zustandes vor, da die Arbeiter sich über nichts zu beschweren hätten; man möge nicht Hoffnungen und Wünsche erwecken, die bisher ruhig geschlafen haben. Ähnliche Ausführungen machten die Redner der Reichspartei, die Herren Stücken und Rostok, während Stadtv. Dula Kommissionsberatung beantragte und Stadtv. Dr. Crüger sich für den zweiten, aber gegen den ersten Teil des Antrags aussprach. In seinem Schlusswort übte Stadtv. Hirsch scharfe Kritik an der eigenartigen Socialpolitik der bürgerlichen Parteien, die für die Arbeiter stets nur schöne Worte übrig hätten. Gegenüber den Ausführungen des Oberbürgermeisters wies Redner auf die Verhältnisse in der Gasanstalt hin, die genau so schlecht seien, wie vor Ausbruch des Streiks im Frühjahr 1901. Die Abstimmung ergab sowohl die Ablehnung des Antrags als Kommissionsberatung als auch die Ablehnung des Antrags selbst.

Der zweite socialdemokratische Antrag betraf die Wohnungsfrage. Die Antragsteller fordern, daß die Stadt auf dem von der Luisen-Kirchengemeinde gekauften Grundstücke kleine Wohnungen errichte. Auch diesen Antrag begründete Stadtv. Hirsch, der einleitend einen geschichtlichen Rückblick auf die Behandlung der Wohnungsfrage in Charlottenburg gab, die vor drei Jahren angefallen, jetzt aber völlig eingeklappt ist. Die Mehrzahl habe durch ihre früheren Beschlüsse der Bevölkerung nur Sand in die Augen streuen, sie habe den Anschein erwecken wollen, als ob etwas geschähe, während in Wirklichkeit nichts geschieht. (Unruhe.) Die Frage, ob in Charlottenburg noch eine Wohnungsnot bestehe, sei unbedingt zu bejahen, es ständen nur 1,66 Proz. aller Wohnungen leer, der Prozentsatz der leerstehenden kleinen Wohnungen sei sogar noch geringer. Die Obdachlosigkeit habe zugenommen, die Mietpreise seien auch im letzten Jahre wieder gestiegen, die Zahl der Personen, die in überfüllten Wohnungen haufen, sei von der vorletzten bis zur letzten Wohnungsaufnahme von 6561 auf 9051 angewachsen, Hunderttausende müßte die Armenverwaltung jährlich ausgeben zur Vermeidung von Epidemien und als Zusatz zu Mieten, das Schlafstellenmangel habe einen ungewöhnlichen Umfang angenommen; die gesundheitlichen Zustände in vielen Wohnungen spotten jeder Beschreibung. Redner führte zum Beweise für seine Behauptungen eine Fülle amtlichen Materials an und bezeichnete es als Pflicht der reichsten Stadt Preußens, endlich Wandel zu schaffen und ohne Rücksicht auf die Interessen einzelner Hausbesitzer das Wohl der Gesamtheit wahrzunehmen. In der sehr erregten mehrstündigen Debatte suchten die Redner der Unpolitischen und der Fraktion Alt-Charlottenburg die Ausführungen unres Genossen zu bestreiten. Sachlich widerlegen konnten sie sie nicht, sie suchten durch allerhand Redensarten den Kern der Frage zu umgehen, wobei sie natürlich nicht vergaßen, ihr warmes Herz für die Arbeiterklasse anzupreisen. Das thun diese Herren immer, wenn sie einen socialpolitischen Antrag ablehnen. Namentlich Herr Ströhler, der Vorsitzende der Versammlung, hatte den traurigen Mut, das Vorhandensein einer Wohnungsnot rundweg abzuleugnen. Er räumte sogar die Unmöglichkeit der Gemeinde, indem er ausführte, man habe sehr wohl getan, die Sache nicht zu überfüttern. Stadtv. Hirsch wies in seinem Schlusswort auf den Wandel der Anschauungen des Herrn Ströhler hin, von dem seiner Zeit die Initiative zur Ergründung von Maßnahmen gegen die Wohnungsnot ausgegangen sei und der nun darin warn, irgend etwas zu thun. Anger unfrem Genossen trat nur Stadtverordneter Dr. Crüger für unfren Antrag ein. In namentlicher Abstimmung beschloß die Versammlung mit 85 gegen 15, von Liberalen und Socialdemokraten abgegebenen Stimmen, auf Antrag des Stadtv. Gleim, die Verhüllungsausschreibung vorzulegen, mit andern Worten, die Sache auf den St. Maximiliansweg hinauszuschicken.

Nach Erledigung dieser Anträge wurden dann im Handumdrehen noch etwa 20 Punkte der Tagesordnung erledigt, darunter die Vorlagen betr. die Errichtung eines Reform-Realgymnasiums und betreffend Gewährung einer Beihilfe an die vereinigten Arbeiter-Znimmungen der Provinz Brandenburg; gegen diese Vorlage wandte sich Genosse Scharnberg namens unfren Partei. Gegen 10 Uhr mußte die Versammlung wegen Verschlussfähigkeit geschlossen werden.

Eine Straßenbahn Rixdorf-Johannisthal dürfte in nicht allzu ferner Zeit geschaffen werden. Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft hat sich bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen ihre Linie Moabit-Rixdorf über den Mariendorfer Weg nach Johannisthal zu verlängern. Es handelt sich um die Linie, die jetzt Ecke Herthastraße und Hermannstraße erdet und von der nach einem Verträge mit der Stadtgemeinde Rixdorf später jeder zweite Wagen bis zum Rixdorfer Gemeindefriedhof am Mariendorfer Weg durchgeführt werden muß. Der andre Wagen würde nach dem Projekt der Straßenbahngesellschaft über die Herthastraße hinaus jedesmal nach Johannisthal laufen. Mit der geplanten Linienführung, die für die Gesellschaft wegen der Durchquerung von Witz und der Benutzung schon vorhandener Geleisestrecken die angenehmste wäre, sind aber die Interessenten nicht ganz zufrieden. Sie wünschen und erstreben die Führung der Bahn durch die Cammerstraße, über die Cammer Chaussee bis Baumföhlenweg, Ecke Späthstraße, durch diese bis zur Johannisthaler Chaussee und nur, wie bei dem ersten Projekt vorgesehen, nach Johannisthal hinein. Dies könnte leicht ermöglicht werden durch die Verlängerung der neu zu erbauenden und vertraglich zum 1. April zu eröffnenden Linie Alexanderplatz-Schlesischer Bahnhof-Rixdorf-Cammerstraße. Die Kolonie Baumföhlenweg, die sich immer mehr entwickelt, würde hierdurch ebenfalls eine Straßenbahn-Verbindung mit Rixdorf und Berlin erhalten.

Neu-Weissensee. Wegen Majestätsbeleidigung wurde vor einigen Tagen der durch Krankheit gänzlich erblindete Schlichter Emil Blankensfeld von der fünften Strafammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. V., welcher durch einen kleinen Handel mit Fleischwaren müßsam den Unterhalt seiner Familie, bestehend aus Frau und drei unminäbigen Kindern, bestreitet, wird des öfteren von seinen Kollegen auf dem Viehhof und in der Wachtstalle mit Getränken traktiert, wobei er gewöhnlich dem Guten zu viel zuspricht, und in solchem Zustande soll er bei einem Gespräch mit Nachbarinnen unschuldige Anschuldigungen über das Kaiserpaar gemacht haben. Als Denunziantin trat die Frau des Gummiorbeiters Krenzin auf, welche den so wie so schon unglücklichen Menschen nunmehr auch noch auf ziemlich lange Zeit seiner geringen Freiheit beraubte. Als geradezu roh muß man es bezeichnen, wenn sich die Mittelwelt bewahrheitet, daß Nachbarinnen ihre Kinder aufschaden, dem unglücklichen Menschen die über ihn verhängte Strafe nachzurufen.

Das Lichtenberger Gewerbegericht wird am 6. März zum erstenmal zu einer „Gesamtsitzung“ zusammenreten, um auf Antrag der Arbeitnehmer-Beisitzer gemäß § 75 des Gewerbegerichts-Gesetzes und des § 48 des Ortsstatuts einen Ausschuss zur Begutachtung und Stellung von Anträgen usw. zu wählen. Auch wird über das Gesuch des Gärtnereivereins „Flora“ verhandelt werden, der den Wunsch hat, daß die Arbeiter der Bier- und Wälders-Gärtnereien der Gewerbe-Ordnung unterstellt werden. Es handelt dann Bundesrat und Reichstag um Abänderung der Gewerbe-Ordnung ersucht werden müssen.

Friedrichsfelde. Einbruchsdiebstähle und Raubfälle, letztere in unbekanntem Strahen, mehren sich in letzter Zeit auffällig. Es gelang wohl kürzlich, eine Bande jugendlicher Stralche dingfest zu machen.

doch ist dadurch kein Einhalt geschahen. Das Passieren der Verbindungsstraße zwischen hier und Markshorst ist bei Dunkelheit stets mit Gefahr verknüpft. Die Polizei scheint ihr Hauptaugenmerk auf die Überwachung socialdemokratischer Versammlungen zu richten, denn dort sind beide Ortsgruppen während der ganzen Sitzungsdauer vertreten, ohne bisher auch nur den geringsten Anlaß zum Einschreiten gefunden zu haben. Diese Ausdauer wäre wahrlich zum Schutze der Bürger außerhalb der Versammlung besser angebracht. — Die Eröffnung der Stadtbahn-Station Lichtenberg-Friedrichsfelde wird bestimmt am ersten Mai noch nicht erfolgen, trotzdem die Bahnhofs-Anlagen nahezu fertig sind. Mit Eröffnung derselben wird eine Verteuerung des Fahrpreises bis Alexanderplatz eintreten, da dies die 6. Station ist. Optimisten behaupten zwar, es solle beim alten Preis von 10 Pf. bleiben. Wer's glaubt!

Von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet wurde bei Werder a. S. der 77jährige Obstzüchter Karl Lander, welcher seine am Blaffowersee wohnende Tochter besucht hatte und nun auf dem Rückweg gerade beim Ueberschreiten des Eisenbahndammes am Höbenerweg von einem Schlaganfall betroffen wurde, wobei er zu Falle kam und liegen blieb. Der gleich darauf von Magdeburg kommende Personenzug fuhr dem alten Mann den Kopf und die Beine ab und schlepte die einzelnen Körperteile bis nach dem Bahnhof in Werder mit sich fort.

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen. Infolge des schmerzlichen Unglücksfalles an der Grünauer Fährte, wobei ein Berliner Fuhrherr samt seinen drei Pferden den Tod in der Dohme fanden, sind von der Wasserbau-Inspektion umfassende Vorkehrungsmaßregeln getroffen worden, um ein ähnliches Vorkommnis zu verhüten. Alle Fährten sollen in Zukunft während der Nachtzeit durch starke Eisenketten abgesperrt und durch eine Laterne erleuchtet werden. Bei der Friedrichshagener Fährte, bei der sich namentlich Sonntags große Menschenmassen anzuhäufeln pflegen, soll diese Kette zu gewissen Zeiten auch am Tage vorgelegt werden, da es vorgekommen ist, daß bei starkem Andrang die vordringenden Leute ins Wasser gestoßen worden sind.

Gerichts-Zeitung.

Als ein kleiner Rardenlöter, der an verschiedenen Personen herumgedoktert hat, stand gestern der Kaufmann Erwin Freund vor der ersten Strafammer des Landgerichts I, um sich auf eine Anklage wegen Betruges und Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte, der einen etwas exotischen Eindruck macht und auf manche Personen einen stark suggestiven Einfluß ausgeübt zu haben scheint, liebt es, als „Oberarzt Dr. Freund“ aufzutreten. Er ist ein außerordentlich nervöser Mensch und sein ganzes Auftreten liess starke Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit aufkommen, die gestern vom Gerichtsarzt Dr. Puppe allerdings zerstört wurden. Was der Angeklagte aus seinem Leben erzählte, zeigte, daß der aus guter schlesischer Familie stammende junge Mann vom Leben arg hin- und hergeschüttelt worden ist und schließlich gänzlich schiffbruch gelitten hat. Er hat das Gymnasium in Ratibor bis zur Quarta besucht, ist dann mit verschiedenen Unterbrechungen in kaufmännischen Geschäften thätig gewesen und hat schließlich mit einem ihm zugefallenen väterlichen Erbeil von 30 000 M. selbst in Görlitz ein Warenhaus-Geschäft etablirt. Er wurde dabei sein ganzes Geld los und ging völlig mittellos nach Hamburg, wo er sich bereits auf das Kurieren legte. Dort ist er im Jahre 1901 wegen Betruges verurteilt worden und ging nach Verhängung seiner Strafe nach Berlin. Hier wandte er sich an das Armenamt der jüdischen Gemeinde, wurde von dieser fortlaufend unterstützt und erhielt auch eine ganze Reihe von Speisemarken für die Volkshäuser der jüdischen Gemeinde in der Gormannstraße. In der Vorderstube dieser Anstalt sollen, wie der Angeklagte behauptet, Ärzte, Gelehrte und Künstler verkehren. Er lerne daselbst einen jungen Schriftsteller kennen, dem er sich als „Arzt“ vorstellte, er behauptete, er sei Oberarzt der Charité und erzählte, daß er als kaiserlicher Militärarzt die Feldzüge in Afrika und China mitgemacht habe. Die Natur hat ihn mit ziemlich großen und roten Händen, wie sie sonst Ärzten, nicht eigen zu sein pflegen, ausgestattet, er hatte aber hierfür eine sehr plausible (?) Erklärung, indem er sehr naiv behauptete, er habe sich die Hände während seines Aufenthalts in Afrika erfroren! Seine augenscheinlich schlechte finanzielle Situation erklärte er dadurch, daß er infolge seines Aufenthalts in China stark in Schulden geraten sei. Genug: er erregte das Interesse des Schriftstellers, dem es sekundär recht gut ging, der aber doch seine Wahlzeiten in der jüdischen Volkshäuser einnahm. Dies Interesse hielt auch an, als der Angeklagte, dessen Recondit immer größer geworden war, Aufenthalt im jüdischen Krankenhause nahm und dort von Dr. Jacobsohn behandelt wurde. Als er aus dem Krankenhaus entlassen wurde, fand er dauerndes Unterkommen bei seinem neuen Freunde, bei dem er eine Art Faltstom wurde. In dessen Wohnung hat er unter dem Namen „Dr. Goldmann“ bezw. „Oberarzt Dr. Freund“ herumgedoktert und mit Vorliebe Frauen bezw. junge Mädchen behandelt, bei denen er ausgedehnte körperliche Untersuchungen vornahm. Nach seiner eignen Darstellung hat er sich nach und nach eine viele Flaschen Gift umfassende Apotheke angeeignet, die einigermaßen an Rardenlöters berühmtes Laboratorium erinnerte. Besonderen Schaden scheint er nicht angerichtet zu haben, auch waren die Honorare, die er verlangte, nur sehr bescheidene. Sein ehemaliger Freund behauptete, daß er durch die falschen Angaben des Angeklagten über dessen Persönlichkeit dazu benogen worden sei, ihm nach und nach 400 M. zu opfern und daß ihm der Angeklagte bei einer Gelegenheit auch einen Hundertmarkschein widerrechtlich weggenommen habe. Nach beiden Richtungen hin fehlte es an genügenden Belastungsmomenten. Dagegen hielt der Gerichtshof in zwei Fällen den Angeklagten des Betruges gegen Patienten, die sich ihm anvertraut, für überführt und verurteilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis.

In recht gemeiner Weise hat der Lithograph Eugen Petrich, der gestern vor der neunten Strafammer des Landgerichts I stand, das Vertrauen eines bedauernswerten Blinden Mannes gemißbraucht. Er war von dem erblindeten Rentier Wichmann, der hier mehrere Häuser besitzt, als Führer und Fattomum engagiert worden und hatte als Vertrauensmann des Blinden alle möglichen finanziellen Angelegenheiten zu erledigen. Als sich Herr Wichmann zum Sommeraufenthalt in Rixdorf befand, erhielt er von dem Angeklagten die Nachricht, daß der Steuerzettel über die zu entrichtende Grundsteuer in Höhe von 652 M. präsentiert worden sei und daß der Angeklagte zur Begleichung dieses Postens Geld haben müsse. Herr W. schickte ihm umgehend einen Check über 652 M., auf ein hiesiges Bankgeschäft lautend, ein. Der Angeklagte hat das Geld auch erhoben, aber nicht an die Steuerbehörde abgeführt. Nach der Mißlehr des Herrn W. beichtete er diesem, daß es das Geld angeblich verloren habe. Nach seiner Behauptung habe er das Geld in eine kleine Brieftasche gesteckt, die er zu einer Cigarren-Düte in die Brusttasche gesteckt habe. Auf dem Hinterperron eines Straßenbahnwagens stehend, habe er sich eine Cigarre angesteckt und dabei wahrscheinlich mit der Cigarrendüte die Brieftasche unbemerkt herausgerissen und verloren. Die ganze Geschichte klang sehr abenteuerlich, insbesondere weil der Angeklagte keinerlei Schritte unternommen hatte, um das verlorene Geld wieder zu erlangen; der Blinde gab sich aber zufrieden und erklarte keine Anzeige. Die Sache kam erst zur Sprache, als sich herausstellte, daß der Angeklagte seine Stellung zu umfangreichen Verantwortungen benutzt hatte. Wegen der letzteren wurde er seiner Zeit zu ein Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt und die Geldstrafe von dem Verlust der 652 M. einer späteren Prüfung vorbehalten. Diese fiel nun sehr zu Ungunsten des Angeklagten aus. Nachdem in dem früheren Prozesse dessen sonstige Streiche bekannt geworden waren, fand seine von Anfang an sehr wenig vertrauens erweckende Erzählung gar keinen Glauben mehr. Der Gerichtshof hielt ihn der Unterschlagung für überführt und verurteilte ihn zu einer Zusatzstrafe von 6 Monaten Gefängnis.

Ein kleinhändiges Sittenbild. Wegen schwerer Kuppelerei hatte sich am Mittwoch der 33jährige Arbeiter Gottlieb Schneider aus dem Landstädtchen Belgig vor der Potsdamer Strafammer zu verantworten. Seine eigne über 50 Jahre alte Frau wurde von ihm zur Unzucht angehalten, und seine erwachsenen Söhne benutzte er, um die jungen Leute, die seine Frau besuchten und Zahlungsschwierigkeiten machten, zu verprügeln. Schneider wurde zu 1 Jahr 1 Woche Gefängnis, 2 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, seine Frau erhielt 6 Wochen Haft, seine beiden Söhne erhielten wegen Körperverletzung 3 bezw. 2 Wochen Gefängnis.

Eine Studenten-Wette. Vor dem Charlottenburger Schöffengericht hat sich der Student Max Wegmann wegen körperlicher Mißhandlung zu verantworten. Bei einem Biergespräch über die Abhärtung, der sich die spartanische Jugend unterziehen mußte, hatte der Student behauptet, es gebe auch jetzt noch Knaben, die freiwillig Nüchtigungen über sich ergehen ließen; er wette, daß sich ein derartiges Kind finde. Die Freunde Wegmanns nahmen die Wette an. Es gelang dem Studenten, einen Knaben aufzutreiben, der sich bereit erklärte, sich 18 Stockhiebe gegen Zahlung von 2,50 M. versehen zu lassen. Die Prügelei wurde in der vereinbarten Weise vollzogen und Wegmann, der sich von dem mißhandelten Knaben noch eine Quittung über die Prügelei und das Geld geben ließ, gewann die Wette. Die Sache gelangte zur Kenntnis des Vaters des Kindes, der Strafantrag stellte. Das Schöffengericht sah, wie uns geschrieben wird, das Verhalten Wegmanns auffallenderweise in einem außerordentlich milden Lichte an und verurteilte ihn nur zu 50 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis.

Vermischtes.

Ein heftiger Vulkanausbruch hat sich wieder in Mexiko ereignet. Nach einem Kabel-Telegramm hat, einer Nachricht aus Guadaluajara (Mexiko) zufolge, am 24. d. M. ein heftiger Ausbruch des Vulkans Colima stattgefunden. Der Vulkan ist noch in Thätigkeit. Die Lava zerstörte zahlreiche Farmen. In der ganzen Umgebung wurden die Einwohner von einer Panik ergriffen. Viele Leute verließen den Hafen von Manzanillo, da sie eine Flutwelle befürchteten. Der Ausbruch war von starken Erderschütterungen begleitet.

Cincinnati, 26. Februar. In der vergangenen Nacht brach um 1/2 1 Uhr in den oberen Stockwerken des Opernhauses Feuer aus. Das Theater und einige anstoßende Gebäude wurden von den Flammen zerstört. Der Schaden wird auf 2 Millionen Dollar geschätzt. Den Verdicten zufolge sind Menschen nicht umgekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

W. S. 1. Rein. 2. 30 Jahre. — **M. S. 22.** Wiederholen Sie die so nicht verständliche Frage genau. — **M. S. 36.** Ja. — **R. 2. 21.** Das verdiente Geld kann eingelagert werden. — **M. S. 8.** Kündigung nur am 15. zum 1. zulässig. 2. Gehalt von selbst. Nach der später publizierten Auslegung der Aktien ist aber Kontrolle durch Nachsehen jedes einzelnen geboten. — **Glender.** Kommen Sie in die Sprechstunde, da die Fragen, so wie gestellt, nicht verständlich sind. — **S. 8. 1.** Ja. 2. Rein. 3. Ja. — **U. H. 100.** Es genügt, daß jeder von Ihnen seinen letzten Willen außergerichtlich niederschreibt. Jeder aber muß dies auf einem besonderen Bogen thun, den er ganz und gar allein schreibt, mit Datum versehen und mit seinem Namen unterschreibt. — **M. 99.** Wiederholen Sie die Frage unter Angabe, ob die Frau noch verheiratet oder ob sie geschieden bezw. Witwe ist. — **G. 29. 14.** Ist unplanbar. — **B. M. 30.** Das Verhalten der Kasse erscheint nicht gerechtfertigt. Nichts ist schriftlichen Antrag dorthin und erbiten Sie schriftliche Antwort, mit der Sie in die Sprechstunde kommen wollen. — **P. 2. 50.** Die Fragen lassen sich nur beantworten, wenn Sie mit dem Vertragsentwurf in die Sprechstunde kommen. — **G. 77. 1.** Rein. 2. Nur der erste. 3. Rein. — **B. 107.** Der Verein besteht weiter, sobald das Vermögen des Mitgliedes demselben gehört. Auf Vorauszahlung haben Sie keinen Anspruch. — **P. B. 21.** Uns unbekannt. — **G. 8.** Es genügt, daß Ihre Braut Ihren Geburtschein und die Militärpapiere mitnimmt. — **Glaskütte 10.** Das die Fabrik-Krankenkasse lediglich die Winterausgaben selbst, ist zulässig. Ob es der Fall ist, ergibt sich aus dem uns nicht bekannten Inhalt Ihrer Krankenliste. — **G. M.** Der Vater, dem Pius gegenüber bleibt aber der Besizer der hiesigen. — **M. B. 21.** Eine Verlobung in Amerika ist in dem Ihren Bruder betreffenden Fall unmöglich, eine solche auf deutschem Boden möglich, aber unwahrscheinlich. — **M. B. 21.** Hat seit dem 1. Januar 1903 weder eine Ratenzahlung, noch eine sonstige mündliche oder schriftliche Anerkennung stattgefunden, so ist die Forderung verjährt, eine Klage also ausgeschlossen. — **M. 9.** Rein. — **Nögler.** Nur in dem Falle können Ihre Ehefrau und Ihre Kinder eine Hinterbliebenen-Rente zu, wenn Ihr Tod infolge des Unfalls herbeigeführt würde. — **M. S. 51.** Wenn die Ehegatten kein gemeinschaftliches Testament machen (ein Beispiel finden Sie S. 28 Nr. 55 und 56 des in den öffentlichen Verhältnissen anliegenden Arbeiterrechts), so erben die Verwandten mit. Die Höhe des Erbeils richtet sich nach dem Grade der Verwandtschaft. — **B. 2. 2elle.** Rechtlich ist die Vererbung einer Kaisergeburtstags-, Sedans- und dergleichen „Feler“ keine Vererbung eines Schul-Unterichts. Das für dergleichen Sachen in letzter Instanz zuständige Kammergericht hat aber wiederholt die entgegengelegte Ansicht vertreten. Eine Vererbung wäre demnach voraussichtlich erfolglos. — **Willy 15.** 1. Bett und Geld ist Willys Eigentum. Willy erhält, falls sein Testament vorliegt und die Stiefmutter nicht nach Brandenburgischer Recht erben will, drei Viertel der Nachlassmasse. 2. u. 3. Der Vormund kann, falls dies im Interesse des Kindes liegt, Willy anderweitig erziehen lassen. Er thut gut, zunächst die Wüthende, die sich bei der jetzigen Erziehung herausgestellt haben — insbesondere das Wildgäutchen — durch Mißsprache mit der Stiefmutter zu beilegen, damit das Kind nicht dem Regen in die Traube fomme. Ein Recht zur Erziehung steht der Stiefmutter, die nicht Vormund des Kindes ist, nicht zu, wenn der Vormund mit der Erziehung nicht einverstanden ist. — **S. 24.** Mit Einwilligung Ihres Stiefvaters und Ihrer Mutter können Sie Umkehrung des Namens beim Standesbeamten beantragen (vergl. S. 22 Nr. 12 des in den öffentlichen Verhältnissen anliegenden Arbeiterrechts). — **M. 9.** 1. Ja spät. 2. Leider nein. — **Büttlich 666.** Der Unterhaltungsanspruch wird nach zweijährigem Aufenthalt an dem Aufenthaltsort erworben, falls während der zwei Jahre der Betreffende keine Armenunterstützung erhalten hat. Wird er innerhalb der zwei Jahre unterstützungsbedürftig, so wird er zunächst von dem Ortsarmenverband, in dessen Bezirk er sich aufhält, unterstützt. Dieser Verband erhält dann Erstattung von der Gemeinde, in der der Unterhaltete seinen Unterhaltungsanspruch hat, also in der Regel von der Gemeinde, in der der Unterhaltete ohne Unterhaltungen zwei Jahre lang ununterbrochen wohnte. Diese Gemeinde kann Absehung verlangen. Das Absehungsberechtigt steht auch der Gemeinde des neuen Aufenthalts zu. Die Höhe der Unterhaltungsätze ist nicht gesetzlich festgelegt, sondern wird von Fall zu Fall von der Armenkommission festgesetzt. — **C. J. Neuenhagen.** Sie haben sich nach dem Vorgelegenen nicht stralbar gemacht. — **M. B. 3a.** — **M. S. 10.** Rein: mangels einer bestimmten Kündigungssfrist beträgt die Kündigungsfrist für Mietsverträge ein Vierteljahr; es kann dann bis am 3. Januar, April usw. zum 1. April, Juli usw. gekündigt werden. — **S. 6.** Sie brauchen sich mit Ratenzahlungen nicht einverstanden erklären. Es ist aber zweckmäßig, zumal der Ehemann nicht haftet. — **Walder.** Eine Verjährung liegt keineswegs vor; dieselbe trat frühestens im Jahre 1924 ein. Auch die rückständigen Raten zu zahlen sind Sie verpflichtet, wenn Sie nicht in der Berufung ein obliegendes Urteil oder durch Verständigung einen Vergleich erzielen. — **W. 300.** 1. Gegen die Beschäftigung am Sonntag läßt sich gesetzlich nichts erreichen. Die übermäßige Arbeitszeit läßt sich nur durch Vereinbarung oder Lösung des Vertrages ändern. 2. Zum Abzug des Lohnes ist der Gehl nicht berechtigt. Ihr Sohn kann beim Gewerbegericht auf Zahlung des abgezogenen Lohnes mit Aussicht auf Erfolg klagen. — **M. 2. 6. Ja.** — **C. Rein.** — **W. N. C. M. A. B. C. 200.** Ja. — **Genosse von Rettelbeckplatz.** 1. Ein Darlehen verjährt in 30 Jahren. 2. Von minderjährigen gemachte Schulden sind in der Regel unlagbar. Ob aus in Ihrem Falle eine Schuld nicht besteht, läßt sich nur nach genauer Darlegung des Sachverhalts und nach Einsicht der etwaigen Schuldscheine, Ragen, Urteile usw. beantworten. Regen Sie den Fall in der Sprechstunde klar. — **M. R. Raktal.** 1 und 2. Rein. 3. Die Höhe hängt von einer Reihe Umstände ab. Sie finden eine Darlegung der einschlägigen Verhältnisse im ersten Rasttag zum Arbeiterrecht. (Führer durch das Unfallversicherungsgesetz). — **Schmeißer 27.** Beantragen Sie bei der Steuerdeputation des Magistrats Niederzahlung der Steuer unter Darlegung des Sachverhalts.

Weiter: Prognose für Freitag, den 27. Februar 1903. Zunächst ziemlich warm, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden; später aufklarend, aber etwas kühl. Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.